Einzelpreis 15 Pfennig

Volksstimme

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die „Volksstimme" erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich A. Meisterfeld, Magdeburg, für Inserate Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag W. Pfannkuch & Co., Magdeburg. Fernspr. Amt Norden 23861—23865, Nachtruf (ab 18 Uhr) 23951. Postzeitungsliste Seite 210. — Bezugspreis: Monatlich 2.30, Abholer 2.00 Mk., Einzelpreis 15, Sonntags 20 Pf. — Anzeigenpreise für die Hauptausgabe: 1 mm Höhe u. 27 mm Breite lokal 13, auswärts 15 Pf., Familienanzeigen u. Stellengesuche 8 Pf., Reklame 1 mm Höhe u. 90 mm Breite lokal 75, auswärts 90 Pf. Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm Text 33⅓ % Aufschlag. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen bei nicht rechtzeitiger Aufgabe keine Gewähr. Platzvorschrift unverbindlich. Erfüllungsort Magdeburg. Postscheckkonto 122 Magdeburg (W. Pfannkuch & Co., Magdeburg).

Nr. 25 — Donnerstag den 30. Januar 1930 — 41. Jahrgang

Die Abstimmung im Offizierskorps mißglückt

Spaniens Diktator gestürzt!

Ein Todfeind Primo de Riveras als Nachfolger bestimmt

Die Agentur Havas meldet aus Madrid:

Der König hat nach dem Rücktritt des Generals Primo de Rivera den General Berenguer mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt.

*

Die Diktatur des Generals Primo de Rivera hat rund 7 Jahre gedauert. Sie trug namentlich andre Züge als die Diktatur Mussolinis. Primo rühmte sich stets, daß, im Gegensatz zu Italien, weder politische Mordtaten an den Gegnern des Regimes noch sonstige Gewalttaten in Spanien vorgekommen seien. Tatsächlich hatten — abgesehen von der Militärrevolte in Barcelona vor 2 Jahren, bei der einige Meuterer standrechtlich erschossen wurden — die meisten Auflehnungen gegen Primo einen verhältnismäßig friedlichen Charakter.

Die sozialistischen Gewerkschaften lehnten es ab, für die liberale Bourgeoisie gegen Primos Stellung die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Sie hielten es für zweckmäßiger, etwas für die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterschaft zu tun, was ihnen bis zu einem gewissen Grade gelungen ist. Primo war klug genug, um die Arbeiterführer, deren Taktik für ihn vorteilhaft war, nicht vor den Kopf zu stoßen. Dem Arbeitsminister Perez ließ er freie Hand, und so konnten sozialpolitische Maßnahmen durchgeführt werden, die gerade für Spanien einen beträchtlichen Fortschritt darstellen. In den letzten Jahren konnten sich die Gewerkschaften in Spanien stark konsolidieren, so daß sie die einzige wirkliche Organisation besitzen, die politisches Gewicht besitzt.

General Berenguer ist der persönliche Todfeind Primos. Er ist ein Günstling des Königs. Dieser mußte ihn jedoch nach der verunglückten Offensive bei Tetuan in Spanisch-Marokko unter dem Drucke des Volkszorns fallen lassen. Es ist anzunehmen, daß es Berenguer unter geschickter Benutzung des Königs gelungen ist, einige einflußreiche Korpskommandanten gegen Primo einzunehmen und dieser in eine geschickt gestellte Falle ging, als er die Abstimmung unter den Offizieren anordnete.

Nach Meldungen aus Spanien mußte Primo aber auch damit rechnen, daß gegen ihn eine Militärrevolte, unterstützt von großen Teilen des Bürgertums, in Szene gesetzt werden würde, falls er nicht freiwillig seinen Posten räumen sollte.

Ehe Primo dem König sein Rücktrittsgesuch einreichte, hatte er eine längere Unterredung mit dem obersten Kommandeur der spanischen Armee, General Julio Crespo und dem General Barrera, Kommandeur von Barcelona. Es verlautet, daß Barrera dem Diktator einen Bericht über die kritische militärische Lage in Katalonien gegeben habe. Dieser Bericht soll es gewesen sein, der bei Primo de Rivera den Ausschlag gegeben hat, um den Rücktritt anzusuchen. Nach dieser Sitzung begab sich Primo in Begleitung des Finanzministers und des Ministers des Innern in den Palast, wo er dem König sein Rücktrittsgesuch unterbreitete. Primo soll bei dieser Gelegenheit erklärt haben, er sehe ein, daß es ein Fehler gewesen sei, die militärischen und Marinechefs von Spanien einzuladen, über seinen Rücktritt oder sein Verbleiben zu entscheiden.

Von dem Nachfolger Primos wird angenommen, daß er den Versuch machen werde, zu einem konstitutionellen Regime zurückzukehren. —

Demokraten und Deutsche Volkspartei können sich nicht entschließen

In Preußen stocken die Verhandlungen

Die Sozialdemokraten halten an den gestellten Bedingungen fest

Der „Sozialdemokratische Pressedienst" teilt mit:

Die Verhandlungen über die Umbildung der preußischen Regierung sind auch am Dienstag keinen Schritt weiter gediehen.

Die Deutsche Volkspartei, die sich bis Dienstagabend darüber entscheiden sollte, ob sie das Angebot des Ministerpräsidenten annimmt oder nicht, vertagte ihre Beratungen nach mehrstündiger Debatte auf Mittwoch. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion, die sich ebenfalls mit der politisch-parlamentarischen Lage befaßte, beauftragte den Ministerpräsidenten, die Verhandlungen in dem bisherigen Sinne weiterzuführen. Eine Entscheidung über die Stellungnahme der Fraktion für den Fall, daß die Verhandlungen an den Demokraten scheitern sollten, wurde noch nicht getroffen.

Die Möglichkeit einer Regierungskrise in Preußen ist jedoch nach wie vor nicht ausgeschlossen.

*

Die Meldungen in bürgerlichen Zeitungen, daß die Sozialdemokraten den Anspruch auf den Kultusminister aufgegeben hätten, sind falsch. In der sozialdemokratischen Landtagsfraktion bestand Einmütigkeit, daß an dieser Forderung festgehalten werde.

Lediglich auf Vermutungen gründet sind alle Meldungen, die Namen von sozialdemokratischen Kandidaten nennen, die nach der Ablehnung des Abgeordneten König als Kandidaten für das Kultusministerium von den Sozialdemokraten präsentiert werden sollen.

*

Konflikt im Zentrum

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags bat der Fraktion am Dienstag sein Mandat zur Verfügung gestellt.

Der Unterhändler des Zentrums, Abg. Heß, hatte sich für den Fall der Großen Koalition mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten König als Kultusminister persönlich einverstanden erklärt. Heß wurde deshalb in seiner Fraktion, insbesondere von dem katholischen Pfarrer Lauscher, außerordentlich scharf angegriffen. Er stellte daraufhin sein Mandat zur Verfügung.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags erklärte sich mit Heß solidarisch.

Am Donnerstag wird der bisherige Vorstand der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags sehr wahrscheinlich in seiner alten Zusammensetzung wiedergewählt werden. —

Abstimmungen im Landtag

Der Preußische Landtag erledigte am Dienstag zunächst in zweiter Lesung den Haushalt der Staatsdomänen für 1930. Die Abstimmung über die angefochtenen Titel und die zum Etat gestellten Anträge findet am Mittwoch statt.

Es folgte die Abstimmung über den Haushalt der Staatsforsten. U. a. wird der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, eine Altersversorgung für die Forstarbeiter zu schaffen. Dagegen wird der sozialdemokratische Antrag, auch den Forstarbeitern die Möglichkeit zu geben, in Beamtenstellen aufzurücken, angenommen.

Die darauffolgende Abstimmung über den Bergetat ergibt die Annahme des Antrages, die Staatsregierung um Einwirkung auf die Reichsregierung zu ersuchen, bei der Reichsbahn unter keinen Umständen neue, erhöhte Frachttarife für Brennstoffe zuzulassen und die Annahme eines Antrags, denjenigen Grubenarbeitern, die durch Stillegung von Zechen gezwungen sind, Arbeit in einem entfernten Bergbaubetrieb anzunehmen, dadurch zu helfen, daß das Staatsministerium auf die Kommunalverwaltungen einwirkt, schnellfahrende Verkehrsmittel zu schaffen. Angenommen wurde ferner ein kommunistischer Antrag, der das Staatsministerium ersucht, darauf zu achten, daß die bergpolizeilichen und gesetzlichen Bergarbeiterschutzmaßnahmen innegehalten werden. Gegen diesen, ihren eignen Antrag stimmten auch die Kommunisten zusammen mit der Volkspartei und den Deutschnationalen, weil ihr Zusatz, daß unter keinen Umständen Ausnahmen gemacht werden dürfen, abgelehnt wurde.

Angenommen wurde ferner ein Antrag, bei Rückgliederung des Saargebiets nach Deutschland dahin zu wirken, daß die Saargruben sowie alle aufgeschlossenen und nicht aufgeschlossenen Kohlenfelder ungeschmälert in den alleinigen Besitz des preußischen bzw. bayrischen Staates zurückgelangen und daß dabei die berechtigten Interessen der Bergarbeiter ausreichend gewahrt bleiben.

Der Antrag des Unterrichtsausschusses, die für die Provinz Schleswig-Holstein vorgesehene pädagogische Akademie in Altona zu errichten, wird mit 169 gegen 140 Stimmen angenommen. Damit ist der Antrag der Volkspartei auf Errichtung der pädagogischen Akademie in Flensburg abgelehnt.

Schließlich verabschiedet das Haus noch die kleinern Haushalte der Oberrechnungskammer, der Staatsschuld, der Münzverwaltung und des „Deutschen Reichs-" und „Preußischen Staatsanzeigers". —

Kopflose Angst

Ein demokratischer Abgeordneter wird kürzlich im Reichstag vor der Verabschiedung einer Vorlage gefragt: „Wie stimmen Sie? Ja oder nein?" Er antwortet resigniert: „Weiß nicht. Ist ja auch gleichgültig. Ob ja, ob nein — wir verlieren immer."

Der Anflug von Galgenhumor ist berechtigt. Welche Wahlen immer stattfinden — die Demokraten gehen zurück. Man ist versucht zu bemerken: ja können sie denn überhaupt noch Wähler verlieren? Sind denn noch Stimmen da, die sie einbüßen können?

Allmählich greift ob dieser Regelmäßigkeit in ihren Reihen ein wahres Angstgefühl um sich. Panik breitet sich aus. Wie Ertrinkende schlagen sie um sich und suchen sich an Strohhalme anzuklammern.

Die Angst ist ein schlechter Ratgeber. Angst macht kopflos. Ohne Kopf läßt sich keine Politik machen. Arme und Beine allein schaffen es nicht. Werden nur sie gerührt, rudert man sich immer tiefer hinein.

Die jüngsten Ereignisse beweisen das. Die Kommunalwahlen vom 17. November haben den Demokraten weitere Verluste gebracht. Was lernen sie daraus? Sie verbünden sich mit den Deutschnationalen und den Hakenkreuzlern, um da oder dort einen unbesoldeten Stadtratssitz zu ergattern. So geschehen in Hannover, in einigen sächsischen Städten und in einer Reihe Kleinstädte, von denen nur im nächsten Umkreis die Rede ist.

Die Demokraten haben sich — sie waren zunächst nur Demokraten! — zur Republik durchgerungen. Sie verlieren andauernd Wähler. Wie reagieren sie darauf? Durch Festhalten an ihrer Ueberzeugung in der sichern Erwartung, daß der Feststehende später auf bessere Zeiten rechnen kann? Nein, durch Umfall auf die andre Seite, durch lokale Verbrüderung mit den Monarchisten. Was wird die Folge sein? Sie stoßen die ehrlichen Republikaner ihrer Partei von sich ab, sie werden noch kleiner, noch einflußloser und zu gleicher Zeit ziehen sie sich das verächtliche Lächeln ihrer geschwornen Gegner zu, die sich zwar vorübergehend ihre Wahlhilfe in den Stadtverordneten-Versammlungen gefallen lassen, die aber später mit tödlicher Sicherheit sie mit verstärkter Kraft in die Ecke schleudern werden.

Unter dem deprimierenden Eindruck des 17. November lebt in den demokratischen Kreisen der alte „Kommunalfreisinn" wieder auf, der sich mit all seiner Charakterlosigkeit unter dem Dreiklassenunrecht zwar behaupten konnte, der aber unter der Herrschaft des allgemeinen Stimmrechts zum schleunigen Tode verurteilt ist. Einem Tode übrigens, den niemand, außer den Sterbenden selbst, bedauert.

Nun soll gewiß zugegeben werden, daß die Wahlbündnisse der Demokraten mit den Monarchisten noch nicht eine allgemeine Erscheinung ist. Aber sie sind schon so häufig geworden, daß die Parteileitung scharf und gründlich durchgreifen und die Marodeure von sich abschütteln müßte. Indessen, der Parteivorstand tut nichts. Er läßt die schlimmen Dinge schweigend geschehen. Er ist eben selbst von der Angst gepackt. Ruft er die Abtrünnigen zur Ordnung, so können sie der Partei den Rücken kehren. Dann gehen noch einige Mitglieder flöten. Das Wagnis eines Ausschlusses schädlicher Elemente können sie sich nicht mehr leisten. Nicht einmal eine Rüge wagen sie vom Stapel zu lassen.

Sie wäre mehr als angebracht, denn die Seuche des Prinzipienverrats beschränkt sich nicht mehr auf die Kommunalpolitik, sie greift schon bedenklich in die Sphäre der Landesparlamente über. In Thüringen haben sie bis zur letzten Dezemberwahl treu und bieder mit den Deutschnationalen und dem reaktionären Landbund zusammen in der Regierung gesessen. Die erwartete Auffrischung bei der Neuwahl ist nicht eingetreten, statt dessen weiterer Rückgang. Im neuen Landtag braucht man die Demokraten nicht mehr. Wohl oder übel müssen sie zur republikanischen Opposition sich schlagen. Der Hakenkreuzler und Putschist Frick setzt sich auf den demokratischen Ministersitzl.

Das Paktieren mit den Monarchisten hat damals den demokratischen Parteivorstand nicht auf den Plan gerufen. Also machen die württembergischen Demokraten das nach, was ihren thüringischen Parteigenossen so übel bekommen ist. Um in die Regierung zu kommen, reichen sie dem Separatisten und Monarchisten Bazille die Hand. Die Große Koalition muß gebildet werden. Zu ihr rechnen die württembergischen Demokraten auch die Deutschnationalen.

Erstes Ergebnis: Der alte Payer verläßt die

Landespartei. Mit ihm eine Reihe prominenter Landes- und Lokalgrößen. Andre Ergebnisse werden folgen. Schließlich wird dort derselbe Trümmerhaufen entstehen, der schon in Thüringen zu beobachten ist.

Das alles genügt noch nicht. In Preußen verhindern die Demokraten die Bildung der Großen Koalition. Sie verwerfen hier was sie in Württemberg billigen: die Ernennung eines Ministers ohne Ressort. Ja, sie proklamieren konfessionelle Bedenken, um einen sozialdemokratischen Kultusminister zu verhindern, der Dissident ist. Der Grund für diese Ruderei mit Armen und Beinen ohne Kopf: sie wollen ihre drei Minister behalten, hinter denen ganze 21 Mann im Parlament stehen, während sich die zwei sozialdemokratischen Minister auf 137 Mandate stützen können.

All diese Angstsprünge werden schließlich noch übertroffen durch das Verhalten der Demokraten im Falle Schacht. Sie stützen heute den „Größenwahn" des Finanzdiktators, während sie ihn unmittelbar nach dem Haager Plötzlichkeits-Exzeß in Grund und Boden verdammt haben. Sie treten auch in diesem klaren Falle demokratischer Entscheidung nicht an die Seite der Sozialdemokraten, sondern pendeln und wackeln und torkeln hin und her und fallen schließlich auf die reaktionäre Seite.

All diese haarsträubenden Dinge sind nur noch aus kopfloser Angst zu erklären. Der Boden unter ihren Füßen wankt; sie greifen nach allen Seiten, um sich zu behaupten, und sinken naturgemäß immer tiefer in den Sumpf der politischen Charakterlosigkeit.

Die Sozialdemokratie betrachtet diese Entwicklung nicht etwa mit Schadenfreude. Im Gegenteil, sie wünscht lebhaft, ein feste bürgerliche Demokratie an ihrer Seite zu sehen. Aber wo soll die Festigkeit herkommen, wenn die Führer sich an die Strohhalme vorüberziehender Regierungsmacht klammern, wenn selbst sie hin und her torkeln in kopfloser Angst?

Da muß es naturgemäß auch in der Zukunft bei dem resignierenden Wort bleiben: ob so, ob so, wir verlieren immer weiter. —

Oberbürgermeister Böß will zurücktreten

Ein Brief an die Stadtverordneten

Der Berliner Oberbürgermeister Böß hat an Stadtverordneten-Vorsteher Haß ein Schreiben gerichtet, in dem er seine Bereitwilligkeit erklärt, bereits vor Abschluß des gegen ihn schwebenden Disziplinarverfahrens in den Ruhestand zu treten, wenn man seine Rechte auf Ruhegehalt anerkennt. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Die schwierigen sachlichen und persönlichen Verhältnisse, in welche die Stadt Berlin geraten ist, haben in der Oeffentlichkeit vielfach das Verlangen nach einer schleunigen Lösung der Oberbürgermeisterfrage laut werden lassen. Wann das auf meinen Antrag gegen mich eingeleitete Disziplinarverfahren abgeschlossen sein wird, läßt sich nicht übersehen. Selbstverständlich vermag ich nicht darauf zu verzichten, dieses Verfahren so lange durchgeführt zu sehen, bis jeder Schatten von meiner Ehre entfernt ist. Mein Interesse für die Stadt Berlin ist jedoch zu groß, als daß ich wünschen könnte, daß sie in der jetzigen Lage noch auf unbestimmte Zeit hinaus die Kraft des Oberbürgermeisters entbehrt.

Ich bin mir ferner bewußt, daß auch nach dem von mir erwarteten günstigen Ausgange des Disziplinarverfahrens die Wiederaufnahme meiner Tätigkeit im Hinblick auf die ungeheuerlichen Angriffe, denen ich wehrlos als Abwesender ausgesetzt war, kaum möglich sein wird. Ich stelle deshalb meine persönlichen Belange hinter diejenigen der Stadt und erkläre mich bereit, vor dem Abschluß des Disziplinarverfahrens und vor dem Ende meiner laufenden Amtsperiode in den Ruhestand zu treten. Natürlich ist die Voraussetzung hierfür die Aufrechterhaltung meiner wohlerworbenen Rechte auf Ruhegehalt. Diese Rechte kann ich um so weniger preisgeben, als ich nach 35jähriger Tätigkeit im Staats- und Stadtdienst ohne Vermögen und mit geschwächter Gesundheit aus meinem Amte scheide.

Der „Vorwärts" bemerkt zu diesem Schreiben: Die Viermillionenstadt Berlin braucht in dieser schweren Zeit eine klare Führung! Es liegt daher im dringendsten Interesse der Reichshauptstadt, der Oberbürgermeisterkrise so schnell wie möglich ein Ende zu bereiten, um die Bahn für die Neuwahl des obersten Verwaltungsbeamten frei zu bekommen. Man muß aus diesem Grunde wünschen, daß es gelingt, zu einer Einigung vor Abschluß des langwierigen Disziplinarverfahrens zu kommen. —

Zündwarenmonopol angenommen

Reichstagspause bis zum 5. Februar

Die dritte Beratung des Zündholzwarenmonopolgesetzes am Dienstag im Reichstag war nur kurz. Lediglich der deutschnationale finanzpolitische Führer Hergt und ein Kommunist nahmen das Wort. Ein Beweis dafür, wie schwach die Stellung der Opposition in dieser Frage ist. Auch wenn man eben noch so große Bedenken gegen dieses Monopol mit starkem Einfluß ausländischen Kapitals hat, läßt sich ein andrer Ausweg bei der Finanzlage des Reiches nicht finden. Diese Bedenken waren und sind bekanntlich auch in der Sozialdemokratie vorhanden. Man hat sie zurückgestellt und die Reden der Opposition haben deutlich genug gezeigt, daß weder rechts noch links von uns ein besserer Vorschlag im Rahmen des dringend notwendigen Sanierungsprogramms für die Reichsfinanzen zu finden ist.

Der deutschnationale Abgeordnete machte im übrigen manche Bemerkung, gegen die auch von sozialdemokratischer Seite kein Widerspruch zu erheben ist. So unterstrich er die Feststellung, daß für 1930 mit einer Steuersenkung überhaupt nicht zu rechnen sei. Die finanzpolitischen und wirtschaftspolitischen Teile der Hergtschen Rede waren von düsterem Pessimismus. Wohin die Deutschnationale Volkspartei nach dem Ausscheiden der christlich-sozialen Abgeordneten noch mehr als bisher zielt, zeigte sich bei dem Versuch, den Reichsfinanzminister gegen den Reichsarbeitsminister aufzuputschen. Es war die klare Aufforderung an den volksparteilichen Finanzminister gegen den Reichsarbeitsminister in Frontstellung zu treten, damit die Ausgaben für Sozialpolitik, insbesondere für die Arbeitslosenversicherung, gesenkt werden.

Dieser Vorstoß des deutschnationalen Führers ist zugleich ein Kompliment für den sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister, der für die Erhaltung der Sozialpolitik auf der Wache steht, also nach dem deutschnationalen Zeugnis genau das Gegenteil von dem tut, was die kommunistische Lügenpresse über ihn schreibt. Hergt meinte, daß nicht die geringste Aussicht für eine Ankurbelung der Wirtschaft bestehe. Er schloß mit einer Drohung an die Reichsregierung: „Bei Philippi bei den Young-Plan-Verhandlungen sehen wir uns wieder."

Der Zentrumsabgeordnete Schlack beschränkte sich auf die Feststellung, daß die Konsumgenossenschaften von dem Gesetz keinen Vorteil hätten. Sie fügten sich nur, weil ihnen die Interessen des deutschen Volkes höher ständen, als die der Konsumvereine.

Der kommunistische Abgeordnete Schröter (Merseburg) machte neben der üblichen Schimpferei auf die „sozialdemokratischen Mitläufer" einen unfreiwilligen Witz. Er meinte, wenn die Sozialdemokratie nicht so bolschewistenfeindlich wäre, hätte [illegible] die Ueberfremdungsgefahren mit Hilfe der russischen Zündhölzer bekämpfen können.

Der brave Schröder hat leider das Rezept noch nicht erfunden, wie man mit russischen Streichhölzern den Finanzbedarf des Reiches decken kann. [illegible] Streichhölzer können [illegible] billiger sein als Zündhölzer, aber man kann [illegible] Streichhölzern hunderte Millionen Mark Zuschüsse an die Arbeitslosenversicherung nicht liefern. So [illegible] wird aber auch der einfältigste Kommunist nicht sein, um sich einreden zu lassen, daß Rußland mit seinen [illegible] Finanzen etwa gar eine Sanierungsanleihe an Deutschland geben könnte.

Der Gesetzentwurf wurde in namentlicher Schlußabstimmung mit 244 Stimmen der Regierungsparteien gegen 145 Stimmen der Opposition angenommen. Einige demokratische Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Der Gesetzentwurf über Beamtenvertretungen wurde ohne Aussprache dem Beamtenausschuß überwiesen. Die nächste Sitzung wird am 5. Februar sein. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Young-Plan-Gesetze. —

In Hamburg wird – geschwind

Die Kommunistenpresse scheint den Auftrag zu ha[...] bis zum Sonntag einen Grünkoller, einen wahnsinn[...] Haß auf die Polizei zu erzeugen. Heute morgen lügt [...] „Rote Fahne", und heute abend lügt es ihr die gesa[...] kommunistische Provinzpresse nach: „In Hamburg wird [...]schossen!" „Zwei Verwundete!" „Kampf im roten Gä[...]viertel!" „Die Massen schlagen die Sipo zurück!"

So brüllt es in dicken Zeilen quer über die ga[...] Breite der Rubelpresse hinweg. Und was ist in Hamb[...]los? Weiter nichts als der übliche Moskauer Sp[...]takel. Die Hamburger Polizei meldet:

Es ist am Dienstagabend — ebenso wie an den le[...] Abenden überhaupt — in der Altstadt, vornehmlich im Gän[...]viertel, wiederholt zu kleinen Reibereien gekomm[...] doch haben sich ernstere Zusammenstöße nicht ereignet. [...]fach hat man Beamte beschimpft und belästigt; [...] konnten alle Zusammenrottungen gleich aufgelöst we[...] Von der Schußwaffe ist, wie die Polizei erklärt, kein G[...]brauch gemacht worden.

Warum lügte nun die Rubelpresse so blutrünstig? [...] der Wunsch der Vater des Gedankens ist; weil man Schü[...] hören und Tote in den Straßen sehen möcht[...] um größere Arbeitermassen zu höchster Wut aufstacheln u[...] blindlings zu immer neuem Unfug mißbrauchen zu könne[...] Darum lügen sie von Straßenkämpfen in Hamburg, we[...] in Wirklichkeit weiter nichts los war, als daß die Poli[...] einige Radaukolonnen mit dem Gumm[...]knüppel vor sich hergetrieben hat. Einige R[...]daukolonnen, die gütliche Ermahnungen mit Schimpf[...]reien und handgreiflichen Anpöbelungen vereinz[...] gehender Schutzleute beantworteten. —

Zwei neue Parteien

„Volksnationale" und „Volkskonservative"

Um dem Uebelstand der zu vielen Parteien in Deutsch[...]land abzuhelfen, sind wieder zwei neue Parteien g[...]gründet worden.

Die von Hugenberg aus der Deutschnationalen Par[...] verdrängten Abgeordneten Treviranus, Schlange (Schöni[...]gen), Klönne, Lambach usw. haben sich mit einem Pr[...]gramm als neue Partei mit dem Namen „Volkskonse[...]vative Vereinigung" der Oeffentlichkeit in Berli[...] vorgestellt. Die Herren wollen keine Monarchisten sein [...] auch keine Republikaner; sie stellen sich „auf den Boden d[...] Tatsachen", aber sie erkennen die Weimarer Verfa[...] nicht an; sie sind für Verständigung in der Außenpoliti[...] aber gegen das Haager Abkommen; sie erkennen die Gew[...]schaften an, sind aber für Verständigung um jeden Prei[...] den die Unternehmer diktieren; im übrigen sind sie ge[...] Marxismus und gegen die Sozialdemokratie. Im gan[...] die Herren möchten gern so etwas wie die deutsche Ausg[...] der englischen Konservativen sein, wagen es aber nicht [...] zu sagen.

Die zweite Partei, die Deutschland von allen Nöten [...]heilen verspricht, ist vom Jungdeutschen Orden [...]gründet worden: „Volksnationale Reichsver[...]einigung." Der Jungdeutsche Orden hat unter sein[...] Hochmeister Artur Mahraun viele Aufrufe und [...]gestaltige Parolen erlassen. Kern aller war aber imm[...] neben dem Kampfe gegen den „Plutokratismus", [...] Kampfansage gegen den „Parteiismus" in Deuts[...]land. Jetzt tritt er nun mit einem Aufruf an die Oeffent[...]lichkeit, der die Bildung einer neuen Partei ankünd[...] Die Volksnationale Reichsvereinigung soll „eine [...] Partei der nationalen Erneurung" werden, den Kamp[...] gegen den Marxismus wie gegen „plutokratische Vergew[...]gung" führen. Sie fordert von ihren Mitgliedern „ehrli[...] verantwortungsbewußte Aufbauarbeit auf dem Boden der gegebenen staatspolitischen Grundlage" und „Offen[...] Wahrheit und Reinheit im politischen Leben"!

Der Aufruf trägt eine große Zahl von Unterschrif[...] unter denen die Namen von Arbeitern natürlich sehr selten sind. Dafür aber sind der volksparteiliche Reichstagsabge[...]

Klavier-Abend

Rikor von Frankenberg.

Der zweite diesjährige Abend des [illegible] Rikor von Frankenberg war der Moderne gewidmet, [illegible] Alexander Jemnitz, der Ungar, [illegible] Honegger [illegible]

[illegible]

Die Sonate in D-Moll (Opus 8) von Alexander Jemnitz [illegible] Honeggers [illegible] Sonatine [illegible]

[illegible]

Nun hätte man sich einen [illegible] Ernst Toch [illegible] „Poems" [illegible] Erwin Schulhoff [illegible]

[illegible] Sternberg [illegible] wohl [illegible]

[illegible]

Für mehr [illegible] dankte dem Künstler und [illegible] mit [illegible] Beifall [illegible]

Edo.

Arno-Holz-Abend

[illegible]

Daß der vor [illegible] Dichter Arno Holz zu [illegible] Arno Holz, den man heute den „Begründer des Naturalismus" nennt [illegible] „Phantasus" [illegible] Arno Holz [illegible] stadt offenbart; er ist der Dichter des Proletariats, ein gleicher [...] Zille, er hat an sich selbst alle Not und alles Elend erfahren [...] geißelte nun, oft mit bänglichem Spott, die sozialen Verhält[...] und kämpfte selbst als Märtyrer.

Studienrat Ranede, der am Dienstag bei dem im Rahmen der Volksbühne stattfindenden Arno-Holz-Abend die Gedenk[...]rede hielt, sprach wohl sehr ausführlich über Leben und W[...] bot aber mehr trockne Literaturgeschichte, als eine zu erwarten[...] lebendige Darstellung vom Kampf und von der Bestimmung [...] Dichters. Trotzdem war dieses Stück Literaturgeschichte, das [...] uns abgereicht wurde, so farbig, und als „Gedenkrede" so gut [...] gebort, daß man zufrieden sein konnte.

Im zweiten Teil des Abends las der Schauspieler Hein[...] Rühlberg aus den Werken des Dichters. Mit einer [...] Gleichgültigkeit begann er die ersten Gedichte, aber man [...] Rühlberg nur zu gut, um nicht zu wissen, daß seine Art, [...] hier bei Arno Holz, dem Ganzen eine besondere Färbung [...] Und des Dichters Gestalten und Bilder wurden uns auch [...] Rühlbergs Vortrag recht offenbar.

Der größte Prozentsatz der Zuschauer rekrutierte sich [...] dem weiblichen Geschlecht. Lag das nun an dem größern geis[...] Interesse, gerade hier bei Arno Holz, oder an — Herr[...] Rühlberg? — —

Walther [illegible]

Wildgans Burgtheater-Direktor? In der am Mittwoch [illegible] stattfindenden Ministerratssitzung dürfte auch die Burgtheater[...] behandelt werden, und es ist so gut wie sicher, daß der [illegible] gefaßt werden wird, dem Dichter Wildgans die Leitung [illegible] Die Anfrage dürfte bereits in allernächster Zeit [illegible] Im Burgtheater selbst machen sich übrigens beträchtliche [illegible] eine Direktion Wildgans bemerkbar. —

Neuerwerbung des Moritzburg-Museums in Halle [illegible] Das Moritzburg-Museum hat kürzlich eine wertvolle Neuer[...] [illegible] Es handelt sich um eine große [illegible] aus der Zeit der Hochblüte der Gotik [illegible] Die [illegible] wurde auf dem Boden eines [illegible] im Kreise Sondersberge gefunden. —

Weinbergers „Schwanda" an 100 Bühnen! Die [illegible] hat bisher den „Schwanda" als 100. Bühne erw[...] und er hat das Werk im Frühjahr zur Aufführung. Weinb[...] arbeitet [illegible] einer neuen Oper. Die [illegible] deren Buch von dem Wiener Dichter Robert Michel stammt. —

Kleine Chronik

Das Delmenhorst-Urteil revidiert!

In der bekannten Strafsache gegen Adolf Lehing, Engelbert Schmidt und Louis Schmidt ist jetzt im Wiederaufnahmeverfahren das Urteil des Schwurgerichts Oldenburg vom 28. Juli 1914 ohne neue Hauptverhandlung aufgehoben worden. Die Angeklagten wurden von der Anklage, den Raubmord in Delmenhorst im Jahre 1913 begangen zu haben, freigesprochen. Die Oldenburger Strafkammer ist der Ueberzeugung, daß die Tat nicht nur nicht von den Angeklagten begangen worden ist, sondern daß sie auch in keiner Weise Beteiligte waren. Die Staatskasse wurde zur Zahlung einer Entschädigung verpflichtet.

Damit sind die einst Verurteilten nach vielen Leiden, die zu Unrecht über sie verhängt waren, endlich rehabilitiert. Zwei Forderungen leuchten auch aus dieser Geschichte mit Flammenschrift hervor: Vorsicht bei Indizienbeweisen, und weg mit der Todesstrafe, bei der ein Justizirrtum nie wieder gut gemacht werden kann! —

Dreizehnjähriger Revolverschütze

In der Freien Goetheschule in Wandsbek bei Hamburg geraten zwei Schüler während der Pause durch Hänseleien in Streit, der schließlich so ausartete, daß ein älterer Bruder des einen Schülers versuchte, ihn zu schlichten. Darauf zog der dreizehnjährige Schüler K. einen Revolver und schoß den Friedensstifter, den fünfzehnjährigen Schüler G., in die Brust.

Der Angeschossene brach schwerverletzt zusammen. Er wurde sofort ins Krankenhaus übergeführt. Soweit festgestellt werden konnte, besteht direkte Lebensgefahr nicht. —

Unglaubhaftes Mordgeständnis

Am 16. Dezember vorigen Jahres hatte man in Dresden im Unterhaus des Grundstücks Marstraße 11 den aus Lommatzsch gebürtigen 60 Jahre alten Schlosser, zuletzt Motorenwärter Otto Mierisch, ermordet aufgefunden.

Vor etwa vierzehn Tagen wurde der Staatsanwaltschaft beim Landgericht ein in der Mitte der zwanziger Jahre stehender, zurzeit erwerbsloser Arbeiter Herbert Hanke zugeführt, der gelegentlich einer Zecherei zu seiner Umgebung wiederholt geäußert, er sei der Mörder des Mierisch. Hanke wollte sich angeblich auch dieserhalb in der Elbe ertränken, konnte aber von den Zechgenossen der Polizei übergeben werden. Diese schwere Selbstbezichtigung erschien aus verschiedenen Gründen von Anfang an ganz unglaubhaft. Die eingehenden Nachprüfungen haben dies auch bestätigt. Der gegen Hanke erlassene Haftbefehl wurde daher jetzt wieder aufgehoben. —

Deutscher auf dem elektrischen Stuhl?

Zumindest in der Strafvollzugsmethode an die den Italienern Sacco und Vanzetti bereitete Qual erinnernd, mutet eine Meldung aus Neuyork an, derzufolge der Gouverneur Roosevelt die Hinrichtung des zum Tode verurteilten Deutschen W. Edel, die mittels elektrischen Stuhles am Montag um 23 Uhr stattfinden sollte, um 4 Wochen verschoben hat. Gelingt es in der Zwischenzeit nicht, daß Edel seine Unschuld, die er immer wieder behauptet, nachweist, erleidet er unwiderruflich den Elektrotod. Edels Verurteilung erfolgte im Jahre 1927 wegen der angeblichen Ermordung der Schauspielerin Emmeline Harington.

Die Hinrichtung auf dem elektrischen Stuhle sollte zum erstenmal am 13. Dezember 1929 stattfinden, doch wurde der Verurteilte 40 Minuten vor Besteigen des Stuhles zwecks Beibringung von Beweismaterial bis zum 27. Januar begnadigt, woraufhin nun wiederum in letzter Minute die Galgenfrist um einen Monat verlängert worden ist. —

Ein Wecker für Taubstumme

Ein taubstummer Beamter in Budapest hat es sich in den Kopf gesetzt, einen Wecker zu erfinden, der auch taube Leute rechtzeitig aus dem Schlaf weckt. Er ging von der Erfahrung aus, daß Taube für Lichtstrahlen besonders empfindlich sind und erwachen, wenn starkes Licht die geschlossenen Augen trifft.

Die Frau des Erfinders war verreist; so hatte er niemand, der ihn morgens hätte aufwecken können. Er verbrachte mehrere schlaflose Nächte in Angst, er könne die Zeit verschlafen und wegen Zuspätkommens entlassen werden. So bastelte er so lange mit Weckeruhren herum, von denen allerdings einige seiner Erfinderbegeisterung zum Opfer fielen, bis er den Mechanismus so mit einem elektrischen Kontakt in Verbindung gebracht hatte, daß zur vorher eingestellten Zeit eine Glühlampe aufleuchtete.

Das Patent auf diese Erfindung wurde ihm zwar schon erteilt; bei ihm funktioniert sie wenigstens sehr pünktlich; aber ob auch andre Taubstumme in gleicher Weise beeinflußt werden, bleibt abzuwarten. —

Lehrer und drei Kinder ertrunken. Nahe einem Dorfteich bei Wobrow (Pommern) ist beim Betreten der Eisdecke ein Dorfschullehrer mit seinen Schülern eingebrochen. Drei Schüler im Alter von 8 bis 10 Jahren sind mit dem Lehrer ertrunken. —

Einzug des Radio-Autos in Berlin. Bei der Berliner Chrysler-Filiale sind drei Muster-Radio-Autos eingetroffen, auf deren Dach eine Antenne eingebaut ist. Man wird also bald soweit sein, daß man während des Autofahrens die Radiounterhaltung genießen kann. Wegen der Erfassung der Autorundfunkteilnehmer durch die Post hat die Chrysler-Filiale mit dem Reichspostministerium Verhandlungen angeknüpft. —

40 Todesopfer der letzten Stürme in Spanien. Wie aus Vigo gemeldet wird, sind in den Stürmen der letzten Tage an der nordwestlichen Küste Spaniens drei Fischerboote gesunken, wobei 40 Mann ertrunken sind. —

Was Mary Pickford verdient. In einem Steuerhinterziehungsprozeß gegen die bekannte amerikanische Filmschauspielerin Mary Pickford in Los Angeles sind recht interessante Feststellungen über die Riesenverdienste der Künstlerin gemacht worden. Danach hatte sie bereits im Jahre 1917 ein Einkommen von 560 000 Dollar, das im Jahre 1919 sogar auf über 600 000 Dollar stieg. Die Schauspielerin zahlte ihrer Mutter nach ihren eignen Angaben eine jährliche Vergütung von 52 000 Dollar, die sie aber vorsorglicherweise von ihrer Einkommensteuerveranlagung in Abzug brachte. Eine richterliche Entscheidung über den Anspruch der Steuerbehörden auf Nachzahlung von 100 000 Dollar ist bisher nicht ergangen. —

Das Weltmeer durchschifft – im Leben gestrandet

Ueber das abenteuerliche Leben des Arbeiters und Ozeansegelers Paul Müller, der, wie wir berichteten, kürzlich unter Anklage des Rückfalldiebstahls vor dem Amtsgericht Köpenick stand, aber freigesprochen wurde, berichtet das Berliner „Achtuhrabendblatt":

Paul Müller, der sich heute etwa im 40. Lebensjahr befindet, hat niemals viel sonnige Tage gesehen. Schon seine Jugend gestaltete sich sehr unglücklich, und wie sich Müller auch bemühte, es

Ozeansegler Paul Müller.

gelang ihm immer nur zeitweise, eine Tätigkeit zu finden. Allmählich und vor allem durch die große Not im Elternhaus getrieben, geriet der junge Mann auf die schiefe Ebene und ließ sich zu Diebstählen verleiten. Nachdem er erst einmal mehrere Vorstrafen erlitten hatte, war es ihm fast gänzlich unmöglich, eine Arbeitsstelle zu bekommen, so daß er immer neue Straftaten beging. Auf diese Weise hat Müller nicht weniger als rund 20 Jahre in Gefängnissen und Zuchthäusern zugebracht.

Das letztemal wurde Müller im Jahre 1926 aus dem Zuchthaus in Sonnenburg entlassen. Da tat er den Schwur, unter sein bisheriges Leben einen Strich zu setzen und ein neues Dasein zu begründen. Um sich gewissermaßen zu rehabilitieren und zu zeigen, daß es ihm mit seiner Absicht ernst sei, wollte er „eine sportliche Leistung vollbringen, wie sie die Welt noch niemals gesehen habe", und so faßte er den Plan, in einem Segelboot allein nach Amerika zu fahren. Da er aber kein Geld besaß, wandte er sich zur Durchführung seines Projektes an verschiedene Leute, und er bekam auch tatsächlich auf diesem Wege 600 Mark zusammen. Müller inserierte nun nach einem geeigneten Bootsbauer. Als ein solcher meldete sich der Zimmermann A. aus Köpenick, der Müller auch tatsächlich das gewünschte Fahrzeug anfertigte und ihm dafür mehrere hundert Mark abnahm. Beglückt wollte der kühne Seefahrer nun an die ersten Probefahrten herangehen, doch kaum hatte das Boot das Wasser berührt, als es auch schon kenterte und sank. In Wut und Verzweiflung fuhr Müller nach Köpenick, stieg in einen Schuppen des Zimmermanns ein, trug ein dort liegendes Boot hinaus und zertrümmerte es vollkommen.

Es glückte Müller abermals, Geldleute zu finden, und eines Tages segelte er tatsächlich mit einem nur fünf Meter langen Boot mutterseelenallein von Hamburg aus auf den Großen Ozean.

Sieben Monate brauchte er, ehe er die Kanarischen Inseln erreichte. Von dort benötigte er weitere zweieinhalb Monate, ehe er an die kubanische Küste kam. Diese lange Zeit hindurch mußte sich der Ozeanfahrer meist mit der kärglichsten Nahrung begnügen, die zum größten Teil aus nicht mehr als ein paar gerösteten Kartoffeln bestand. Drüben in Amerika wurde Müller nicht nur mit Begeisterung empfangen, sondern auch als Held überall geehrt und gefeiert. Zahllos waren die Angebote von Zeitungen und Managern aller Art, die man an ihn richtete.

Mit dem ersten Geld, das Müller von einem Blatte bekam, ließ er seine damalige Braut, mit der er sich inzwischen verheiratete, nachkommen. Als aber die Vorstrafen des Gefeierten bekannt wurden, ließ man ihn plötzlich fallen und Müllers Traum vom Glück nahm so ein grausames Ende.

Mit den letzten Mitteln, die ihm geblieben waren, kehrte er mit seiner Frau nach Deutschland zurück. Doch auch hier wartete das Unheil auf ihn. Denn inzwischen war Anzeige gegen ihn wegen jenes Vorkommnisses erstattet worden, das sich seinerzeit in Köpenick abgespielt hatte.

Die Gerichtsverhandlung dauerte nur verhältnismäßig kurze Zeit, da der Angeklagte in dem Vorsitzenden einen wohlwollenden Richter hatte. Nachdem Müller die Köpenicker Ereignisse geschildert hatte, wurde der Zimmermann vernommen, der erklärte, daß er vor seiner Bekanntschaft mit Müller niemals ein Segelboot gebaut hatte. Mit dem Gelde, das Müller ihm als Anzahlung gegeben, hatte der Zimmermann aus jenem Schuppen errichtet, aus dem sich der Angeklagte das andre Segelboot geholt hatte. Auf Grund dieser und andrer Feststellungen sah das Gericht den Tatbestand als schweren Diebstahl nicht als gegeben an und sprach Müller frei. —

Therese Etienne

Roman von John Knittel.

Copyright by Orell Füßli Verlag, Zürich und Leipzig.

(93. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Doktor Fröhlich! Sie haben eine Familie, der Sie vieles schuldig sind! Vergessen Sie nicht, daß auch ich eine Familie habe. In diese Sache können viele Leute hineingezerrt werden. Bitte, seien Sie freundlich zu ihnen. Ich bin schuldig! Schuldig! Schuldig! Ich! — Ich sage es, weil mich mein Gewissen zermürbt hat. Ich bin ein Verbrecher, aber ich bin nicht verkommen, ich bin kein geborner Mörder. Die Umstände haben mich zum Mörder gemacht. Ich gebe mich in Ihre Hände."

Doktor Fröhlich schien Gottfried nicht zu hören. Er hielt das Geständnis in der Hand und murmelte nun zu sich selbst: „Den Vater vergiftet!?"

Schließlich legte er das Papier hin.

„Warum haben Sie das getan?" fragte er, eigentlich nur, um irgend etwas zu sagen.

„Haben Sie nie eine Frau so sehr geliebt, daß Sie alles für sie hätten tun können?"

„Keine Frau wäre imstande, mich soweit zu bringen", erwiderte Doktor Fröhlich.

„Aber können Sie nicht begreifen, daß ein Mann um einer Frau willen ein Verbrechen begeht?"

„Frau! Frau!" murmelte Doktor Fröhlich. „Immer die alte Geschichte. Frau! Frau!" Er erhob die Stimme: „Müller! Es gibt kaum einen einzigen Fall, der durch meine Hände ging und der nicht auf die eine oder andre Weise mit einer Frau zusammengehangen hätte. Falls Ihre Behauptungen zutreffen, was ich für den Augenblick annehmen muß, dann fürchte ich, daß Sie eine sehr schlimme Zeit vor sich haben."

„Je schlimmer, desto besser", sagte Gottfried und richtete sich gerade in die Höhe.

„Jetzt mögen Sie so fühlen, bald aber werden Sie sehen, daß es noch schlimmer sein kann, als Sie erwarten. Zuallererst muß ich Sie in Haft nehmen und den Staatsanwalt von der Sache benachrichtigen. Ich weiß nicht, ob ich Ihren Fall persönlich behandeln werde. Das hängt von der Entscheidung des Justizdepartements ab."

Doktor Fröhlich sah einen Augenblick zur Seite. Gottfrieds Anwesenheit berührte ihn seltsam.

„Sie wollen sagen", begann er plötzlich, „daß Sie Arsenik in das Leberfalz Ihres Vaters getan haben, und daß nichts Sie zurückhielt? Kein Gedanke an die Folgen? Kein moralisches, kein ethisches Gefühl, das Ihnen gesagt hätte, daß Sie ein feiges Verbrechen begehen?"

„Ah! Die Umstände! Wenn Sie die Umstände kennen würden! Ich war wie ein Mensch, der plötzlich seiner nicht mehr mächtig ist, verrückt wird und dann mordet!"

„Dennoch ist Ihr Kopf nicht der Kopf eines Mörders."

„Wer von uns, wenn ihn die Umstände vorwärtstreiben, würde nicht imstande sein, ein Verbrechen zu begehen?"

„Es gibt viele, die es niemals könnten!" rief Doktor Fröhlich. „Herrgott nanamal! Müller! Je mehr ich darüber nachdenke, desto schlimmer wird es." Er erhob sich unvermittelt. „Ich sehe schon, das wird eine verwickelte Geschichte. Mir tut es leid um Sie, mir tut es leid um all die Gamer Leute. Es ist einer der unerwartetsten Fälle, der mir je begegnet ist."

Er drückte auf eine Klingel. Ein Gerichtsdiener trat ein, und Doktor Fröhlich verlangte den Polizeiinspektor.

Und nun begann für Gottfried das qualvoll einsame Leben in einer engen Zelle. Auf dem kleinen, harten Schemel, auf dem er sich ergeben niedergelassen hatte, saß er einige Stunden in dumpfem Entsetzen, dann und wann bis auf die Knochen erschauernd.

Ein Wärter, der hereinkam und ihn fragte, ob er irgendwelche besondere Wünsche bezüglich seines Essens und Trinkens hätte, unterbrach die lastende Ruhe. Gottfried schüttelte als Antwort nur den Kopf.

„Ich brauche nichts", murmelte er.

Er gab sich nicht einmal die Mühe, sein Licht anzudrehen. Stumpf saß er da und starrte in die Finsternis. Eine ferne Uhr schlug viele Male.

Plötzlich erhob er sich mit einem Satz und sank auf das niedrige Ruhebett im Winkel der Zelle. Und sehr bald lag er, sein langem zum erstenmal, in tiefem Schlafe.

LVIII.

Der Gemeindeschreiber von Gam, Herr Blaser, und der Polizist Steiger erhielten gleichzeitig am nächsten Morgen von ihrer vorgesetzten Behörde gewisse Instruktionen, daß ihnen fast die Zähne klapperten. Der Leichnam Anton Jakob Müllers müsse unverzüglich exhumiert werden. Aus Obwol werde auf besondere Anordnung des kantonalen Justizdepartements eine Kommission erscheinen.

Sogleich lief das Gerücht um, daß der Alt-Regierungsrat Müller vergiftet worden sei. Das hatte die Welschi getan! Ja! Die Welschi!

„Dumms, chaibe Jüg! Sein eigner Sohn, Gottfried Sixtus! Er ist ja bereits schon in Haft. Die Welschi kann es nicht gewesen sein. Man hat sie noch heute abend gesehen. Ja freilich, sie ist im Dorf in einem Laden gewesen."

„Ein Sohn, der seinen eignen Vater vergiftet! Wer würde so etwas glauben?"

„Das hat sich wohl schon etwa einmal ereignet!"

Zuerst packte die Dorfbewohner blindes Erstaunen. Die Leute standen müßig vor ihren Häusern. Ein Mörder in ihrer Mitte! Seit mehr als fünfzig Jahren war so etwas im Arnatale nicht passiert. Und einer von ihrem eignen Schlag; Unter ihnen geboren und aufgewachsen! Entsetzen packte die Menge. „Gott schütze unsre Seele! Ein Ungeheuer ist ans Tageslicht gezerrt worden! Ein Vatermörder! Ein Bueb, der seinen Vater beseitigt, um bei seines Vaters Frau zu schlafen."

Die Weiber von Gam erblaßten und unterhielten sich im Flüsterton hinter verschlossenen Türen. Innerhalb weniger Stunden flammte das Arnatal von wilden Gerüchten, die in der Mehrzahl auf folgendes hinausliefen: Die Welschi habe Gottfried Sixtus angestiftet, seinen Vater zu vergiften, damit sie mit dem jüngern Manne huren könne.

Die Gier nach dem Grauenhaften, die in der menschlichen Natur liegt, unzertrennlich von der Lust nach dem Unerhörten, trieb die Männer in die Wirtshäuser, die Weiber an die Dorfbrunnen, und sehr bald wagten sich etliche Beherzte die Straße hinunter, um einen Blick auf Anton Jakobs Haus zu erhaschen und mit aufgerissenen Augen den bekannten Gutshof anzustarren, als hätten sie ihn nie zuvor gesehen. Andre wieder gingen zum Friedhof, blickten über die Mauer und glotzten das Grab an.

„Herrjessesgott! Was soll mit uns allen geschehen?"

Doktor Fröhlich hatte, nach einer Beratung mit dem Staatsanwalt und dem Vorsitzenden des Bezirksgerichts, vom Justizdepartement die Weisung erhalten, vorerst der Oeffentlichkeit nichts mitzuteilen, bis die kantonalen Gerichtsärzte ihre sachverständige Meinung abgegeben hätten; es sei jedoch sogleich mit einer genauen Untersuchung des Falles Müller zu beginnen.

Als er mit seinen Beamten in Gam eintraf, war er erstaunt, am Bahnhof eine große Menschenmenge zu seinem Empfang bereitzufinden. Er begab sich ins Gemeindehaus und ordnete die unverzügliche Exhumierung des verstorbenen Anton Müller an.

Der Polizist in seiner besten Uniform, kreidebleich, hielt seine Gamer in Ordnung. „Ruhig da! Nicht so drücken!"

Der alte Joggi und Röthlisberger starrten entgeistert über die Mauer und sahen zu, wie zehn Männer die Marmorplatte zur Seite wälzten, wie die Schaufeln der Totengräber die Erde aushoben, wie ihre Gestalten immer tiefer und tiefer versanken.

„Ich glaube kein Wort von der ganzen Geschichte", sagte Röthlisberger.

„Allweg nicht!" krächzte Joggi. „Würde der Herr Gottfried so was tun? Keine Sau kann das glauben!"

Aber vor Röthlisbergers finstern Blicken wiederholte sich das Schauspiel jenes zehnten September; Grauen packte ihn.

„Und trotzdem glaube ich es nicht!" murmelte er. „Es ist ein Irrtum."

Als Therese von Leonide erfuhr, was auf dem Friedhof vorging, lief sie in ihr Zimmer.

„Gottfried, Gottfried!" schrie sie. „Was hast du mir angetan! Was hast du mir angetan! Oh, warum mußte ich dich lieben! Oh, warum bin ich geboren!"

Leonide folgte ihr auf Schritt und Tritt. Therese riß ihr das Kind aus den Armen.

„Gib ihn mir! Buebi, Buebi, ah! Daß ich dich nicht geboren hätte!" Sie bedeckte das Köpfchen des Kindes mit Küssen und Tränen. Sie preßte es an sich, bis es zu heulen begann.

„Ah! Wenn ich und du, du und ich, wir beide nun aus dem Leben gingen? Ich kann dich doch nicht weiterleben lassen! Oh, hätte ich nur die Kraft! Die Kraft! Leonide, Leonide, hilf mir! Nimm ihn weg, bevor etwas geschieht — nimm ihn weg!"

Leonide nahm das schreiende Kind und legte es sanft an ihre Brust.

„Therese!!" sagte sie in bittendem Tone, „laß ihn mir! Ich werde mich um ihn kümmern. Herrjesses! Alle Türen sind offen! Sie können uns unten hören!"

„Einerlei! Mögen sie mich nur hören! Mögen sie mich hören!"

(Fortsetzung folgt.)

§ Vor Gericht

Unglückliche Anna ...

Da sitzt ein Häufchen Unglück in der Anklagebank. Sprichwörtlich ein Häufchen Unglück! Fräulein Anna Z., Hausmädchen von Beruf. Sie ist schon 45 Jahre alt. Was mag nur in die Anna gefahren sein? Für die Wissenschaft bestimmt ein Problem; denn bis zu ihrem 34. Lebensjahr war sie unbescholten. Ihr Strafregister wird verlesen. Sie weint und bittet mit leiser, dünner Stimme, ihr nicht ihre Vorstrafen vorzuhalten. Doch der Richter kann nicht anders, zwingende Vorschrift, denn — es liegt wieder einmal Rückfallsbetrug vor.

Die Z. muß seelisch und körperlich schwer krank sein. Sie kann kaum sprechen. Um gehört zu werden, gestattet ihr der Richter, sich auf einen Stuhl vor den Richtertisch zu setzen. Nun sieht man erst so recht das skrofulöse Menschenkind im schwarzen ständige Wiederkehr ein und derselben Handlungen beweist mit dem blonden, einfach gescheiteltem Haar und auf dem Hinterkopf den Knoz — ein Mädchen — von früher. Ihr ganzer, dünner Körper zittert. Unaufhörlich schluchzt sie. Sie möchte weder von den Männern am Richtertisch, noch von denen gesehen sein, die sie — wie die Anklage behauptet — „betrogen" hat. Drum hielt sie, während der ganzen Verhandlung, mit gespreizten Händen ihr weißes Taschentuch vor das blasse Gesicht.

Was mag sie sonst denken? Gedankenlos sitzt sie bestimmt nicht da. Aber so wird es ihr verzweifelt durch den Kopf wirbeln: „Wieder hier! Geht es denn nicht anders? Was mache ich nur. Warum hilft keiner? Warum verurteilen sie mich nur alle? Gefängnis oder Zuchthaus?" Dann Pause — wie Leere im Schädel. Und dann wieder — Riesensprung in die Zukunft —: „Was wird, wenn ich wieder draußen bin." Man erlebt so sehr viel im Gerichtssaal. Aber ein so undefinierbares Menschenkind trifft man nur selten an.

Ist es nicht furchtbar! Im Zuchthaus hat die Anna schon gesessen. Anderthalb Jahre. Was muß es doch für eine schwere Verbrecherin sein. — Nun hat sie um einen neuen Halt im Leben gekämpft. Ihre Mutter ist tot. Vom Vater und von den Geschwistern verstoßen, weil sie der ganzen Familie Schande gemacht hat, weil sie ins Gefängnis mußte. Keiner will mehr etwas von ihr wissen. Sie ist eine Unglückliche, weil sie bestimmt nicht das Vermögen besitzt, zu erkennen: was sie tut ist strafbar, wird im Rückfall schwer gesühnt. Sie müßte es eigentlich wissen, nach all' ihren Vorstrafen, die sie nun schon hat. Nein, gerade die ständige Wiederkehr ein und derselben Handlungen beweist mit Schlagkraft, daß sie eben dieses Erkennungsvermögen nicht besitzt. Und wer das nicht als wahr haben will, der stelle sich neben ihre Taten, die „Verbrecherin", die ja nicht der Strafe wegen weint, die ihrer harrt, sondern in der Strafe nur ihr Unglück erkennt, was ihr anhaftet, was sie scheinbar nicht los werden kann. Als böses Schicksal fühlt, oder — wie schon gesagt — nicht erkennt, um es anzuwenden, zu erringen und es befreiend von sich zu werfen.

So bestehen ihre sämtlichen Straftaten — auch die jetzt zur Anklage stehenden sechs Fälle — in ungefähr folgendem: Arbeitslos, ohne Unterstützung. Der — Hunger plagt und treibt sie. Sie ging zu irgendeiner Familie, machte eine Vorstellung auf Kleiderkommen, Hochzeitskleider nähen. Grüße von Bekannten bestellen, um sich dadurch bei der betreffenden Familie einige Stunden aufzuhalten und um mit Kaffee und Kuchen oder Bier bewirtet zu werden. Drum verschwand sie wieder. Die Besuchten fühlten sich betrogen — nein — bestens genarrt —, wenn sie den übermittelten Auftrag am nächsten Tage ausführen wollten und den Schwindel feststellen mußten. Denn weder waren Klaviere zu stimmen, noch Kleider zu nähen. Manchmal lag wirklich eine Gemeinheit in ihren Taten, sich vor Hunger und Untergang zu schützen.

Einmal hatte sie, im Strudel des wilden, unsteten Lebens dahintreibend, einen Halt gefunden. (Als sie mal wieder aus dem Gefängnis kam.) Sie wurde tüchtige, ehrliche, liebevolle Pflegerin bei einer alten, gelähmten Frau. Wieder schlug das Schicksal den glücklichen Halt aus ihren Händen, als die alte Frau nach einem Jahr verstarb. Nun ging das Trauerleben von neuem los. Bis sie wieder gefaßt wurde. In einem frühern Fall ihrer „Betrügereien" stahl sie auch 100 Mark. Daher kam sie ins Zuchthaus.

Und diesmal: Zwei Fälle gelten als durch Vorstrafen verbüßt; ein Fall Freispruch; für die verbleibenden drei Fälle erhielt die Rückfallsbetrügerin 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis. 6 Wochen Haft wurden ihr als verbüßt angerechnet. — Eine Frage zum Schluß: Warum hielten es weder Staatsanwalt noch das Gericht für erforderlich, Anna Z. auf ihren Geisteszustand beobachten zu lassen und in diesem problematischen Fall einen medizinischen Sachverständigen zu hören. Denn die Art, die Anna versucht, ihren Hunger zu stillen, um auf Jahre dafür ins Gefängnis zu gehen, kann doch von keinem normalen Geist ausgehen ... —

Werbt
für Wahrheit und Freiheit!
Werbt
für die „Volksstimme"!

Wissenschaft und warme Würstchen

Halo, die ganze Wissenschaft der Republik hier her!, was da in an Juristen, Staatswissenschaftlern, Historikern, Mathematikern und Geistern der Chemie. Aufgepaßt: Es geht darum, die Herkunft festzustellen von — — einem Paar warmen Würstchen, und zwar, ob sie von dem Fabrikanten X. oder Y. fabriziert worden sind.

Der Sachverhalt: Ein Würstchenhändler auf dem Roten Horn kaufte am 4. August 1929 vom Fabrikanten X. große Würstchen. 3 Paar gingen auf ein Pfund. Die gingen weg wie „warme Semmeln", das Paar für 60 Pfennig. Der Vorrat ging zur Neige. Er kaufte von dem Fabrikanten Y. neue Würstchen hinzu. Aber kleinere. 5 Paar auf ein Pfund. Die wurden verkauft das Paar für 50 Pfennig. Die kamen in die rechte Klappe des brodelnden Wurstkessels. Weil die billiger waren, „gingen sie alle weg". Nur die letzten 5 Paar der großen Würstchen schwammen einsam zurückbleibend in der Wurstbrühe der linken Kesselseite umher. Was sollte mit ihnen geschehen? Umkommen durften sie nicht. Drum kamen sie nächtlich — eine ganze Woche hindurch — in das Zuckerbad des Würstchenhändlers: Brunnenwasser mit Salz.

Am 11. August war letzter Reinigung. Da waren sie zuerst an der Reihe. Und als an dem Tage hungrige Seelen des ländlichen Gesangvereins „Trockne Kehle" den Würstchenmarze stürmten, da wurden sie denen auf dem bekannten, omi Pappteller serviert. 2 Paar vorerst. Scharfe Zähne bissen hungrig zu. Was ist das? Bittere Gesichter. Pfui Deibel!, schmeckt die Wurst? Wie auf Kommando spien die hung Mäuler die „leckern" Happen wieder aus. Geld zurück! Die W ist ungenießbar. Selbst Wurstmarzen wurde schlecht dabei; die Polizei kam, beschlagnahmte die Reste, wickelte sie in Pa und brachte sie zum Nahrungsmitteluntersuchungsamt.

Die Analyse der Untersuchung: „Nicht mehr einwand Und im übrigen: Die Wurst war mit Stärke versehen und m Teerfarbstoff gefärbt." Woher ist die Wurst? Wurstmarze: „ Fabrikanten X." Dem wurde der Prozeß gemacht wegen Leb mittelfälschung.

Gerichtsverhandlung vor dem Einzelrichter. Vier Zeu darunter der Wurstmarze. Zwei Sachverständige: ein Doktor Chemie, ein Wursthändler. Dem Angeklagten X. zur Seite i als Verteidiger ein ehemaliger Landgerichtsdirektor. Wie der für seinen Mandanten ins Zeug schmiß? Rührend war das. Hauptfrage, ob die Würstchen gefälscht waren oder nicht, wu beiseite geschoben. Fast 3 Stunden lang ging der Streit einmal um die Herkunft der Wurst. „Irrtum?" sagte der W marze, ausgeschlossen. „Große und kleine Würstchen kann n doch unterscheiden." Es waren große und die waren nur von Und dann kam die Frage: Waren es holzgeräucherte oder g geräucherte Würstchen. Die erstern müssen dunkel, die letz hell aussehen. Das unsachverständige Sachverständigengutach des Wursthändlers wurde nicht anerkannt. Weder vom Ge noch vom Rechtsanwalt Hoffmann.

Ein andrer Sachverständiger soll gehört werden. Aber ganz Magdeburg wird keiner zu haben sein. „Nun gut", me der Richter, „lassen wir einen aus Halberstadt kommen." „ tagen, vertagen", forderte der Anwalt und dozierte weiter, dem Sohne des Angeklagten X. um die Wette: „8 Tage hält kein Paar Würstchen. Am ersten Tag ist sie rot, am zweiten w wie Papier, am dritten Tag geht die Pelle ab und am vier Tag ist alles andre grün."

Also! — 2 Stunden lang ging der Streit schon. Endl meldete sich der Doktor der Chemie vom Nahrungsmitteluntersuchungsamt, weil nun der Kampf um die Schwere der Wü chen tobte: „Das kleine Paar muß 100 Gramm wiegen. D große Paar 170 Gramm. Aber, was wir von der Polizei zu Untersuchen bekamen, Herr Richter — zwei Würstchen und ein Zipfel —, das wog insgesamt — nur 70 Gramm." Schockschwer not! Entsetzen beim Richter und Amtsanwalt. Kichern im Zuhörerraum. Triumphieren beim Anwalt. „Nun brauchen keine Vertagung mehr; denn die große Wurst von X. kann auf keinen Fall gewesen sein." Ueber 2 Stunden hatte der scheidene Doktor der Chemie mit seiner Wissenschaft hinter de Berg gehalten und alle zappeln lassen.

„Nein, meine Herren, nicht so", beschwichtigte wieder d Richter, „folgendes wird gemacht: X. besorgt dem Gericht ein Paar gasgeräucherte Würstchen, 3 Paar aufs Pfund. E einige Paar holzgeräucherte und die Verkäuferin der Würstc von damals. Ferner wird besorgt die Temperaturkurve der Wü warte vom 4. bis 11. August und — ein Sachverständiger, falls aus Halberstadt."

Dann wurden noch alte Würstchen mit alten Zigarren ver glichen. Der Fabrikantensohn erbot sich dem Gericht, 10 Pf frisches Fleisch in Würstchendärme mit den Händen zu verstopfen und alle Paare Würstchen würden aufs Gramm stimmen. S gut. Beschlossen ist beschlossen. Und wie gesagt, so wird es geschehen. Also eines schönen Tages: Würstchenessen im Amtsgericht Magdeburg. —

DER BAUMARKT IN MAGDEBURG u. UMG.

Gerling & Rausch
Fernspr. 935 u. 8650 | **Magdeburg** | Gr. Diesdorfer Str. 237
Bauunternehmung • Eisenbetonbau • Zimmerei

Magdeburger Bau- und Credit-Aktiengesellschaft
Fernsprecher Nr. 444 und 1916 / Otto-von-Guericke-Straße 83
BAUAUSFÜHRUNGEN
jeder Art und jeden Umfanges
Teil- und Gesamtübernahme
EISENBETONBAU
Feuerungs- und Schornsteinbau

Gustav Gabbe
Magdeburg
Königsrätzer Straße 3
Fernsprecher Nord 20881
Bauklempnerei
Sanitäre Anlagen und Entwässerungen
Reparaturen prompt u. preiswert
Kostenanschläge unverbindlich

Paul Kohl Nachf.
Inhaber: K. Marcinak
Magdeburg, Otto-v.-Guericke-Str. 101
Fernsprecher 3721
Vulkanisier-Anstalt
Ständiges Lager
in gebr. Reifen u. Schläuchen

Friedrich Cierpka
Baustoff-Großhandlung
Magdeburg-Südost
Hubertusstraße 1
Telephon 46098 und 46123

Carl Rich. Steinbecher
Dachdeckerei
Ausführung sämtlicher Dacharbeiten
Magdeburg, Olvenstedter Straße 6
Fernsprech-Anschluß: Mitte 35382

Bauholz nach Liste
in Fichte, Tanne, Kiefer
in allen Dimensionen
Rundeisen — Schalbretter — Spundbohlen
Rauhspund — Einschub, Latten — Stammware
C. W. Neumann A. G.
Sägewerke, Holzwerk, Holzgroßhandlung
Magdeburg-Buckau
Gegründet 1884 — Gegründet 1921

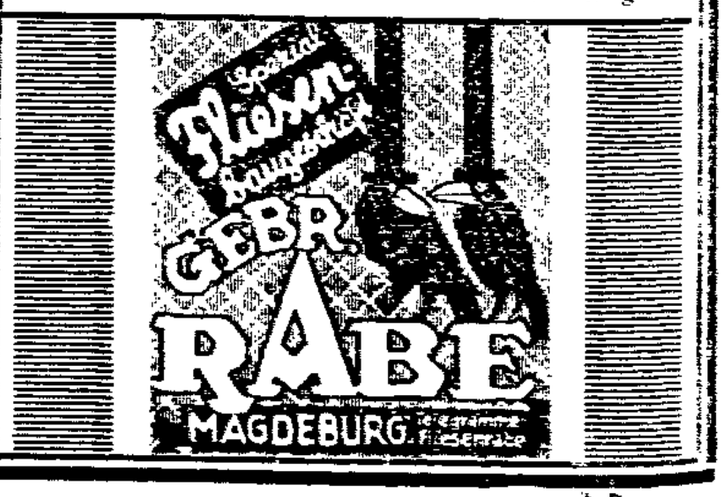
Nicht eigener Herd....!
Nur **Senking-Herd**
ist Gottes wert....!
Für Gas, Kohle und kombiniert mit Grude.
Besichtigen Sie unsere sehenswerten Ausstellungsräume.
Für jeden Haushalt finden Sie bei uns einen passenden Herd.
Wilh. Riebe Söhne
Magdeburg, Breiter Weg 184/86
Verkaufsstelle der Senkingwerke A.G., Hildesheim

Tapeten
tadelhaft billige Preise
Die hervorragende Auswahl! — Große, billige Restposten!
Linoleum
Stragula, Balatum, Gummibelag, Läufer, Teppiche
Bedeutendes Großlager zu niedrigen Preisen
Gebr. Borchers
Breiter Weg 201 neben der Hauptpost
Lüneburger Str. 42 (am Kaiser Otto-Ring)

W. BÖHME
Maler
MAGDEBURG
Große Klosterstraße Nr. 19
Telephon: 2576

Georg Kruse
Töpfermeister
Gerichtlich vereidigter Sachverständiger
für das Landgerichtsbezirk Magdeburg
Anfertigung Meißner Kachelöfen
und Wandfliesen
Herde, transportabl. Kochöfen
Umsetzen, Reinigen, Reparaturen

ADOLF GUNDERMANN
Glasermeister
Bau- u. Kunstglaserei
Glas-Handlung
Bilder-Einrahmung
Magdeburg
Ludwigstraße 12 — Ludwigstraße 12
Fernsprecher Amt Norden Nr. 20119



der von der Erde wieder ausgestrahlt wird, auf 99 Prozent aller eingefangenen Sonnenwärme.

Die Verwertung der wichtigen Energiequelle der Sonne steht also dem Menschen offen. Ob vielleicht nicht gerade unser Zentralgestirn der Quell ist, der billig ungeheure Kräfte liefert, um die ganze Erde in ein Paradies zu verwandeln? In der Sahara könnte man z. B. Sonnenmaschinen mit Erfolg dazu verwenden, aus tiefen Bohrlöchern Wasser heraufzuholen und Oasen mit üppiger Vegetation zu schaffen. Der Elektrizität würde auf Erden bei einer rationellen Ausnutzung aller Wärmeenergie der Sonnenstrahlung eine mächtige Rivalin erwachsen.

Vermutlich hat Augustin Mouchot als erster im Jahre 1861 einen Dampfkessel mit Sonnenstrahlen geheizt. Im 16. Jahrhundert hat bereits ein Franzose Pläne für den Betrieb von Springbrunnen durch Sonnenstrahlen entworfen. Heute sind wir noch nicht viel weiter gekommen. Nur in Kalifornien und Aegypten stehen einige Sonnenkraftmaschinen; weitere Verbreitung haben diese Maschinen bis jetzt noch nicht gefunden. —

Naturwissenschaft

Ein Urvogel mit Borsten.

Der bisher als Urvogel bekannte Archäopteryx, dessen Spuren man seinerzeit in dem der obern Juraformation angehörenden Solnhofener Schiefer fand, ist besonders dadurch charakteristisch, daß sein Körper bereits mit Federn bedeckt war. Nun hat man in einer gleichfalls aus der jüngsten Juraperiode stammenden Kalkplattenschicht eine Gangspur entdeckt, die nach den Mitteilungen Professor Jaeckels unzweifelhaft von einem andern Vogel, dessen Körper nicht mit Federn, sondern mit kräftigen, ungeteilten Borsten bedeckt war. Es handelt sich beim „Protornis bavarica", wie man diesen borstentragenden Urvogel benannt hat, also um ein Tier, das sich noch in einem ziemlich primitiven Entwicklungszustand befand, da die Ausbildung der Feder an Stelle der Borsten beim Archäopteryx als Zeichen einer fortgeschrittenen Entwicklung anzusehen ist, indem die Federn jedenfalls aus den Borsten hervorgingen, die den Körper jener frühlebenden Urvogel bedeckt hatten. Die Untersuchung der Gangspur stellte außerdem fest, daß dieser Vogel sich nicht laufend fortbewegte, sondern auf dem Boden hüpfte, wobei er den langen dünnen Schwanz hinter sich nachzog. Er war etwas kleiner als der Archäopteryx, vermutlich ungefähr so groß wie eine Amsel und scheint ein echter Baumvogel gewesen zu sein, da er durch seine Fußform hauptsächlich dem Leben auf den Zweigen angepaßt war. Die Entdeckung dieser neuen Vogelspur hat vor allem den bedeutsamen Beweis geliefert, daß es außer dem Archäopteryx noch einen andern Vogeltyp gab, der in bezug auf seine Körperausbildung als wichtiges Zwischenglied in der Entwicklung der Vögel zu betrachten ist. —

Allerlei

Ein Fahrplan nach dem Himmel.

Ist: „Lehr- und Gebetbuch für alle Familienmitglieder", das ein Benediktiner des Schweizerischen Stiftes „Einsiedeln" mit Bewilligung des hochwürdigen Bischofs von Chur herausgegeben hat, befindet sich als Regel für allgemeine Familienandachten folgender himmlischer Reisefahrplan: Zeit der Abfahrt: Jede Stunde geht ein Zehnfelzug. / Ankunft: Wenn Gott will. / Preise der Plätze: 1. Klasse: Unschuld oder Buße und Ordensprofeß mit den drei Gelübden der Armut der Menschheit und des Gehorsams. / 2. Klasse: Muße und Vertrauen auf Gott mittels eines frommen und keuschen Lebens in der Welt. / 3. Klasse: Vollkommene Reue und Ergebung in den göttlichen Willen, Beobachtung der Gebote Gottes und der heiligen Kirche und Erfüllung der Standespflichten im Ehe- und Witwenstand.

Beachtenswerte Bemerkungen zur Reise in die selige Ewigkeit: 1. Rückfahrtbillette werden keine ausgegeben. / 2. Vergnügungszüge gehen nicht ab / 3. Die kleinen Kinder, welche noch nicht zum Gebrauch der Vernunft gelommen sind, bezahlen nichts, wenn sie nur im Schoße der heiligen Mutter, der katholischen Kirche sich befinden. / 4. Die Passagiere werden gebeten, kein andres Reisegepäck mit sich zu nehmen als gute Werke, wenn sie nicht den Zug versäumen, oder auf der vorletzten Station, Fegefeuer genannt, wo jedes andre Gepäck abgelegt werden muß, eine unliebsame Verzögerung erleiden wollen. / 5. Reisende werden auf der ganzen Linie an jeder Station aufgenommen. / 6. Jedes Billett muß den Stempel der heiligmachenden Gnade tragen, entweder seit der Taufe, oder wenn verloren, durch das heilige Bußsakrament neu visiert (neu gestempelt). / 7. Jeder Reisende kann während der Wege, wenn er einen größern Preis nachzahlt, von einer niedrigen in eine höhere Klasse aufsteigen; hingegen muß das Aufsteigen in eine niedere Klasse — als lebensgefährlich — durchaus mißraten werden. / „Reiset also glücklich! Gott sei auf eurem Weg und sein Engel begleite euch!"

Ungläubige müssen offenbar zu Fuß laufen. —

Humor und Satire

Raucher. „Vor sechs Jahren kam es mir in einer stillen Stunde des Nachdenkens zum Bewußtsein, daß ich zu viel rauchte. Erstens, dachte ich: es ist nicht gut für die Gesundheit, und zweitens: spart man viel Geld. Also entschied ich mich, das Rauchen aufzugeben", erzählte Herr Schmitt.

„Eine gute Idee", fiel Herr Braun ein.

„So dachte ich seinerzeit auch. Ich nahm das Geld, das ich bisher täglich für Zigarren und Tabak ausgegeben hatte, und trug es jeden Tag auf die Bank. Ich wollte sehen, wieviel ich durchs Nichtrauchen erspart hätte."

„Und wieviel war es?"

„Nach Verlauf von sechs Jahren hatte ich einige tausend Mark auf der Bank."

„Oh, dann können Sie mir etwas leihen . . .?"

„Einige Tage später", unterbrach Herr Schmitt, „verkrachte die Bank. Haben Sie nicht eine Zigarre für mich?" —

Das Echo. Der Wirt eines Hotels: „Meine Herrschaften, haben Sie schon bemerkt, daß dieser Saal ein ganz ausgezeichnetes Echo hat? Ist direkt ein Naturwunder! Wollen Sie es mal versuchen?

Ein Gast: „In diesem Hotel sind die Tischweine mäßig!"
Das Echo: „Schweinemäßig" — — — — .

In welcher Höhe wohnen Menschen? Die höchste menschliche Siedlung befindet sich in Tibet in einer Höhe von 4864 Meter Höhe. Die höchste Eisenbahnstation der Welt ist Tielio in Peru an der Andenbahn. Sie ist nur 4875 Meter hoch. —

Bücherschau

Bücher

Eine Frau allein. Ein Lebensroman von Agnes Smedley. Frankfurter Sozietätsdruckerei. Broschiert 4 Mark. Ein ehrliches, mutiges Buch, diese Lebensbeichte einer Amerikanerin. Nicht weniger interessant ist die Umwelt und wir lernen von Amerika und seinem Arbeiterleben mehr als aus tausend Reisebeschreibungen und Wirtschaftsartikeln. Ein Buch, das man jeder Frau, jedem Mädchen empfehlen kann. —

Reisen und Abenteuer. In der Sammlung „Reisen und Abenteuer" (jeder 100seitige Band mit vielen Bildern und Karten in Halbleinen 2,80 Mark, in Ganzleinen 3,50 Mark) des Leipziger Verlags F. A. Brockhaus ist ein neuer Band erschienen: Philipp Bockenheimer: Rund um Südamerika. Neue und alte Städte. — Der neue Band führt den Leser in die südamerikanischen Staaten, dieses gegensatzreiche Nebeneinander von Glanz und Dürftigkeit, raffinierter Zivilisation und Ursprünglichkeit, Fruchtbarkeit und Wüste. Mit besonderer Liebe geht Bockenheimer, übrigens einer der angesehensten Aerzte Mexikos, auf die Ueberreste der hochentwickelten vorspanischen Kulturen in Peru und die bewegte Geschichte der südamerikanischen Republiken ein. Er entledigt sich seiner Aufgabe, über Vergangenheit und Gegenwart jener mächtig auftrebenden und auch für den Europäer wichtigen Länder zu berichten, jedenfalls ebenso gewissenhaft wie kurzweilig. —

Kürschners Jahrbuch 1930. Kalender, Welt- und Zeitspiegel. Im Hermann Hillger Verlag zu Berlin W 9, Potsdamer Str. 124, erschien der 28. Jahrgang von Kürschners Jahrbuch. Gebunden 3 Mark — bei einem Umfang von 414 Seiten Mit seinen vielen interessanten statistischen Tabellen dient es der deutschen Wirtschaft und ihren Interessen. Durch seine bis ins einzelne gehenden politischen Uebersichten und Abhandlungen, sowie seine vielen Plaudereien über alle Gebiete wissenschaftlicher, wirtschaftlicher und technischer Art bedeutet dies überall beliebte Jahrbuch für den Einzelnen mehr als ein Kalender oder Handbuch: Es ist ein kleines Lexikon, das kein Zeitungsleser entbehren kann. —

Die Zeit, Organ für grundsätzliche Lebenserneuerung (im Zeitbücher-Verlag, Berlin, Bannschulkommando) soll der Aufgabe dienen, die religiösen, pädagogischen, ethischen und politischen Ansichten des bekannten Pädagogen und Politikers Fr. W. Foerster durch kritische Kommentare zu den tatsächlichen Vorgängen, durch Referate über den Stand der allgemeinen Kulturbewegung sowie durch grundsätzliche Abhandlungen zur Geltung zu bringen.

Die Aufklärung, Monatsschrift für Sexual- und Lebensreform, Berlin SO 16, Köpenicker Straße 29. Verlag Aufklärung und Fortschritt, G. m. b. H. Die Weihnachtsnummer bringt eine ganze Reihe hervorragender Beiträge und ebenso gute Illustrationen.

Sämtliche hier angeführten Bücher sind durch die Buchhandlung Volksstimme zu beziehen.

Druck und Verlag W. Plankuch & Co., verantwortlicher Redakteur Alfred Meisterfeld, sämtlich in Magdeburg.

Die Kraft

Unterhaltungsbeilage zur Volksstimme

Nr. 25 — Magdeburg, Donnerstag den 30. Januar — 1930

Der geschlossene Ring

Justizroman von Frank Arnau

(24. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Vorsitzender: Das haben Sie dann auch getan. Wann haben Sie Mister Lychner und Virginia Baratho zum erstenmal im Hotel aufgesucht?

Magnus: Am 28. Februar. An dem Tage, an dem Mister Lychner in Berlin eingetroffen war. Er ließ mich telephonisch in der Redaktion von seiner Ankunft verständigen.

Vorsitzender: Sahen Sie an diesem Tage auch Miß Baratho?

Magnus: Jawohl. Ich habe mit ihr ein paarmal getanzt.

Vorsitzender: Wann sahen Sie Mister Lychner und Miß Baratho wieder?

Magnus: Drei Tage später. Ich hatte nach meiner Rückkehr in der Redaktion angestrengt zu tun und habe außerdem meine Artikelserie über Amerika fertiggestellt.

Vorsitzender: Nach drei Tagen statteten Sie also den zweiten Besuch ab. Ereignete sich hierbei etwas Besonderes?

Magnus: Mister Lychner ersuchte mich, da er am nächsten Abend nach Paris reisen wollte, seinen Paß auf der französischen Botschaft vidieren zu lassen. Ich versprach das, da ich mit einigen Beamten der Botschaft oberflächlich bekannt war.

Vorsitzender: Warum betraute Mister Lychner Sie mit dieser Aufgabe? Er hätte das Visum doch auch durch das Hotel bekommen können.

Magnus: Mister Lychner sagte, er wünsche nicht, daß seine Unterschrift durch allzu viel Hände ging. In Amerika ist man in dieser Beziehung sehr vorsichtig.

Vorsitzender: Und zu Ihnen hatte er Vertrauen?

Magnus: Jedenfalls.

Vorsitzender: Auf wie lange wollte Mister Lychner verreisen?

Magnus: Auf ungefähr eine Woche.

Vorsitzender: Wissen Sie, warum Miß Baratho nicht mit nach Paris fuhr?

Magnus: Mister Lychner hatte dort offenbar nur geschäftlich zu tun. Wahrscheinlich hat Miß Baratho auch keine Lust zur Reise gehabt

Vorsitzender: Ist Miß Baratho vielleicht in Berlin geblieben, um mit Ihnen zusammenkommen zu können und zwar ohne daß ihr Großvater dabei war?

Magnus: Das halte ich für ausgeschlossen. Mister Lychner hatte mich gebeten, mich seiner Enkelin während seiner Abwesenheit etwas anzunehmen, was ich ihm auch versprach. Wenn die Anklage etwa annimmt, daß zwischen mir und Miß Virginia Baratho Beziehungen bestanden, von denen Mister Lychner nichts wissen sollte, so ist sie im Irrtum.

Vorsitzender: Es bestanden also keine Beziehungen zwischen Ihnen und Miß Baratho?

Magnus: Nein. Wenn Sie nicht einen rein freundschaftlich-gesellschaftlichen Verkehr „Beziehungen" nennen wollen.

Vorsitzender: Sie sagen das sehr bestimmt, Herr Dr. Arber. Halten Sie es für üblich, daß zwischen einem Herrn und einer Dame, die sich nur gesellschaftlich nahestehen, das Du gebraucht wird?

Magnus: Herr Präsident, ich sprach von der Zeit vor der Abreise Mister Lychners nach Paris.

Vorsitzender: Soll ich das so verstehen, daß Ihre Beziehungen zu Miß Baratho sich in der Zwischenzeit geändert haben?

Magnus: Ich stelle das nicht in Abrede. (Bewegung im Saal.)

Vorsitzender: Finden Sie nicht, daß Ihre Aussage sehr merkwürdig berühren muß? Am Tage vor der Abreise James Lychners sind Ihre Beziehungen rein gesellschaftlich. Zwei Tage später sind Sie bereits unter Mordverdacht verhaftet und dennoch — in der Zwischenzeit kommen Sie mit der Dame so weit, daß Sie „du" zueinander sagen?

Magnus: Wir haben uns, solange ich in Freiheit war, nicht „du" gesagt. Es ist auch nie ein Wort von Liebe zwischen uns gesprochen worden. Wir haben uns zum erstenmal geduzt bei dem einmaligen Besuch, den mir Miß Virginia Baratho im Untersuchungsgefängnis abgestattet hat.

Vorsitzender: Dr. Magnus Arber, das ist sehr wenig glaubhaft. Aber wir werden darauf noch ausführlich zurückkommen. Sie versprachen also Mister Lychner, das Visum zu besorgen. Was geschah weiter?

Magnus: Ich begab mich am nächsten Mittag nach der französischen Botschaft und ersuchte den mir bekannten Sekretär Dr. Guellemin, den Paß vidieren zu lassen. Der Sekretär versprach mir das Visum für nachmittags fünf Uhr. Als ich den Paß um fünf Uhr abholen wollte, war Dr. Guellemin soeben weggegangen; sein Kollege sagte mir, er habe den Paß zu sich gesteckt, ich würde ihn abends spätestens um acht Uhr in dem Hotel treffen, in dem er wohnte. Ich verständigte Mister Lychner davon, daß ich ihm den Paß an den Bahnhof bringen würde.

Vorsitzender: Sie verständigten Mister Lychner — waren Sie bei ihm im Hotel?

Magnus: Jawohl. Ich blieb dort, bis Mister Lychner und Miß Baratho in die Oper fuhr. Dann suchte ich das Hotel auf, in dem Dr. Guellemin wohnte.

Vorsitzender: Eine Zwischenfrage: sprachen Sie an diesem Abend mit Miß Baratho allein?

Magnus: Nein.

Vorsitzender: Fahren Sie fort.

Magnus: Im Speisesaal des kleinen Hotels wartete ich auf Dr. Guellemin. Ich aß zu Abend. Nach einer Stunde etwa kam Dr. Guellemin und händigte mir den vidierten Paß aus. Ich blieb noch sitzen, da es zu früh war, an den Bahnhof zu gehen und unterhielt mich mit dem Sekretär bis gegen elf Uhr.

Vorsitzender: Tranken Sie dabei etwas?

Magnus: Ich erinnere mich, zwei Flaschen Wein getrunken zu haben.

Vorsitzender: Zwei Flaschen Wein — das ist für normale Begriffe reichlich viel, finden Sie nicht, Dr. Arber?

Magnus: Ich bin Rheinländer, Herr Präsident.

Vorsitzender: Sie waren nicht betrunken?

Magnus: Nein. Ich war nicht betrunken. Ich war vielleicht ein wenig angeheitert, oder, ich möchte sagen: in etwas gehobener Stimmung.

Vorsitzender: Vielleicht haben Sie selbst es nur nicht gemerkt, daß Sie betrunken, oder doch stark angetrunken waren. Es soll vorkommen, daß die andern das eher merken. Uebrigens: wir werden ja darüber den Dr. Guellemin hören. Sie entfernten sich also aus dem Hotel.

Magnus: Ja. Und ging langsam — ich hatte ja noch reichlich Zeit — nach dem Bahnhof.

Vorsitzender: Auf welchem Wege gingen Sie nach dem Bahnhof?

Magnus: Ich kann das nicht genau sagen, aber ich ging Nebenstraßen.

Vorsitzender: Ist es möglich, daß Sie durch die Fürstenstraße gingen?

Magnus: Jawohl. Das ist möglich. Sogar wahrscheinlich.

Vorsitzender: Und weiter?

Magnus: In der Bahnhofshalle war es ziemlich still. Ich schlenderte ein paarmal auf und ab, dann sah ich plötzlich Mister Lychner durch das Portiöl hereinkommen. Ich ging ihm entgegen, wir begrüßten uns und ich händigte ihm den Paß aus.

Vorsitzender: Diesen Paß? (Er hob den Paß in die Höhe.)

Magnus: Das kann ich nicht sagen. Ich hatte den Paß von Dr. Guellemin entgegengenommen und in die Tasche gesteckt, ohne ihn genauer anzusehen. Ich gab ihn Mister Lychner, ebenfalls ohne ihn genauer anzusehen.

Vorsitzender: Sie halten es also für möglich, daß etwa Herrn Dr. Guellemin eine Verwechslung unterlaufen ist?

Magnus: Ob Herrn Dr. Guellemin oder einem andern: eine Verwechslung halte ich für sicher.

Vorsitzender: Und was geschah weiter?

Magnus: Ich begleitete Mister Lychner an die Perronsperre und verabschiedete mich dort von ihm.

Vorsitzender: Hat Mister Lychner Gepäck bei sich gehabt?

Magnus: Nein. Ich nahm an, daß er es schon vorher in den Zug hatte bringen lassen.

Vorsitzender: Und Mister Lychner fuhr also nach Paris?

Magnus: Ich muß das annehmen, denn ich sah ihn den Zug besteigen.

(Fortsetzung folgt.)

Der Bayer in Amerika

Von Peter Scher.

Eines Abends stolperte ich in Neuyork planlos am East River herum — dort, wo tote Katzen tagelang auf der Straße liegenbleiben und verwahrloste Kinder aller Nationen am Bordstein Kisten und Bretter anzünden und mit indianischem Geheul um die Flammen tanzen. Ich hatte, um das Neuyorker Leben von Grund auf zu studieren, nur das allernotwendigste Geld mitgenommen und das war mir — bis auf einen Fünf-Dollar-Schein, der zufällig in die Westentasche geraten war — von einem jener Gentlemen, die den grünen Europäer riechen, mitsamt der Tasche wegoperiert worden.

Eine wahrhaft gemütliche Situation!

Wie ich so, nicht gerade heldenhaft, dahintrottete, hörte ich, von einem grauenhaft rasselnden Orchester gespielt, die anfeuernde Melodie der Marseillaise und zwischendurch betäubendes Gebrüll. Die anmutigen Töne kamen aus einem Lokal, über dessen Eingang wahrhaftig — wenn auch kaum zu glauben — das Wort „Ratscellar" stand.

Der Fall war sonderbar und mußte untersucht werden.

Ich griff zur Vorsicht erst noch einmal in die Westentasche; die Note war merkwürdigerweise noch da — also go an! Ich ging hinein.

Als ich drin war, sah ich zunächst überhaupt nichts. Das, was wir in Deutschland einen dicken Hecht nennen, erfüllte den Raum, aus dem das Getöse erklang, so vollkommen, daß er mich zurückwarf. Ich war schon im Begriff, feig zu fliehen, als mit einem furiosen Krach die Tür zum W. C. aufflog, und ein baumlanger Neger, der hohen Seegang hatte, rücklings in den Gastraum schoß und wie ein Klotz liegenblieb. Ein immerhin anheimelnder Vorgang, der mich zum Bleiben bewog.

Inzwischen hatte ich mich auch schon etwas an den Dunst gewöhnt und konnte die erlauchte Versammlung einigermaßen übersehen.

Weiße und Neger saßen bunt durcheinander. Wie ich später merkte, waren hauptsächlich Iren da, Bootlegger und sonstige um den Alkoholschmuggel verdiente Burschen mit respektgebietenden Gesichtern, die stellenweise nicht ganz in Ordnung waren.

Als ich noch ratlos dastand — zu meinen Füßen schnarchte der betrunkene Neger — hörte ich aus dem Hintergrund, und traute meinen Ohren nicht, eine Bärenstimme auf gut bayrisch „Deifi! Deifi!" sagen.

Auf und hin! Ich stieg vorsichtig über den Schwarzen weg, niemand achtete auf mich, denn das Orchestrion hatte eben wieder losgelegt, und schon saß ich neben dem Phänomen, das „Deifi!" gesagt hatte.

Und ob der Mann ein Phänomen war. Nie in meinem Leben hatte ich vorher einen so wuchtigen Schädel gesehen. Der Himmel möge mir verzeihen — aber selbst Bismarcks Schädel hätte mit dem dieses Mannes nicht verglichen werden können. An Bismarck erinnerten übrigens seine weißen Brauen, die wie ruppige Schnurrbärte über den sonderbar verschmitzten Augen drohend in die Luft standen.

An den ungeheuerlichen Schultern des Mannes pendelten wahre Orang-Utan-Arme mit seltsam ungeschickten Bewegungen; aber als er seinen Kaugummi aus dem breit verkniffnen Mund nahm und mit einem Hieb unter der Tischplatte deponierte, sah ich seine tellergroßen, verknoteten Klauen und empfand den gleichen Respekt wie all die Pats und Nigger an den Nachbartischen.

Er erzählte gerade von einem Gang, den er als Gehilfe eines Rum-Schmugglers mit Polizeimännern an der kanadischen Grenze erlebt hatte.

Solche Geschichten sind ja natürlich nichts Neues; jedes Baby kennt sie heute aus dem Kino. Aber wie er das mit seiner Bärenstimme vortrug und als Beweisstück seine linke Tatze hinlegte, an der zwei Finger fehlten — das hatte etwas ernsthaft lederstrumpfartiges.

Als er mit dem Erlebnis fertig war, machte ich mir den Spaß, ihn mit „Grüß Gott, Herr Nachbarl" anzureden. Da hätte man sehen sollen, wie der Alte die Augen aufriß und mich anglotzte. Ich sagte rasch noch ein paar bayrische Sätze, da stieß er, mit seiner blauroten Nase nach mir hinwitternd, erst ein Grunzen und dann ein Geheul aus, daß sogar im „Ratscellar" Schweigen eintrat.

Um es kurz zu machen: Der Alte stammte aus dem Bayrischen Wald. Er war vor vierzig Jahren ausgewandert und hatte ungefähr alles versucht, um auf den berühmten grünen Zweig zu kommen. Aber es war ihm weder mit gesetzlichen noch mit ungesetzlichen Mitteln gelungen. Er hätte trotz seines Alters das Zeug zu einem selbständigen Rum-Schmuggler gehabt — aber mach du was ohne Anlagekapital und ohne die irische Schlauheit!

„Hoho!" sagte ich, „als ob die Bayern auf den Kopf gefallen wären."

Der Alte zwirbelte seine Schnurrbärte über den Augen.

„Wir vom Bayrischen Wald", sagte er mit seiner tiefen Brummstimme, „wir haben Gemüt — Deifi! Deifi! Was machst du mit Gemüt in den Staaten!"

Ich nickte wehmütig und tastete nach dem Schein in meiner Westentasche. Aber ich hütete mich doch, meine Erfahrungen in dieser Beziehung zum besten zu geben. Dagegen bat ich den Alten, mir noch einiges aus seinem bewegten Leben zu berichten und Jove — es muß wohl die überströmende Liebe zur alten Heimat gewesen sein, die ihn bewog, mir von seiner vorletzten Frau zu erzählen, die war von Eingebornen in der Südsee aufgegessen worden, als er auf Perlenhandel unterwegs war. Nach Monaten heimgekehrt, hatte er nur noch ihre Knochen vorgefunden.

Und wenn er nicht wie auf allen seinen Fahrten auch damals seine Zither bei sich gehabt hätte, wäre er unrettbar der Melancholie verfallen. So war es ihm wenigstens vergönnt gewesen, unter wehmütigen Blicken auf die Reste der Verewigten, ein heimatliches Lied anzustimmen, das den Gram in seiner Brust beschwichtigte.

So wahr ich ein tüchtiges Greenhorn war — hier stutzte ich denn doch. Die Geschichte roch verdächtig nach faulem Witz. Aber die Wehmut des alten Abenteurers war unverkennbar echt, und außerdem schien keiner der Zuhörer an der Wahrheit des Berichts zu zweifeln.

Gut denn, ich beschloß, etwas für den alten Landsmann zu tun. Ich erinnerte mich an George Bancrofft, den Reporter von der Tribüne, der mir auch schon Gefälligkeiten erwiesen hatte. Ich sagte dem Alten, daß ich George Bancrofft zu ihm schicken würde, es sei nicht ausgeschlossen, daß er auf die Art zu einem Fall gemacht werden könne, und außerdem würde Bancrofft gut bezahlen.

Der Alte nickte und sah etwas beunruhigt nach dem Wirt, der mittlerweile nähergekommen war und zur Erhöhung der Gemütlichkeit mit einem Gummiknüppel in der Luft fuchtelte.

„Gut — ich stehe Bancrofft zur Verfügung", brummte der greise Vater — „aber erst fünf Dollar Anzahlung!" Und er hielt mir seine tellergroße Klaue unter die Nase.

„Amen!" dachte ich und griff stoisch in die Westentasche. Um nichts in der Welt hätte ich eingestanden, daß die fünf Dollar mein ganzes Vermögen waren; ich war nur froh, daß ich — außer seinen Erzählungen — nichts zu mir genommen hatte.

Als wir uns trennten gab er mir mit stark alkoholischen Freundschaftsküssen die Adresse seines Bruders im Bayrischen Wald und ließ mich schwören, ihn zu besuchen.

Zwei Tage später erschien, groß aufgemacht, in der Tribüne George Bancroffts Bericht über den letzten Wildwestmann unter der sensationellen Ueberschrift: „Von Kannibalen aufgefressen!"

Die Sache mit dem Zitherkonzert angesichts der Ueberreste seiner Gattin machte sogar in Neuyork Eindruck, und wie ich später hörte, gelang es dem Alten, einen Keller aufzutun, in dem sein gemütvolles Musizieren und seine Erzählungen anziehend wirkten, daß er bald gute Geschäfte machte.

Die Zensur im Wandel der Zeiten

Die Zeiten ändern sich, und wir mit ihnen, aber immer die gleiche bleibt die Zensur. Jetzt wie einst reitet sie auf ihrem dürren Paragraphenbesen im Namen des Königs — wenn's mal gar nicht anders geht, auch im Namen des Volkes — zerstörend und verhängnisvoll durch die Gefilde künstlerischen Schaffens, wissenschaftlicher Forschung. Ihre häßliche Blöße bald mit normalem Schamgefühl, bald mit anderen, leider auch allzu durchsichtigen Phrasenfetzen bedeckend, gebenedeit sie plump und faselt durch die Literatur, ein mieses, muckriges Ueberbleibsel des Mittelalters.

Und wen hat sie alles in ihren Klauen gehabt, gegen wen hat sie die „öffentliche Ordnung und die Sicherheit des Staates", Gott und das „Schamgefühl normal veranlagter Menschen in geschlechtlicher Hinsicht" schützen zu müssen sich berufen gefühlt! Eine erlesene Gesellschaft, wahrlich, die sich in ihrem Literaturzuchthaus im Laufe der Zeiten hat einfinden müssen! Fast alle Namen, die durch die gegenwärtig im Umlauf befindliche Briefmarkenserie (mit Ausnahme natürlich der Hindenburg-Marken) geehrt werden sollen, haben oft sehr erbitterte Kämpfe gegen die Göttin des Rotstifts geführt. Goethe, Schiller, Lessing, Fichte, Heine, Platen, Lenau, Gellert, Karl Marx, Kant, Kleist, Körner, Hegel . . ., Rosegger, Dehmel, Wedekind, Schnitzler, Gerhart Hauptmann, Heyse . . ., Heinz Tovote . . . wie gut sind doch die Künstler dran, die in ihrer Sprache alles, alles sagen dürfen, und der Staatsanwalt darf sich höchstens die Ohren zuhalten, wenn's ihm nicht gefällt!

Einige Zensurfälle:

In einem Verfahren gegen Dehmels „Aber die Liebe" meinte einer der die Untersuchung führenden Beamten im Jahre 1890, er würde auch Goethes „Gott und die Bajadere" beschlagnahmen, wenn das Gedicht innerhalb der letzten Jahre erschienen wäre.

Im Jahre 1920 wurde auch ein Gedicht Schillers verboten, „Der Venuswagen".

Im Herbst 1898 erklärte die Berliner Zensurbehörde bei der Aufführung von „Cyrano de Bergerac" in Ludwig Fuldas Uebersetzung das Wort „Hochzeitsnacht" für anstößig und unzulässig.

1890 verbot der Berliner Polizeipräsident von Richthofen die Aufführung von Sudermanns „Sodoms Ende". Auf die Frage des Theaterdirektors: „Aber warum das Verbot?" „Warum?" antwortete von Richthofen: „Weil es uns so paßt."

In einem Prozeß gegen ein Antikriegsbuch (1926) erklärte der Staatsanwalt Gutachten und Aeußerungen von Hiller, S. Jacobsohn, Käthe Kollwitz, Heinrich und Thomas Mann, Helene Stöcker, Tucholsky, Friedrich Franz v. Unruh, Fritz v. Unruh u. a. für belanglos, denn: „das normale geschlechtliche Empfinden finden wir bei Intellektuellen nicht".

1890 fand vor einem Leipziger Gericht ein Prozeß gegen die Schriftsteller Alberti, Conradi und Walloth wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften statt. Im Verlauf dieses Prozesses fragte der Angeklagte Walloth den Staatsanwalt: „Sie kennen Hebbel?" Darauf der Staatsanwalt: „Hebbel? Nein! Sind seine Schriften in Leipzig erschienen?" — Als aber am letzten Verhandlungstag der Angeklagte sich erlaubte, „in aller Ergebenheit zu behaupten, es gibt auch Staatsanwälte, die den Ovid nicht verstehen", bezog Herr Staatsanwalt Nagel diese allgemeine Bemerkung auf sich und beantragte eine Ordnungsstrafe. Tatsächlich diktierte das Gericht Alberti eine Strafe von 40 Mark zu, weil — weil er dem Staatsanwalt „Unbildung" vorgeworfen habe!

(Nach H. H. Houben, Verbotene Literatur, Verlag Rowohlt.)

Im Jahre 1811 wurde eine Schrift von Klemens Brentano „Der Philister vor, in und nach der Geschichte", die sich gegen die sittlichen Zustände in Berlin, besonders gegen das Bordellwesen wandte, beschlagnahmt, da es gegen die „den Gesetzen gebührende Achtung" verstoße, über die Bordelle Glossen zu machen, solange dieselben gesetzlich erlaubt seien. Aehnlich wurde ein Artikel v. Arnims, der sich mit der behördlichen Duldung der öffentlichen Häuser befaßte, verboten, weil er „Staatseinrichtungen" angriffe.

1928 wird ein Buch von Max Hodann „Bringt uns wirklich der Klapperstorch?" (Greifenverlag) vom Amtsgericht Rudolstadt „besonders" wegen folgenden Satzes für unzüchtig erklärt: „Das Leben ist groß und schön auch ohne den priesterlichen Segen." (!)

Wilhelm Buschs „Der heilige Antonius von Padua" war in Oesterreich wegen seiner antikatholischen Tendenz verboten. Um das Buch aber trotzdem in Oesterreich zu verbreiten, kamen Buschs Freunde auf folgenden herrlichen Einfall: Zu des Dichters 70. Geburtstag wurde im österreichischen Abgeordnetenhaus eine Anfrage an den Justizminister eingebracht, ob ihm der nachfolgende Inhalt des Werkes bekannt und was der Grund des Verbots sei. Und dann wurde der ganze „heilige Antonius" dem Hohen Hause vorgelesen. So erschien Buschs Dichtung in den Protokollen des Abgeordnetenhauses im Jahre 1902, und der Verleger konnte nunmehr das Werk als Abdruck der Seiten 11413 bis 11440 der Sitzungsprotokolle vertreiben, denn die Protokolle des Abgeordnetenhauses durften ja nicht beschlagnahmt werden. (Houben, Verbotene Literatur.)

Den Opfern der Zensur aber bleibt als (freilich schwacher) Trost ein Verschen, das ihr Chamisso einst ins Stammbuch schrieb:

Sie leiten und schleusen und schöpfen
Zu Säcke das Sonnenlicht,
Es tief in das Meer zu versenken —
Den Tag verdunkeln sie nicht.

Franz Nagel.

Kuriose Warnungstafeln

Am Rande einer Wiese in Burgbach:
Niemand wird gebeten, über diese Wiese zu gehen.
Der Besitzer.

*

In einem Winkel in der Ladengasse eines württembergischen Schwarzwaldstädtchens:
Hier ist es bloß den Hunden erlaubt!

*

Weisend an einem Springbrunnen in [illegible]:
Dem Publikum ist es verboten, hier die Wasserhähne spielen zu lassen! Das Schultheißenamt.

*

Am Ende einer schönen Kastanienallee bei Stuttgart:
Das Verlassen der Allee ist untersagt. Bürgermeisteramt.

*

Im Harz an einer freistehenden Baumgruppe:
Vorsicht! Hier wird man vom Blitz erschlagen!
Die Polizeiverwaltung.

*

In einem Marktflecken Bayerns an einer steilen, [illegible] genannten Straße:
Auf diesem Wege ist das Reiten, Fahren und Radeln im Trabe und erst recht im Galopp vollständig verboten.

*

Auf den Wiesen bei Bergzug an der Saale:

Das liebe Vieh braucht Futter,
auch Brot das Vaterland;
das ist so klar wie Butter,
wird selbst vom Kind erkannt.
Drum lauf nicht auf die Wiesen,
du schadest in der Tat;
du mußt sonst dafür büßen
fünf Mark. — Gemeinderat

*

In Eidelstedt in Holstein:
Wer sich nicht schämt, hier Hausunrat abzuladen, kann sich von der Gemeindevertretung eine Bescheinigung holen, daß er ein Schwein ist.

*

In der Berliner Stadtbahn (ermunternd zur Spitzbuberei):
Handgepäckdiebe! Achtet auf das Handgepäck!

*

An einem Weinberg im Badischen:
Dieser Weg ist kein Weg! Wer es aber dennoch tut, zahlt drei Mark. Der Schultheiß.

*

Am Garten einer Farm in Georgia (U.S.A.):
Wer hier durchgeht, wird im Durchmesser von drei wilden Hunden an den Hosen gepackt und mit einer Jagdflinte bearbeitet, die nicht mit Salz geladen ist. Verflucht noch einmal! Ich habe keine Lust, noch länger das Getrampel durch den Garten anzusehen. Joe Murridge.

*

An einem Garten in einem Dorfe Nordschleswigs:
Warne hiermit jedermann, Hühner und andres Kruppzeug in meinen Garten laufen zu lassen, da dieselben für die Getöteten verantwortlich sind. Martin Clausen.

*

Kriegserklärung einer Frau an einer Scheune in einem Vorort der Stadt Hannover:
Hierdurch kündige ich die Vernichtung von allen Hunden und so was an, wenn sie wieder meinen Garten besuchen.
Margarete [illegible].

*

An einem Mast der Ueberlandzentrale:
Vorsicht! Hochspannung! Nicht berühren! Sofort tödlich! Zuwiderhandlung acht Tage Haft!

*

Vor vielen Jahren irgendwo im Plauenschen Grunde:
Alles Betteln und Vagabundieren ist hier bei ein Taler Strafe oder acht Tage Gefängnis verboten und der Denunziant bekommt die Hälfte.

*

Auf den Resten einer alten Stadtbefestigung in Thüringen:
Niemand nahe sich hier, bei Strafe, von der höchst baufälligen Mauer totgeschlagen zu werden! Der Magistrat.

Industrie und Technik

Die Sonnenkraft-Maschine.

So interessant auch die Versuche der Technik sind, eine Fahrt mit Raketenkraft ins Weltall zu ermöglichen, so gibt es doch noch Dinge, deren Beachtung und Erforschung für die Menschheit unendlich wichtiger sind.

Schon seit Jahrzehnten taucht immer wieder die Frage auf, ob man die Strahlen, die uns Mutter Sonne sendet, nicht unmittelbar für Kraftzwecke verwerten kann. Es handelt sich dabei darum, die tagsüber in der Luft enthaltene Wärme in Elektrizität oder mechanische Bewegung umzuwandeln. Bekanntlich lassen sich die Sonnenstrahlen durch geeignete Spiegel sammeln, so daß auf diese Art eine ziemlich hohe Temperatur erreicht werden kann. [illegible]

ordnete, Seminardirektor Munkel und der Landtagsabgeordnete Iversen dabei.

Die Jungdeutschen sind sich aber noch nicht klar, ob sie parteimäßig sich nun organisieren wollen oder erst noch eine Weile bloß mit einem neuen Namen paradieren. Sie wollen erst ausprobieren.

Jedenfalls: Deutschland hat zwei Parteien mehr. —

Gegen die Aussperrer entschieden

Die Metallindustriellen Sachsens haben den Versuch unternommen, mit Hilfe der Gerichte die Kassen des Metallarbeiterverbandes auszuräubern, und sind mit diesem neusten Trick nach einer Niederlage vor dem Arbeitsgericht nunmehr auch vor dem Landesarbeitsgericht Dresden glänzend reingefallen. Das Urteil, das das Landesarbeitsgericht in dem Schadenersatzprozeß gegen den Deutschen Metallarbeiterverband fällte, lautet: Die Berufung der Kläger wird als unbegründet zurückgewiesen.

In der Urteilsbegründung betont das Gericht, daß der Schiedsspruch gegen den Bezirk Dresden des Metallarbeiterverbandes als tariffähige Vertragspartei ergangen sei. Der Bezirksleiter Teichgräber würde als schadenersatzpflichtig anzusehen sein, wenn ein Kausalzusammenhang zwischen dem Tarifbruch und dem entstandenen Schaden bestünde. Wohl liege in der Zahlung von Unterstützungen an Arbeiter, die die Sonntagsarbeit und die neunte Arbeitsstunde verweigerten, eine Tarifverletzung. Es sei jedoch kein Zusammenhang zwischen der Tarifverletzung und dem Schaden zu erkennen; dieser sei erst durch die Gesamtaussperrung entstanden. Die Metallindustriellen hätten also selbst den Schaden verursacht. Ohne Aussperrung hätte der Kampf eher abgebrochen werden können. —

Berliner Kredit gesichert

Der Aufsichtsrat der Berliner Elektrizitätswerke trat am Dienstag noch einmal wegen des 25-Millionen-Darlehns der Elektrowerke an die Stadt Berlin zu einer Sitzung zusammen, nachdem die Direktion durch Verhandlungen mit den reichseigenen Elektrowerken eine wesentliche Verbesserung des Stromlieferungsvertrags erreicht hatte. Dieser Vertrag sieht eine ab 1. Oktober 1933 in Kraft tretende ganzjährige Zusatzleistung von 50 000 Kilowatt plus 15 000 Kilowatt Spitzenstrom für die Monate November bis Februar vor. Die Abstimmung ergab die Annahme des Vertrags mit 9:7 Stimmen.

Nur bei Zustimmung zu dem Vertrag bot sich die Möglichkeit, den 25-Millionen-Kredit aufzunehmen, den Berlin dringend braucht, um über den Januarultimo hinwegzukommen. Eine Vertragsablehnung hätte unweigerlich bedeutet, daß die Kämmereiverwaltung am Ultimo nicht in der Lage wäre, die vollen Gehälter und Löhne auszuzahlen. Weitere dringende Verpflichtungen hätten nicht erfüllt werden können. Trotz dieser Sachlage stimmten außer den Vertretern des Magistrats nur die sozialdemokratischen Mitglieder des Aufsichtsrats für den Vertrag. Deutschnationale und Kommunisten sowie der volksparteiliche und nationalsozialistische Vertreter stimmten unter Vorbringung nichtiger Argumente gegen die Annahme. Der demokratische Vertreter enthielt sich der Stimme. —

Reichskreditgesellschaft

Die dem Reiche gehörende Reichskredit-AG. veröffentlicht als erste aller deutschen Großbanken ihren Abschluß für das Jahr 1929. Das letzte Jahr war im allgemeinen für die deutschen Banken nicht allzu günstig, da der Zusammenbruch der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-AG. den Banken vor allem unmittelbar Verluste gebracht hat.

Die Reichskredit-AG. dürfte unter diesen Schwierigkeiten als Industriebank des Reiches, die nur mit den größten privaten und öffentlichen Geldnehmern verkehrt, wenig gelitten haben. Die Gesamtsumme der ihr zur Verfügung stehenden Gelder hat sich trotz der rückgängigen Konjunktur von 584 auf 626 Millionen Mark erhöht, wobei der Anteil der Auslandsgelder auf etwa ein amtes Drittel geschätzt werden kann.

Wie bei allen deutschen Banken haben die der Börse gewährten Kredite einen sehr starken Rückgang erfahren. Sie sind von 63 auf 34 Millionen zurückgegangen, während die für das Warengeschäft gewährten Kredite von 82 auf 129 Millionen infolge der bedeutenden Steigerung des deutschen Außenhandels zunahmen. Die Reichskreditgesellschaft weist im übrigen gegenüber dem Vorjahr mit 6,0 Millionen einen um eine halbe Million niedrigeren Gewinn aus. Wie im Vorjahr werden 8 Prozent Dividende verteilt.

Es ist kaum bekannt, daß die Industriebank des Reiches, obwohl sie ein öffentliches Unternehmen ist, sämtliche Steuern bezahlt, die private Banken auch zahlen. Sie sind mit 2,68 Millionen in der Bilanz von 1929 ausgewiesen. —

Entwurf eines Saatgut-Gesetzes

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat dem Reichsrat den Entwurf eines Saat- und Pflanzengutgesetzes zugehen lassen, das demnächst den Reichstag beschäftigen soll.

Nach der organisatorischen Neuordnung der „Sortenprüfung", d. h. der laufenden Feststellung des Anbauwertes neugezüchteter Pflanzenarten, im vergangenen Jahre sollen nunmehr durch Reichsgesetz die z. T. jahrzehntealten gesetzgeberischen Forderungen der Landwirtschaft (Pflanzenzüchter und -anbauer) und der Landwirtschaftswissenschaft auf dem Saatgebiet erfüllt werden.

Der Gesetzentwurf sieht für die Züchtungen der Originalsaatzüchter einen dem Patentrecht ähnlichen Schutz vor und bringt zugunsten der saatgutkaufenden Landwirte Vorschriften für den Saatgutverkehr. —

Dank Sowjetrußlands an Deutschland

Der russische Volkskommissar des Äußern, Litwinoff, hat nach Beendigung des russisch-chinesischen Konflikts in Sachen der chinesischen Ostbahn dem deutschen Botschafter in Moskau seine und seiner Regierung besondere Dankbarkeit für die Mühen ausgesprochen, denen sich der Botschafter und die Beamten der Botschaft unterzogen haben, um die Lage der in der Mandschurei verhafteten Sowjetangehörigen zu erleichtern.

In der deutschen Sowjetpresse las man es immer anders. Da stand dauernd, Deutschland hätte der chinesischen Reaktion Vorschub geleistet. Denn es mußte gehetzt werden. Den Dank Rußlands an Deutschland wird man den Lesern unterschlagen. —

Die Lohngeldräuber vor Gericht

Gefängnisstrafen für die drei Kommunistenführer.

Am Dienstag fand vor dem Erweiterten Schöffengericht Blankenburg die Verhandlung gegen die Hüttenroder Lohngeldräuber statt. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde folgendes Urteil verkündet: Angeklagter Klomberg aus Blankenburg 7 Monate Gefängnis, Kleinkauertz aus Hannover 1 Jahr und Manowski aus Hannover 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 9 Monate bzw. 2½ und 2½ Jahre Gefängnis beantragt.

Die drei Moskauer Leuchten haben, wie erinnerlich sein dürfte, einen Schienenwagen des Stahlwerkes erbrochen und die gesamten Lohngelder geraubt, so daß abends kein Lohn ausgezahlt werden konnte. Klomberg war der Betriebsrat des betroffenen Werkes, was seinen Raubanschlag erst schwierig macht. Manowski war bis vor kurzem Gauführer des Roten Frontkämpfer-Bundes und wurde „der Rote General von Niedersachsen" genannt. Auch Kleinkauertz war bis vor einiger Zeit Mitglied der Bezirksleitung Hannover der Kommunistischen Partei.

Drei ganz neue Edelkommunisten. Sie passen ja zur Serie, die jetzt überall Straßenraubau inszeniert. —

Heimwehrspektakel gegen Kultusminister Becker

r Wien, 29. Januar. Der preußische Kultusminister Dr. Becker, der sich gegenwärtig in Wien zu Besuch aufhält, hielt im Kulturbund einen Vortrag über das Bildungsproblem in der Kulturkrise der Gegenwart. Hakenkreuzler und Heimwehrstudenten störten jedoch den Vortrag, an dem auch der österreichische Unterrichtsminister und der Universitätsrektor als Zuhörer teilnahmen, durch ununterbrochene Zwischenrufe, so daß Becker schließlich seine Ausführungen unterbrechen mußte.

Die Heimwehrstudenten wurden aus dem Saal entfernt und die Hauptschreier verhaftet. Danach konnte Dr. Becker seinen Vortrag zu Ende führen. —

Flottenkonferenz

Die Delegierten der fünf auf der Flottenkonferenz vertretenen Seemächte haben nunmehr die langwierigen Erörterungen über die Tagesordnung der Konferenz abgeschlossen und mit der Festsetzung der Reihenfolge der zu erörternden Fragen die erste große Schwierigkeit, der sich die Konferenz gegenüber befand, überwunden. Da sich eine sachliche Einigung nicht erzielen ließ, hat man zu dem Ausweg Zuflucht genommen, die verschiedenen Fragen nach der „alphabetischen Partitur" der einzelnen Länder in Angriff zu nehmen. Auf diese Weise werden zuerst die amerikanischen Vorschläge, dann die französischen, die englischen usw. zur Diskussion kommen.

Der einzige wichtige neue Gesichtspunkt, der im Laufe des Dienstag auftauchte, war die Frage der Einschließung der Handelsschiffe in die Tagesordnung. Die Frage wurde von dem japanischen Delegierten Wakatsuki aufgeworfen. Dieser wies darauf hin, daß der Washingtoner Flottenvertrag ein Verbot der Ausrüstung von Handelsschiffen für kriegerische Zwecke enthalte; der Artikel des Washingtoner Vertrags sei jedoch infolge der Entwicklung der Militär-Luftschiffahrt und aus sonstigen Gründen in seiner gegenwärtigen Form nicht mehr brauchbar. Nach Auffassung der japanischen Delegation muß die Konferenz das ganze Problem der Bewaffnung der Handelsschiffe und ihrer Verwendungsmöglichkeiten als Flugzeugmutterschiffe neu behandeln. Diese Anregung wurde angenommen und die Erörterung der Frage auf der Konferenz beschlossen.

Die Beschlüsse des Dienstag werden der Vollkonferenz am Donnerstag zur Billigung vorgelegt werden.

Am Dienstagnachmittag fanden eine Reihe Sonderverhandlungen zwischen England und Japan und später zwischen Engländern und Franzosen statt. Die Festsetzung der Tagesordnung, und damit der Abschluß der ersten Etappe der Konferenz, hat den französischen Ministerpräsidenten Tardieu zu dem Entschluß veranlaßt, im Laufe der nächsten Tage nach Paris zurückzukehren und Briand als Delegationsführer in London zurückzulassen.

Der französische Koalitionszwist

r Paris, 29. Januar. Die Kampfansage der auf dem Pariser Parteitag der Sozialisten geschlagenen Minderheit war keine leere Drohung. Am Dienstag traten die Anhänger der Regierungsbeteiligung in der Kammerfraktion, die nicht weniger als 71 von 100 sozialistischen Abgeordneten zählen, zu einer Protestsitzung zusammen.

Sie beschlossen die sofortige Einleitung einer energischen Propagandakampagne in den Provinzverbänden und forderten proportionale Vertretung der Minderheit in allen Parteiinstanzen. Endlich verlangten sie, daß in Zukunft die Führung der parlamentarischen Fraktion nicht von dem Parteichef Léon Blum allein ausgehen soll, sondern von einem mehrköpfigen Direktorium.

Der Zwist zwischen den beiden Strömungen der französischen Sozialisten droht also weiter die Stoßkraft der Partei aufs bedenklichste zu lähmen. —

Großfeuer in Berlin

Berlin, 29. Januar. (Eigner Drahtbericht.) Ein riesiges Feuer brach heute früh in der Saarbrücker Straße im Norden Berlins aus. Eine Bohnerwachsfabrik war in Brand geraten. Die angehäuften Vorräte an brennbaren Stoffen, Wachs, Terpentin und ähnlichem, bot den Flammen reiche Nahrung. In sehr kurzer Zeit stand das ganze Haus in Flammen, und das Feuer drohte auf die anliegenden Häuser überzuspringen. Durch das rasche Eingreifen der Feuerwehr, die mit Schaumlöschern arbeitete, wurde diese Gefahr jedoch abgewehrt. Es gelang in mehrstündiger Arbeit, des riesigen Feuers Herr zu werden.

Ein Feuerwehrmann stürzte bei den Löscharbeiten so unglücklich, daß er mit einer schweren Gehirnerschütterung in das Krankenhaus gebracht werden mußte. —

Denkschrift des Rechnungshofs über 1927

Dem Reichstag ist eine Denkschrift des Rechnungshofs des Deutschen Reiches zugegangen, die sich mit der Reichshaushaltsrechnung des Jahres 1927 befaßt. Die Beanstandungen von Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßigen Ausgaben bleiben hinter denen früherer Jahre zurück. In zahlreichen Punkten werden Vorbehalte gemacht, da die Prüfung noch nicht endgültig abgeschlossen ist.

Beim Reichswehrministerium wird mitgeteilt, daß für die eingehende Prüfung der großen Beschaffungsfonds für Heer und Marine, insbesondere der Verträge über den Bezug von Waffen, Munition usw., die bisher nur unzulänglich vorgenommen werden konnte, beim Rechnungshof ein weiterer Beamter angestellt worden sei. Das Ergebnis dieser Prüfung wird später mitgeteilt werden.

Zusammenfassend stellt der Rechnungshof fest, daß die zahlenmäßigen Ergebnisse seiner Prüfungstätigkeit für das Rechnungsjahr 1927 an fortlaufenden Minderausgaben und Mehreinnahmen rund 2 020 000 Mark und an einmaligen Minderausgaben und Mehreinnahmen rund 1 117 000 Mark betragen. Außerdem sind an Beträgen, die zuviel ausgezahlt oder zuwenig erhoben worden waren, der Reichskasse als einmalige Einnahme rund 2 558 000 Mark zugeflossen oder für die zukünftigen Jahre sichergestellt worden. An Beträgen, die zu Unrecht erhoben oder zuwenig ausgezahlt worden waren, sind aus der Reichskasse als einmalige Ausgabe rund 80 000 Mark herausgezahlt worden.

Verschwendung im Verkehrsministerium

Im besondern scheint sich die Prüfungstätigkeit des Rechnungshofes diesmal auf den Haushalt des Reichsverkehrsministeriums erstreckt zu haben. Dieses Ministerium wurde im Jahre 1927 von dem deutschnationalen Verkehrsminister Koch (Düsseldorf) verwaltet, und es mutet sehr eigenartig an, daß in diesem Jahre zum Gebrauch des Reichsverkehrsministers ein schnellfahrendes Motorboot für den Preis von 53 500 Mark beschafft wurde. Die Verhandlungen über die Zulässigkeit dieser Maßgabe zwischen dem Rechnungshof und dem Reichsverkehrsministerium schweben noch.

Neben diesem Motorboot sind aber auch 12 000 Mark für die Beschaffung eines Dienstkraftwagens für das Verkehrsministerium außerplanmäßig verausgabt worden. Auch über diese Ausgabe ist eine Einigung zwischen dem Rechnungshof und dem Ministerium noch nicht erzielt. Die übrigen Bemerkungen zeugen nicht gerade von übermäßiger Sparsamkeit.

So sind für mehrere Studienreisen nach Amerika über 12 000 Mark ausgegeben worden. Die Bedürfnisfrage für diese Studienreisen ist noch zu klären. Für Studienreisen hatte man im Reichsverkehrsministerium anscheinend eine besondere Vorliebe. Zur Ausstellung für Binnenschiffahrt in Basel wurden 47 Beamte des höhern und mittlern Dienstes des Reichsverkehrsministeriums entsandt. Das kostete rund 9000 Mark. Noch großzügiger war man bei der Verkehrsausstellung in München. Hier wurden über 100 Beamte des höhern und mittlern Dienstes entsandt. Das verursachte einen Kostenaufwand von über 14 000 Mark. Der Rechnungshof vermag ein unabweisbares Bedürfnis für diese Ausgaben nicht anzuerkennen. Für den Bürodirektor des Reichsverkehrsministeriums wurde eine Wohnung beschafft, und dabei ist ihm ein Baukostenzuschuß gewährt worden. Der Rechnungshof bestreitet ebenfalls die Zulässigkeit einer solchen Ausgabe, ebenso bei der Beschaffung von Oelgemälden zur Ausschmückung der Diensträume des Ministeriums.

Weitere Auseinandersetzungen zwischen dem Rechnungshof und dem Reichsverkehrsministerium gibt es noch auf dem Gebiet der Beteiligung für das Luft- und Kraftfahrwesen. Für einen Versuchsflug nach Ostasien, den die Lufthansa veranstaltete, vergütete der Reichsverkehrsminister mehr als eine halbe Million Mark. Auch auf diesem Gebiet sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. —

Urteil im Dinkelscherbener Prozeß

Tu. Augsburg, 29. Januar. Im Dinkelscherbener Eisenbahnunglücksprozeß wurde heute vormittag folgendes Urteil gefällt:

Die Angeklagten Amler, Wiedenbauer, Karner werden freigesprochen, die Angeklagten Hübler und Müller werden als schuldig befunden, für 18 Vergehen der fahrlässigen Tötung, 157 Vergehen der fahrlässigen Körperverletzung und eines Vergehens der fahrlässigen Transportgefährdung. Hübler wird zu drei Monaten Gefängnis, Müller zu fünf Monaten Gefängnis, und beide zur Tragung der Kosten verurteilt. Den Verurteilten wird bedingter Straferlaß mit Fristsetzung bis 31. Dezember 1933 zugebilligt. —

Sauerbrey wird ausgeliefert

Wb. Prag, 28. Januar. Der Frankfurter Millionenbetrüger Sauerbrey, der wegen falscher Anmeldung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, hat seine Strafe verbüßt und wird heute den reichsdeutschen Behörden übergeben werden.

Er wird an die Grenze gebracht werden, wo ihn die verständigte deutsche Polizei übernehmen wird. —

Grubenunglück auf Formosa

Tu. Tokio, 28. Januar. Wie aus Formosa gemeldet wird, ereignete sich dort ein schweres Grubenunglück, bei dem 200 Bergarbeiter verschüttet wurden. Bisher konnten erst 34 gerettet werden.

Das Unglück wird darauf zurückgeführt, daß zwei große Förderkörbe, die mit Bergarbeitern besetzt waren, abstürzten. —

Achtzehn Matrosen ertrunken

Wb. Bari, 29. Januar. Die Blätter melden, daß ein Fischdampfer infolge einer Kesselexplosion untergegangen ist. Von der 20köpfigen Besatzung konnten nur zwei Mann gerettet werden. —

Notizen

Stillegungsantrag der Zigarettenfabrik Eckstein-Halpaus. Die Verwaltung der Zigarettenfabrik Eckstein-Halpaus AG. hat für ihren Zweigbetrieb Breslau einen Stillegungsantrag gestellt, von welchem 532 Arbeiter und 49 Angestellte betroffen werden. Begründet wird der Antrag mit Unwirtschaftlichkeit. —

Stahlhelmpastor verhaftet. Der Stahlhelmpastor der Kirchengemeinde Grunow in Mecklenburg-Strelitz, Stoppel, wurde am Dienstag verhaftet, da er in dem dringenden Verdacht steht, große Veruntreuungen begangen zu haben. Pastor Stoppel war mehrere Jahre Verwalter eines Raiffeisenvereins in seinem Wirkungsort. Die Veruntreuungen wurden bereits vor längerer Zeit aufgedeckt. Damals wurde Stoppel zunächst seines Amtes als Pastor enthoben. —

Aufforderung zum Steuerstreik. Im Herbst vorigen Jahres war der auch im Zusammenhang mit den Bombenattentaten genannte Landvolkführer Bestmann vom Kieler Schöffengericht wegen Beamtenbeleidigung und Aufreizung zum Steuerstreik zu 2 Monaten Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte Bestmann Berufung eingelegt, die aber jetzt von der großen Strafkammer in Rendsburg verworfen wurde. Das Gericht hielt für erwiesen, daß Bestmann zum Steuerstreik und zur Begehung strafbarer Handlungen aufgefordert habe. —

Der Gründer der norwegischen Sozialdemokratie gestorben. Der Gründer der norwegischen Sozialdemokratie, Paul Jeppesen, ist am Dienstag im Alter von 73 Jahren gestorben. Er war geborner Däne und ist mit 21 Jahren als Bürstenbindergeselle in Norwegen eingewandert. Viele Jahre war er Redakteur des „Sozialdemokraten" und Führer der norwegischen Sozialdemokratie. In den letzten Jahren hatte er sich wegen Krankheit aus dem politischen Leben zurückgezogen. —

Weitere Deutschrussen nach Kanada abgereist. Ein weiterer Transport von 87 Deutschrussen hat am Dienstagabend mit dem Dampfer Mary Lebone den Hamburger Hafen nach Liverpool verlassen, von wo aus die Auswandrer mit dem Dampfer Montcalm am 31. Januar ihre Reise nach Kanada fortsetzen werden. —

Amerikas rotste Stadt. Die Stadt Reading in Pennsylvania ist die einzige amerikanische Stadt, die eine gänzlich sozialistische Stadtverwaltung ihr eigen nennt. Der Bürgermeister, der Leiter der städtischen Finanzen und sämtliche Mitglieder des Stadtrats gehören der Sozialistischen Partei an. Im Schulrat fehlt den Sozialisten nur eine Stimme zur absoluten Mehrheit. —

Einigung über die französische Sozialversicherung. Arbeitsminister Loucheur und Finanzminister Chéron haben sich am Montag mit der zuständigen Kommission des Senats über das neue Sozialversicherungsgesetz geeinigt. Die Beiträge der Versicherungspflichtigen sind endgültig auf je 4 Prozent für Arbeitgeber und Arbeitnehmer festgesetzt worden. Der Staat gibt einen einmaligen Fundus von 340 Millionen Frank und leistet dazu einen jährlichen Beitrag von 310 Millionen Frank. —

Gaskoks

der hervorragendste Brennstoff

Heizwert wie Zechenkoks

Koks 40—60 mm für Zentralheizung RM. **2.30** pro Zentner
Koks 20—40 mm für Zimmerfeuerung RM. **2.15** pro Zentner
ab Gaswerk. / Anfuhr nach üblichen Sätzen

Städtisches Gaswerk Magdeburg

Fernsprecher 240 ● über Rathaus

ZENTRAL Theater

Täglich 8 Uhr: **Jean Gilberts** neustes Werk:

Hotel Stadt Lemberg

mit **Kammersänger Georg Schmieter** von der Staatsoper Wien, a. G.
Rundfunkhörer erhalten 33⅓ Proz. Ermäßigung!
— Achtung! —
Unwiderruflich zum letzten Male! Sonnabend den 1. Februar nachmittags 4 Uhr
Große Volksvorstellung! Der fidele Bauer

Liga für Mutterschutz u. soziale Familien-Hygiene

Gau Sachsen-Anhalt

Große öffentliche Protestversammlung

am **Freitag den 31. Januar 1930,** 20 Uhr, im Konzerthaus (großer Saal), Leipziger Straße

gegen den Schand-Paragraphen 218

Referenten: **Dr. med. L. Klauber, Berlin,** Mitglied der Gesundheitsdeputation und der Aerztekammer. **Dr. H. Braun,** Rechtsanwalt, **Magdeburg**

Anfang 8 Uhr — Kassenöffnung 7 Uhr
Eintrittspreis: Erwerbslose 25 Pfennig, Gäste 50 Pfennig

Massen heraus! Es geht um eine Kulturforderung

Die Gauleitung. W. Schreier.

Unsere Geschäftsstelle befindet sich ab 2. Februar **Große Steinernetischstraße 17**

Cracauer Konzert- u. Ballhaus

Inhaber **J. Kunz**

Am Sonnabend den 1. Februar, 8 Uhr im Blütensaal

Großes Bockbier- und Kappenfest

Für afweise Stimmung bürgt die berühmte Hauskapelle „Jettchen, Rosi, Pitt und Luischen".
Für derben Stoß sorgt Bodensteiner Bock — Eintritt 30 Pf.

Grammophone und Platten in allen Preislagen! **Reparaturen** stets fachgemäß und billig **Müller's** Sprechmaschinenhaus Apfelstraße 6

Stadttheater

Donnerstag, 30. Januar — 20 bis 22.45 Geschlossene Vorstellung für die Volksbühne
Freitag, 31. Januar, 20 bis nach 22.30 — 4. Abd.
Katharina Knie ein Seiltänzerstück von K. Zuckmayer

Der wahre Jacob reich illustriert, alle 14 Tage 16 Seiten jetzt nur 30 Pfg. **Buchhandlung Volksstimme**

Jedes Buch besorgen wir in kurzer Zeit **Buchhandl. Volksstimme**

Elegante, saubere Masken-Kostüme verleiht zu soliden Preisen **Erich Niemann,** jetzt nur Neuer Weg 11a. Tel. 24218

SOFAS Mk. 125 - 95.- 75. **65.-**

CHAISELONGUE Mk 65.- 50.- 45.- **33.-**

H. BETT-CHAISELONGUE Mk 140.- 120 - **95.-**

Entgegenkommende Zahlungsbedingungen ohne jedes umständliche Kredit-System. Nach auswärts ohne Transportbeschädigung durch eigenes Auto.

BETTENHAUS BRUNO PARIS Breiter Weg 4 Hauptpost gegenüber

Ihr Heim gewinnt mit dieser Krone

Für **3.-** Mk. Monatsmiete nach 12 Monat. **Ihr Eigentum** Anderes gleich günstig

Stadtgeschäft Magdeburg für Gas-, Wasser-, Elektrizitäts- und Heizungsanlagen G. m. b. H. **Kölner Straße Nr. 1**

Heinrich Zille †

der größte Maler des Berlinertums hat kurz vor seinem Tode sich selbst ein Denkmal gesetzt durch das echteste Zilledokument

Das Zillebuch

von Hans Ostwald
223 Illustrationen meist erstmalig veröffentlicht 444 Seiten stark
Kartonband . . . . **Mark 3.75**
Ganzleinen . . . . **Mark 4.80**
Heinrich Zilles Leben, Werden und Wirken, zu haben

Buchhandlung Volksstimme

Weil die Mischung aus den zartesten Blättern, dem natürlichen Geschmacksempfinden so sehr zusagt

Mutti, nimm „EDEKA-TEE" mit den schönen Serienbildern

Dosenpackung ¹⁄₁₀ Pfd. 1.20 ⅕ Pfd. 2.00
Nur in den Edeka-Geschäften zu haben

29.- oder 35.- kostet ein **Anzug** oder **Mantel** aus Ihrem Stoff mit meinen gut. Zutaten **Wolf, Agnetenstraße 1** am Neust. Bahnhof

Sie hören alle Welt im Rundfunk nach den Programmen der Zeitschriften
Der Dt. Rundfunk . 50 Pf
Der Arbeiterfunk . 25 Pf
Funkstunde . . . . . 25 Pf
Die Sendung . . . . 25 Pf
Der Funk . . . . . . 60 Pf
Buchhandlung Volksstimme

Für die uns zur **Vermählung** in so reichem Maße erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir hiermit
unsern herzlichsten Dank!
Barneberg, im Januar 1930.
Otto Naaff u. Frau Ilse geb. Bücking.

Leb nicht in den Tag hinein! Kaufe bei uns Bücher ein! Buchhandlung Volksstimme.

Danksagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden anläßlich des Heimganges unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren

herzlichsten Dank

Insbesondere danken wir der Direktion, den Meistern und Arbeitskollegen der CAW. sowie dem Fabrikarbeiterverband und dem Gesangverein Eichenkranz für das ehrenvolle Geleit. Ganz besonderen Dank dem Herrn Pastor Schweingel für die trostreichen Worte am Grabe.

Egeln, den 27. Januar 1930.

Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen

Wwe. Anna Heberling

Programm der Volkshochschule Burg

Beginn: Montag, 10. Februar.
Zeichnungsschluß: Freitag, 7. Februar.

[illegible]

Freier Wassersportverein

Abteilung Altstadt.

Sonnabend den 1. Februar im Kristallpalast Großer Maskenball

[illegible]
Der Vergnügungsausschuß.

Amtliche Bekanntmachungen

Nutzholz-Verkauf.

Am Montag den 3. Februar 1930, von vormittags 9½ Uhr an,

sollen in dem **Konzerthaus in Burg** Bezirk Magdeburg, aus den Landholzschlägen [illegible] der Stadtforst Burg folgende Nutzhölzer öffentlich meistbietend verkauft werden:

Holz Nr. 1 bis 469 in 5B
Holz Nr. 470 bis 577 in 7B

[illegible]

Burg, den 29. Januar 1930.
Die Forstdeputation.

Bekanntmachung.

Die Abfuhr des erworbenen Holzes im Jagen 5 b der Stadtforst Burg ist [illegible]

Burg, den [illegible] Januar 1930.
Die Forstverwaltung. Ließmann

Bekanntmachung.

[illegible] **Sonnabend den 1. Februar, von 9 bis 11 Uhr,** [illegible]

Burg, den [illegible] Januar 1930.
[illegible]

Am 31. Januar 1930, vormittags von 10 Uhr an, findet in unserem Fundbureau hier — Ostseite des Hauptbahnhofes — **öffentliche Versteigerung von Fundsachen** statt. **Reichsbahndirektion Magdeburg.**

Arbeitsmarkt

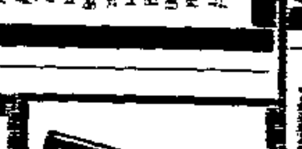
Bäckerlehrling zu Ostern stellt ein **Bäckerei Köhler Magdeburg-Neust.,** [illegible]straße 26

Wohnungsmarkt

Jung. Mann sucht. sof. **Logis** [illegible]str. 1, p. l.

Bei Gicht und Rheuma [illegible]

Möbel Wir haben laufend ca. 200 **Zimmer-einrichtungen** in guten Qualitäten **zu den niedrigsten Preisen** [illegible] **Alter Markt** am Rathaus



Solinger Stahlwaren Schleiferei Ludwig Glauner Kölner Str. 20

[illegible]

Bei volle Ganz [illegible]

Schwerhörige

[illegible]
3 Tage auf Probe!
E. Löffler, Dresden I, [illegible] **44**
[illegible] **Freitag, 31. Januar,** [illegible] **Bergs Hotel,** [illegible]

● Fruchtwein:

[illegible]
Asco [illegible] **Kutscherstr. 17**

Nachruf.

Am 25. Januar ist der Friedhofswärter, Herr

Hermann Abraham

im Alter von 70 Jahren unvermutet verstorben.

Der Verstorbene hat über 25 Jahre im Diensten der hiesigen Stadt gestanden, davon fast 15 Jahre als Friedhofswärter. Die Stadt verliert in dem Dahingeschiedenen einen fleißigen und zuverlässigen Angestellten, der bis wenige Tage vor seinem Tode in seinem Dienste tätig gewesen ist. Ein dankbares Andenken ist ihm gewiß.

Sommern, den 28. Januar 1930.

Der Magistrat.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Trauerfeier meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Schwägerin, danken wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Bewohnern der Häuser Helmstedter Straße 23 und Weinberg 6. Herzlichen Dank Herrn Lehrer Petri für seine Rede am Sarge unserer lieben Entschlafenen.

Familie Wilh. Ohle

Stadt Magdeburg

Nach Ladenschluß

Um diese Stunde mußt du durch die Straßen gehen,
mit vielen vor den hellen Läden stehen,
du darfst voll Sehnsucht sein;
denn alle Türen sind geschlossen
und morgen hast du schon vergessen,
daß Wünsche an dir hingen
nach Dingen,
die du nie besessen.

Um diese Stunde mußt du durch die Straßen gehen,
und nach den jungen Mädchen sehen.
Du darfst voll Sehnsucht sein
nach ihren Küssen,
und brauchst nicht traurig sein,
will keine von dir wissen.

Denn das ist unser Leid
in diesen Abendstunden,
daß soviel uns gefällt,
das weit
und für die andern ist
die schon am Tage Zeit gefunden
und Geld.

Erich Grisar.

Neues im Museum am Domplatz

Norwegische Biber.

In dem Bestreben, den Ruf des Magdeburger Museums für Natur- und Heimatkunde als Zentrale für Biberforschung zu erhalten, ist es dem Direktor Prof. Dr. Mertens gelungen, auch ein Paar norwegische Biber für die Sammlung zu erwerben. Es sind also vorhanden Elbebiber, Abonebiber, kanadische Biber und nunmehr auch norwegische Biber. Die letzteren sind zu einer Gruppe zusammengestellt. Sie stimmen im Pelzwerk und in der Größe mit den heimischen Tieren völlig überein. Dank den Schutzvorschriften der norwegischen Regierung hat sich der Biber im südwestlichen Norwegen in den letzten Jahren so sehr vermehrt, daß jetzt jährlich eine beschränkte Zahl von Tieren erlegt werden kann.

Ein Rehbock im Bastgehörn.

Der vorige strenge Winter hat einem Rehbock auf dem Roten Horn den Tod bereitet. Er stand in der Entwicklung der Krone. Die Geweihkronen waren noch mit dem Bast überzogen und weich, aber doch sonst völlig ausgebildet. Im Frühjahr wäre die Haut an dünnen Stangen durch Fegen abgerieben worden, so daß im Sommer das geperlte Gehörn übriggeblieben wäre. Der Hunger hat dem Tiere den Tod gebracht. Da dieser in einer Zeit erfolgt ist, wo ein Abschuß des Rehwildes verboten ist, so sind Rehböcke im Baargehörn sonst nicht zu finden. Das Stück im Magdeburger Museum ist daher als große Seltenheit zu betrachten und wird jedenfalls die Aufmerksamkeit der Jägerwelt auf sich lenken.

Ein Giraffenskelett.

Von dem höchsten Säugetier, einer Giraffe, ist im Museum als neuste Erwerbung ein Skelett aufgestellt. Es erreicht eine Höhe von 4 Meter. Es bildet zu dem Okapi, dem einzigen Verwandten, das Gegenstück. Auffällig ist daran der lange Hals, der trotz seiner Länge auch nur aus sieben Wirbeln besteht.

M.

Wo bleiben die Verkehrsgerichte?

Schon einmal haben wir in längern Ausführungen an dieser Stelle die Frage aufgeworfen, ob es bei den durch den sich steigernden Verkehr riesenhaft anschwellenden Verkehrsprozessen nicht angebracht ist, auch bei den Magdeburger Gerichten eine besondere Verkehrsabteilung einzurichten, die sich ausschließlich mit den Verkehrsprozessen zu beschäftigen hat. Berlin hat diese Einrichtung längst. Aus Sparsamkeitsgründen müßte es Magdeburg ebenfalls haben.

Erfahrungsgemäß nehmen die Verkehrsprozesse durchweg bedeutend mehr Zeit in Anspruch, als alle sonstigen Strafprozesse, abgesehen von Ausnahmen und von den großen Strafprozessen. Ein Verkehrsunfall auf dem Arbeitsplan eines Gerichts verschiebt an dem Tage mit tödlicher Sicherheit die übrigen Termine meistens um Stunden. Früh geladene Zeugen müssen stundenlang warten. Richter und Schöffen sitzen bis in den Abend hinein. Unruhe unter den Prozeßbeteiligten. Uebermäßig langes Fernhalten von der Arbeit. Das alles kostet der Justizverwaltung sehr viel Geld.

Teils ist die Praxis der Gerichte auch so: wenn ein Verkehrsunfall ansteht, werden für den Tag schon weniger Termine für andre Strafprozesse angesetzt. Und die Folge: Die sich sowieso schon in den einzelnen Abteilungen anhäufenden Strafprozesse wachsen immer mehr an und harren ihrer Erledigung. Die Abteilungen werden immer mehr überlastet. Das dürfte doch den maßgeblichen Stellen längst bekannt sein. In Untersuchungshaft genommene Angeklagte sitzen dadurch lange Zeit in Haft.

Nicht selten kommt es auch vor, daß an einem Tage vier Verkehrsprozesse und mehr in vier verschiedenen Gerichtsabteilungen anstehen: Vor dem Einzelrichter im Amtsgericht, vor dem einfachen Schöffengericht, vor dem Erweiterten Schöffengericht und zu guter Letzt noch vor der Strafkammer des Landgerichts. Diese Verkehrsunfälle, vor eine besondere Verkehrsabteilung gebracht, würden einen ganzen Tag ausfüllen. Richter, Staatsanwälte, Sachverständige und Beisitzer würden größere Praxis erhalten. Diese Prozesse könnten dann schneller durchgeführt werden. Und die Gerichtsabteilungen für Strafsachen würden bedeutend entlastet. Sie kämen mit den Strafprozessen mehr als bisher auf das laufende. Es ist endlich an der Zeit, daß hier im Interesse der Sparsamkeit und der schnellern Abwicklung der Strafprozesse eine gesunde Regelung Platz greift.

Kail.

Religion und Sozialismus

Daß Religion und Sozialismus sich näherstehen, als Religion und Kapitalismus, sah auch Bebel in seinen ältern Tagen ein, obgleich er einmal im Reichstag erklärte, Religion und Sozialismus stünden sich gegenüber, wie Feuer und Wasser. Die Religiösen Sozialisten, Ortsgruppe Magdeburg, in deren erster Versammlung am Dienstagabend der Pfarrer Genosse Rackwitz sich mit dem obengenannten Thema beschäftigte, sind der Meinung, Religion und Sozialismus paßten sehr gut zusammen. Genosse Rackwitz führte dazu etwa aus: Trotz unsers Bekenntnisses zur Religion sind wir entschlossen, bedingungslos dem Proletariat uns anzuschließen, das für eine Umgestaltung und Neugestaltung unsrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse kämpft. Es ist notwendig, der Kirchenaustritten vom Sozialismus zu sprechen und vor Parteigenossen von unserm Religionsbegriff. Die Tatsache, daß wir innerhalb der Partei, neben dem Freidenkergenossen, uns in gleicher Weise für ihre Ziele einsetzen, braucht durchaus nicht zu überraschen.

Uns ist, wenn wir auch andre Auffassungen in der Weltanschauung vertreten, als unsre Freidenkergenossen, eine extrem gegen die Kirche gerichtete Einstellung verständlich. Wir haben an der Stahlhelmfahnen segnenden Kirche auch eine ganze Menge auszusetzen. Wir achten uns gegenseitig und finden uns zur gemeinsamen Arbeit auf der Basis des Parteiprogramms. Die sozialistische Bewegung muß sich ja, international gesehen, mit vielen Religionen auseinandersetzen und kann unsers Erachtens keine bestimmte Weltanschauung ihren Mitgliedern zur Pflicht machen. Echte Weltanschauung, echte Religion läßt sich auch nicht kneblen. Der Versuch in Rußland, die vor dem Kriege bereits faule Kirche niederzulegen, wird erst recht neue religiöse Funken auslösen. Die Kirche hat immer dann am tiefsten am Boden gelegen, wenn sie besonders subventioniert wurde, wie das ja auch gegenwärtig der Fall ist.

Freiheit in der Religionsfrage ist von den wissenschaftlichen Begründern des Sozialismus gefordert worden. In allen Parteiprogrammen ist die Religion mehr oder minder als Privatsache erklärt worden. Die größte Partei in einem 60-Millionen-Volk kann gar nicht anders handeln, wenn sie es als ihr politisches Ziel betrachtet, von 57 Millionen Noch-Kirchenanhängern mehr als 50 Prozent um ihre Fahne zu scharen. Ein besonders viel erhobener Vorwurf ist der, daß die Religiosität den kühlen Verstand beschränke. Es ist durchaus nicht so. Man wirft uns auch vor, wir überließen doch alle Geschicke der weisen Führung des Gottes, der alles könne und fragt dann: „Warum läßt er alles zu, wie Krieg und Massenmord?" Wir fußen ja keinesfalls auf diese abgetragenen Begriffe. Wir kämpfen auch weltanschaulich, religiös für soziale Gerechtigkeit und wünschen und betreiben nichts mehr, als eine Aechtung des Krieges.

Unsre Stellung zur gegenwärtigen Kirche ist deshalb eindeutig ablehnend, weil sie unsern weltanschaulichen Bestrebungen so wenig gerecht wird. Die Stellung, besonders der uns interessierenden evangelischen Kirche, ist zur genüge bekannt. Von der schwarzweißroten Fahne ist man schon zum lila Kreuz gekommen. Auch in der Kriegsfrage bricht sich eine Auffassung Bahn, den Krieg als Sünde zu brandmarken und zu verdammen. Unsre Aufgabe ist es, einzudringen in alle Zellen und Organisationen der Kirche, denn große ideelle und materielle Werte können mit ihr erobert werden. Wir wollen nicht Politisierung der Kirche, sondern ihre Umgestaltung nach unserm Religionsbegriff. —

Auf der Wassersuche seit 30 Jahren

Wo wurde überall gesucht? – Was dürfen wir von der Heide erwarten?

Der Magistrat der Stadt Magdeburg hat mit der Vorlage über die Trinkwasserversorgung den Stadtverordneten auch eine ausführliche Darstellung der Vorarbeiten für die Verbesserung des Wassers zugehen lassen. Das umfangreiche Material setzt sich aus einer Darstellung des Magistrats über seine bisherigen Bemühungen und aus zahlreichen fachmännischen Gutachten über die Grundwasserversorgung und über die Talsperrenversorgung zusammen. Wir geben hier zunächst einen Rückblick auf die frühern Arbeiten zur Verbesserung der Magdeburger Wasserversorgung. Eine Grundwasserversorgung wurde schon im Anfang des Jahres 1893 erörtert. Damals schon war das Magdeburger Trinkwasser als völlig ungenießbar bezeichnet worden. Der preußische Staat empfahl schon 1894 den Uebergang zur Grundwasserversorgung.

Unter Mitarbeit des Landesgeologen Prof. Dr. Beyschlag wurden nacheinander die verschiedensten Projekte bearbeitet und untersucht. Am Rande des Pietzpuhler Plateaus, in der Gegend von Körbelitz, Woltersdorf, Menz, Gübs und Wahlitz wurden Bohrungen ausgeführt. Die Untersuchungen ergaben eine Ablehnung der Wasserentnahme. Das Grundwasser erwies sich als durch Chlorsalze von der Elbe her durchsetzt. Dann wurden am Nordrand des Flämings, auf der Linie Tretzen, Schopsdorf, Magdeburgerforth, Waldrogäsen, Küsel, Theeßen Untersuchungen angestellt. Nach den Bohrungsversuchen hielt man eine Wasserentnahme aus diesem Gebiet für möglich. Es wurde jedoch als zweiter Sachverständiger Baurat Thiem hinzugezogen. Diesem erschien der Fläming als nicht aussichtsreich für eine Wasserversorgung. Er schlug statt dessen die Elbaue südlich der Saale vor und brachte dort in der Gegend von Rosenburg, Breitenhagen, Lödderitz, Patzetz verschiedene Bohrungen nieder. Seiner Ansicht nach war dort die Entnahme von 60 000 Kubikmeter Wasser pro Tag möglich. Teilweise auftretende Chlorgehalte des Wassers gaben jedoch zu großem Bedenken Anlaß.

Im Sommer 1900 untersuchte Thiem dann die Umgebung von Genthin. Er schlug als Bezugsort den Fiener Bruch vor. Die Bohrungen ließen eine Wasserentnahme für Magdeburg als durchaus möglich erscheinen. Man schritt zum Bau einer Versuchsbrunnenanlage in den Jahren 1904 und 1905. Im Jahre 1905 wurde tagelang gepumpt. Wegen Ueberschwemmungen, die durch Ableitung des Pumpwassers hervorgerufen wurden, stellte man den Betrieb jedoch wieder ein. Erst am 5. Oktober 1908 wurde der eigentliche Pumpversuch fortgesetzt und am 22. Januar 1909 beendet. Die damalige königliche Versuchs- und Prüfungsanstalt für Wasserversorgung stellte aber in ihrem Gutachten fest, daß der Beharrungszustand nicht erreicht sei, daß also der ganze damalige Bedarf von Magdeburg aus dem untersuchten Gelände nicht entnommen werden könnte. Die Anstalt hielt es jedoch für möglich, bei Heranziehung des ganzen langen Fiener Bruchs den Bedarf zu decken. Ein weiterer Pumpversuch, der hierüber den nötigen Aufschluß hätte geben können, ist nicht unternommen worden. Das war aber auch nicht nötig. In einem Bericht der preußischen Landesanstalt für Wasser-, Boden- und Lufthygiene heißt es über die Möglichkeiten der Wasserentnahme aus dem Fiener Bruch:

„Abgesehen davon, daß unsre Landesanstalt schon früher in einem Gutachten zu dem Schlusse kam, daß die von Thiem errechnete täglich mögliche Entnahmemenge aus dem untersuchten Gebiet kaum dauernd entnommen werden kann, kommt dieses Gebiet besonders deshalb nicht in Frage, weil wegen der geringen Tieflage des Grundwasserspiegels durch die Grundwasserentnahme zu erhebliche Entschädigungen an die Landwirtschaft erforderlich würden, und weil außerdem die Entfernung von Magdeburg mit rund 40 Kilometer sehr erheblich ist und wegen der erheblich tiefern Lage dieses Gebiets (gegenüber der Letzlinger Heide), die Förderkosten nach der Stadt wesentlich höher sein würden."

Die Beschäftigung mit der Frage der Grundwasserbeschaffung ruhte nun einige Jahre. 1912 untersuchte der Stadtbaurat Genneking die Elbniederung bei Prester. Bis zur Kreuzhorst hin wurden Bohrungen niedergebracht. Etwa 50 Meter von der Elbe wurde weiterhin eine Versuchsbrunnenanlage mit sechs Brunnen errichtet. Das Ergebnis war wieder negativ. Man hatte mit salzhaltigem Wasser aus dem Untergrund sowie mit hohem Eisen- und Mangangehalt zu rechnen.

Professor Keilhack wies dann auf die Letzlinger Heide hin. Darauf wurden im Jahre 1914 im Samsweger Tale Bohrungen und Pumpversuche unternommen. Die eingeholten Gutachten ergaben eindeutig, daß aus der Letzlinger Heide die von Magdeburg benötigte Wassermenge entnommen werden könnte. Von verschiedenen Seiten waren noch andre Entnahmegebiete vorgeschlagen worden, so in den 90er Jahren die Börde. Die Untersuchung ergab jedoch, daß das Wasser stark kalkhaltig und im südlichen Teil auch salzhaltig war. 1903 wurde das Gebiet von Felgeleben und Calbe vorgeschlagen. Das Bergamt lehnte aber eine Entnahme ab, weil man Wassereintritt aus den Braunkohlen- und Steinsalzlagern befürchtete.

Das dann ferner vorgeschlagene südlich des Flämings gelegene Gebiet zwischen Loburg, Möckern und Lübe ergab keine ausreichende Ergiebigkeit. In jüngster Zeit wurde auch noch vorgeschlagen, auf dem rechten Elbufer bei Cracau zu bohren. Die Untersuchung des Brunnens der frühern Cracauer Brauerei ergab hohen Eisen- und Mangangehalt. Es handelte sich dabei größtenteils um infiltriertes Elbwasser. Auch auf die Schrote als Wasserquelle wurde hingewiesen. Sie sollte nämlich durch einen Grundwasserstrom vom Harze her gebildet werden. Die abfließenden Wassermengen der Schrote sind aber so minimal, daß die Quelle nur durch den Abfluß und Niederschlag der angrenzenden Höhen gebildet werden kann. Der Seelsche Bruch bei Eilsleben und Erxleben wurde ebenfalls in Betracht gezogen. Das Niederschlagsgebiet ist aber für Magdeburger Verhältnisse viel zu klein. Außerdem besteht die Gefahr der Versalzung durch naheliegende Kalibergwerke. Angeblich sollten die teilweise stillgelegten Kalibergwerke Ummendorf, Eilsleben, Wefensleben, Beendorf in 100 bis 120 Meter Tiefe Süßwasser führen. Hier würden viel zu hohe Förderkosten entstehen, außerdem liegt die Gefahr nahe, daß das Wasser versalzen kann. Auch mit den Braunkohlengruben bei Pömmelte, Eickendorf und Barby, die infolge Auftretens starken Grundwassers nicht abgebaut werden, beschäftigte man sich. Die chemische Untersuchung dieses Wassers ergab hohen Chlor- und Eisengehalt sowie sehr hohe Härtegrade. Bei Badeleben sind verschiedene Quellen vorhanden. Die chemische Untersuchung ergab, daß das Wasser nicht geeignet ist. Angeblich soll das Wasser bei Sandersleben an vielen Stellen zutage treten, aber die große Entfernung (58 Kilometer) sowie die angrenzenden Braunkohlengruben und Schächte lassen dieses Gebiet als nicht günstig erscheinen. Es war auch vorgeschlagen worden, die Schöpfstelle des Wasserwerks in der Elbe nach Tochheim zu verlegen. Nach den Berichten des Flußwasserversorgungsamts Magdeburg enthält das Elbwasser dort aber ebensoviel organische Bestandteile, wie an unsrer jetzigen Schöpfstelle bei Prester.

Bezüglich der Wasserentnahme bei Tochheim, im Forst Stackby, Hohenlepte, Kermen, Walternienburg ist zu bemerken, daß sich dort an der Elbe entlang in 10 Kilometer Breite Letteformationen mit teilweiser Mächtigkeit von 90 Meter befinden, die kein Grundwasser führen. In warmer Jahreszeit versagen die Dorfbrunnen häufig nach Angabe der anhaltischen Regierung. Nach dem Kriege waren eine große Anzahl von Bohrungen in der Gegend von Dornburg, Plötzky, Randau, Wahlitz niedergebracht. Wie schon Beyschlag und A. Thiem früher festgestellt hatten, ergab sich als Bohrungsresultat aber ein hoher Mangan- und Eisengehalt, schwankende hohe Chlorzahlen und hohe Härte des Wassers, so daß von einer Verwendung als Trink- und Gebrauchswasser für Magdeburg keine Rede sein konnte.

Nach einem Gutachten der preußischen Landesanstalt für Wasser-, Boden- und Lufthygiene vom 20. August 1928 kommt von allen Projekten für die Grundwasserversorgung der Stadt Magdeburg nur die Letzlinger Heide in Betracht. Und dort ist man ja eifrig bei der Arbeit. Die geologischen Verhältnisse und auch die Grundwasserbedingungen erscheinen günstig. Kein Mensch kann ins Innere der Erde hineinsehen. Jede Untersuchung muß sich stützen auf den Möglichkeiten und Erfahrungen, die der menschlichen Arbeit zur Verfügung stehen. Soweit überhaupt endgültige Feststellungen möglich sind, sollen sie erfolgen. Die Landesanstalt für Gewässerkunde hat ein ausführliches Gutachten erstattet. Man hat genaue Messungen der Niederschlagsmengen in der Letzlinger Heide vorgenommen und hat auch die Wassermengen der kleinen Bäche, die aus der Heide kommen, berechnet.

Diese Berechnungen und dazu die Ergebnisse von Bohrungsversuchen bilden die Grundlagen für die Feststellung der Wassermenge, die Magdeburg aus der Heide holen kann. Untersuchungen, die schon vor dem Kriege gemacht worden waren, kamen auf täglich 60 000 Kubikmeter Grundwasser. Die im hier genannten Gutachten festgestellten Zahlen lassen jedoch für die Monate Mai bis August nur 30 000 Kubikmeter, für die übrigen Monate 35 000 Kubikmeter zu. Dabei wird betont, daß geringe Schädigungen für die Vegetation des Entnahmegebiets zu erwarten seien, für die Magdeburg selbstverständlich Schadenersatz leisten müsse.

In seinen Schlußfolgerungen stellt das Gutachten fest, daß die Wasserentnahme in der Höhe der vorgenannten Mengen gestattet werden kann. Stärkere Schwankungen sollten jedoch in der Wasserentnahme vermieden werden.

Magdeburg kann also das Projekt Letzlinger Heide weiter verfolgen, hat es ja auf Grund dieses Gutachtens auch getan. Was die Stadtverordneten am Donnerstag entscheiden sollen, das ist noch nicht der Bau des Heidewasserwerks. Soweit sind wir noch nicht. Die Stadtverordneten sollen aber ihre Zustimmung geben, daß das Heideprojekt mit Nachdruck weiter gefördert wird, sollen also den Magistrat ermächtigen, die notwendigen Schritte zu unternehmen, die zur Genehmigung des Werks durch die Aufsichtsinstanzen, durch den Staat, erforderlich sind. Außerdem sollen die Stadtverordneten den Standpunkt des Magistrats billigen, den er der Regierung gegenüber in der Frage der Versorgung mit Talsperrenwasser eingenommen hat. Die Regierung hatte vom Magistrat bindende Zusagen für den evtl. Bezug von Talsperrenwasser verlangt. Diese glaubte der Magistrat zurzeit nicht abgeben zu können, da das ganze Projekt des Talsperrenbaues noch recht unsicher ist, vor allem auch der Zeitpunkt, zu dem Magdeburg wirklich Wasser aus dem Harz erhalten könnte.

Wir werden in einem spätern Aufsatz auf die Frage des Talsperrenbaues noch einmal zurückkommen. —

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Rothensee. Heute Mittwoch Versammlung bei Kunze.

Bezirk Sudenburg. Heute Mittwoch Versammlung bei Silbermann.

Bezirk Friedrichstadt-Werder. Heute Mittwoch Frauenversammlung im „Schwarzen Adler".

Bezirk Alte Neustadt. Am Freitag Mitgliederversammlung in den „Nationalhöfen". Parteitagsfilm. Unkostenbeitrag wird nicht erhoben.

Bezirk Neue Neustadt. Am Freitag Mitgliederversammlung im „Wintergarten".

Bezirk Ost. Am Freitag Mitgliederversammlung bei Grafemann.

Bezirk Fermersleben. Am Sonnabend Mitgliederversammlung bei Stiller. Referent Stadtrat Wittmaack.

Bezirk Westerhüsen. Am Sonnabend abend 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Hoffmeier. Referent Stadtverordneter Thiele. Lichtbildervortrag. —

Die Tabaksteuer und die kleinen Händler

Ein parteigenössischer Tabakwarenhändler schreibt uns:

Die am 18. Januar im Reichswirtschaftsministerium stattgefundenen Besprechungen über die neuen Tabaksteuererhöhungen haben zu keinem Ergebnis geführt. Warum nicht? Diese Frage ist leicht zu beantworten: Es liegt an den guten Verbindungen, die der Reemtsma-Neuerburg-Konzern zum Finanzministerium hat. Umsonst hat dieser Konzern dem Reichsfinanzministerium nicht das Angebot der Zigarettensteuererhöhung gemacht, dazu sind die Herren Direktoren viel zu gerissene Kaufleute. Beweis: Er wälzt den größten Teil der neuen Steuer auf die Händlerschaft ab, schluckt aber den fetten Happen der Kontingentierung, was gleichbedeutend ist mit einer Art Privatmonopol. Der Konsument merkt augenblicklich noch gar nicht, daß ihm vom Konzern ebenfalls ein Peitschenhieb versetzt wird. Er wird es erst gewahr, wenn er beim Zigarrenhändler, sobald dessen geringer Vorrat an Rauchtabak erschöpft ist, sein Paket mit 40 Pfennig statt bisher mit 30 Pfennig bezahlen muß und für das Papier, welches er zum Selbstanfertigen von Zigaretten braucht 40—50 Pfennig.

statt bisher 15—20 Pfennig ausgeben muß. Der Raucher soll sich eben keine Zigaretten mehr selbst drehen. Der Konzern will es so.

Ein anderer Fall: Die bei der Herstellung von Zigarren abfallenden Tabakrippen wurden geschnitten und meistens von ältern Arbeitern in der langen Pfeife geraucht; nicht wegen des Geschmacks, sondern wegen der Billigkeit, denn das ganze Kilogramm kostete 1 Mark. Seit dem 1. Januar kostet aber dieses Paket allein 99 Pfennig Steuer. Dies ist nämlich der Mindestsatz für Rauchtabak bis zu 8 Mark Kleinverkaufspreis pro Kilo. Also die ärmsten der Armen, die Invaliden und Greise, die bei ihrer Garten- und Feldarbeit ihren Rippenknaster rauchen, müssen am stärksten bluten, denn sie zahlen statt bisher 20 Pfennig 99 Pfennig Steuer. Das ist wirklich starker Tabak. Man kann daraus ersehen, mit welcher Hast und Oberflächlichkeit dieses Gesetz gemacht ist. Fragt man einen Reichstagsabgeordneten danach, so wird er sagen, ja, das habe ich nicht gewußt, sonst hätte ich nicht dafür gestimmt.

Und nun zum Händlernutzen. Es ist bekannt, daß trotz eines Bruttonutzens von 20 bis 23 Prozent, die meisten Tabakwarenhändler kaum das Durchschnittseinkommen eines gelernten Arbeiters haben, denn die Tageskassen eines mittleren Zigarrengeschäfts schwanken zwischen 15 und 25 Mark. Es ist dies nicht etwa eine vorübergehende Erscheinung, sondern der Grund ist darin zu suchen, daß die Raucher in der Zeit, wo die Ladeninhaber gesetzlich verpflichtet sind zu schließen (nach 7 Uhr abends und Sonntags), ihren Bedarf in Gaststätten, Trinkbuden, auf Sportplätzen, im Theater, auf Bahnhöfen und sonstwo decken können. Auch der illegale Handel greift immer mehr um sich. In Fabriken, Kontoren, Büros und selbst auf der Straße blüht der Handel solcher Leute, die sich einen Nebenerwerb dadurch schaffen, daß sie die Rauchwaren aus der Aktentasche verkaufen, ohne meistens die Erlaubnis zu haben und Steuern zu zahlen.

Es ist deshalb dem Kleinhändler nicht zu verdenken, daß er sich dagegen wehrt, wenn ihm sein Verdienst in der jetzigen schweren Zeit noch gekürzt wird. Ebenso hat er ein Recht, zu verlangen, daß er gegen die Willkür des Kapitals geschützt wird. Die Industrie ist sehr wohl in der Lage, die von ihr selbst vorgeschlagene Steuererhöhung zu tragen durch Wegfall der Reklame und so weiter. Es ist wirklich nicht nötig 10 Stück Zigaretten in goldbedrucktem Karton mit Stanniol- und Pergamenteinlage zu verpacken. Es muß von unsern Reichstagsabgeordneten erwartet werden, daß sie die Händlerschaft und den Konsum schützen gegen die Auswüchse des Reemtsma-Neuerburg-Konzerns. —

„Rudolfs kommen"

Ein Leser schreibt uns:

Wenn der „grüne August" vor irgendeinem Polizeirevier oder vor dem Bahnhof wartet, um seine „Passagiere" zur Fahrt nach dem Polizeipräsidium zu erwarten, hat es wohl noch nie an Neugierigen gefehlt. Seit dem Tag, an dem ich beim Abtransport eines jungen Mädchens eine ergreifende Szene sah, habe ich es eigentlich immer mit dem Weitergehen gehalten. Ich wäre also auch am Dienstag an dem vor dem Hauptbahnhofseingang in der [illegible] Straße wartenden grünen Wagen vorbeigegangen, wenn — ja, wenn nicht eine vor mir stehende Frau zu ihrer Begleiterin mit großer Bestimmtheit sagte: „Die Rudolfs kommen!"

Nun, ich will gestehen, das erregte auch mein Interesse. So sollte ich nun der Familie, die durch die Unterschlagung der Spargelder kleiner Leute und durch die sensationelle Flucht die Oeffentlichkeit so erregte, von Angesicht sehen und Zeuge ihrer Ankunft in Magdeburg sein.

Um mich herum einige erbitterte Mitglieder des betrogenen Sparvereins. In derben Worten machen sie ihrer Erregung Luft: „Ich werde guten Tag Frau Rudolf sagen", meint ein untersetzter Herr ironisch. „Was", empört sich seine Nachbarin, „guten Tag wollen Sie der noch sagen, ich werde ihr ins Gesicht spucken." Noch andre Vorschläge werden laut. Man merkt den Betrogenen die Freude an, eine kleine Genugtuung zu erleben.

Da rollt auch schon der Zug in die Bahnhofshalle. Richtig, der letzte Wagen ist ein Gefangenen-Transportwagen, kleine vergitterte Fenster kennzeichnen ihn. Fünf Schutzbeamte erwarten auf dem Bahnsteig die Ankommenden. Die Erregung der Wartenden steigt. „Jetzt kommen die Betrüger!" ruft eine ältere Frau. Alles drängt sich an den „Grünen August" heran, nur eine schmale Gasse, wie zum Spießrutenlaufen, bleibt übrig. Ich empfand so etwas wie Mitleid in diesem Augenblick — trotz alledem. Doch das Erwartete blieb aus. Vier Männer waren es, die man [illegible] ins Magdeburger Polizeigefängnis brachte. Die Gesichter der Wartenden verrieten Enttäuschung. Raim.

Vom Wochenmarkt

Grau und regendrohend wölbte sich der Himmel über der Stadt. Grau sind auch die Aussichten der Händler. Das Geschäft ist mehr als flau. Auf dem Gemüsemarkt gab es Aepfel für 5—30 Pf. das Pfund, reichlich auch Blumenkohl, den Kopf von 25—70 Pf., Grünkohl kostete 10—20 Pf. das Pfund, die gleiche Menge Rosenkohl 25 Pf. Spinat war für den gleichen Preis zu haben. Weiß-, Wirsing- und Rotkohl 5—15 Pf. das Pfund, Bananen 25—35 Pf., Karotten, Kohlrüben, Rote Rüben 10 Pf., Zwiebeln 5—10 Pf., [illegible], Tomaten bis 60 Pf. an das Pfund. Butter 1,80—2 Mark, Eier, Stück 14 Pf., Apfelsinen in reichem Angebot von 4—25 Pf. das Stück.

Auf dem Fleischmarkt große Lücken zwischen den Ständen und trotzdem überstieg das Angebot noch die Nachfrage. Die Preise sind die des Vortages. Schweinefleisch 1,20—1,40 Mark, Rindfleisch 1—1,40 Mark, Kalbfleisch 1—1,20 Mark, Hammelfleisch nicht viel billiger. An den Geflügelständen immer noch wilde Kaninchen und Hasen im Fell 1,10—1,20 Mark. Für Suppenhühner mußte man den gleichen Preis anlegen. Gänse und Masthühner 1,30—1,40 Mark. Gänse im Ausschnitt und Hasenbraten 1,50—1,60 Mark, Gänseklein 1 Mark das Pfund. Hasenläufe 75 Pf. und Tauben 1—1,10 Mark. An den Fischständen gutes Angebot in See- und Flußfischen. Schellfisch, Kabeljau, Rotbarsch 35—40 Pf., Aale 65 Pf., Grüne Heringe 25—30 Pf., lebende Barsche 40—50 Pf., auf Eis 25—30 Pf. Karpfen lebend 1,30 Mark, Hecht lebend 1,20 Mark. —

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Salbke. In einem sehr interessanten Vortrag schilderte Stadtrat Genosse Wittmack die Ursachen unserer Not. Nur zum Teil liegen sie in dem unglücklichen Ausgang des Krieges. Der hohe Geburtenüberschuß vor dem Kriege, die Inflation und die Rationalisierung unserer Industrie und Landwirtschaft [illegible] unseres Arbeitslosenheeres. Von 1901 bis 1910 hat sich die Bevölkerungsziffer um 50 Prozent vermehrt. Der Krieg hat die Kriegsteilnehmer und die Inflation die Frauen und Hausfrauen zu dem Arbeitslosenheer stoßen lassen. Die [illegible] Bevölkerung hat sich trotz Geburteneinschränkung um 7 bis 8 Millionen vermehrt. Unsere Wirtschaft ist gesund und hat die Zahl zum Teil mit aufgesogen. Der Ackerbau, der Handel und die Industrie beschäftigen mehr Menschen als 1914. Durch den Youngplan ist Deutschland verpflichtet, rund 2000 Millionen jährlich an die Siegermächte abzuliefern. Dieses Kapital ist unserer Wirtschaft entzogen. Um bauen und arbeiten zu lassen, sind Gemeinden und Wirtschaft gezwungen, Anleihen im Ausland aufzunehmen. Der Reichsbankpräsident Schacht hat dies für die Gemeinden verhindert. Die Gemeinden sind dadurch gezwungen, ihren Wohlfahrtsetat zu überlasten, da keine Arbeit vorhanden ist, die Arbeitslosen zu beschäftigen und somit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Lebhafter Beifall dankte dem Genossen Wittmack. Genosse Bleich gab dann den Geschäftsbericht für 1929. Der [illegible] und die Gemeindearbeit [illegible] von dem regen Leben der Partei. Der Jugend- und Kinderfreundebewegung sollte mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Vorstandswahl ergab als Vorsitzenden Genossen Bleich, als Kassierer Genossen Halle und als Schriftführer Genossen Herrmann. Der Gemeindevorstand wird in seiner alten Besetzung vorgeschlagen. —

Frauenabend in Buckau. Die Frauengruppe hielt ihre Jahresversammlung ab. Genossin Kleinöth gab den Jahresbericht. Es wurden sechs Frauenabende mit 174 Teilnehmern sowie vier Ferienausflüge mit 184 Teilnehmern veranstaltet. In der Gefährdeten-Fürsorge wurden 45 Fälle bearbeitet. Als Bezirksleiterin für Partei und Arbeiterwohlfahrt wurde die Genossin Matthias gewählt. Um auch in Buckau erfolgreicher arbeiten zu können, ist es unbedingt erforderlich, daß alle Parteigenossinnen zu den Frauenabenden erscheinen und mitarbeiten zum Wohle der Partei und Arbeiterwohlfahrt. —

— **Die Räume des Oberversicherungsamts und des Versorgungsgerichts** für den Regierungsbezirk Magdeburg im Dienstgebäude Remtergang 1 (hinter dem Dom) reichten für den Geschäftsbetrieb seit langem nicht aus. Die Diensträume des Regierungsdirektors und einer Anzahl von Verwaltungsbeamten sind daher in das staatseigne Gebäude Oranienstraße 13, Ecke Augustastraße, verlegt worden. Die Sitzungen finden nach wie vor im Gebäude Remtergang 1 statt. Die Postanschrift lautet künftig: „Preuß. Oberversicherungsamt bzw. Versorgungsgericht, Magdeburg, Oranienstraße 13."

— **Stromkarte des Elbegebiets von Aussig bis Hamburg.** Von Erich Ahrendt, Verlag Meißner & Christiansen, Hamburg 1. Uns liegt der erste Band Aussig—Torgau dieses in vier einzeln käuflichen Bänden (Torgau—Magdeburg, Magdeburg—Wittenberge, Wittenberge—Hamburg) erscheinenden Kartenwerkes vor. Auf Anregung der Elbstromverwaltung und mit deren und andrer Behörden Unterstützung hat der Schiffahrtsinspektor Ahrendt diesen aus der Praxis entstandenen Atlas im Maßstabe 1 : 10 000 gefertigt. Dem Praktiker der Schiffahrt und dem Wassersportler erteilen die sauber gezeichneten Karten Auskunft in allen Fragen über die örtlichen Verhältnisse. Die Darstellung erstreckt sich von Deich zu Deich. Uebersichtliche Tabellen der Pegelstände und Brückendurchlässe ergänzen die Karten. Jeder Band ist einzeln zum Preise von 6 Mark in der Buchhandlung Volksstimme zu haben. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Ortsgruppe Magdeburg

Zu der Jahresversammlung am Mittwoch den 5. Februar, 20 Uhr, im „Hofjäger", spricht unser Bundesvorsitzender, Kamerad

Hörsing

Sorgt für guten Besuch.

Am Sonntag früh 10 Uhr Sitzung des Vorstandes, der Abteilungsleiter und Abteilungskassierer in der Steinernentischstraße. **Sonntag den 23. Februar in der Stadthalle**

Gründungsfeier

Von 4 bis 6 Uhr Konzert des Philharmonischen Orchesters. Nach 6 Uhr Ball. Eintrittskarten à 1 Mark sind in den Abteilungen zu haben.

Der Vorstand. J. A.: K. Vorrmann.

— **Besichtigung des Magdeburger Flughafens durch den Sturmvogel.** Die Ortsgruppe Magdeburg des Sturmvogels hatte ihre Mitglieder zu einer Besichtigung des Flughafens eingeladen. Flughafendirektor Solmsen begrüßte die Mitglieder und hielt einen Vortrag über die Einrichtungen auf einem modernen Flughafen. Er ging dann in seinem Vortrag weiter auf den deutschen Luftverkehr ein, der gerade augenblicklich sehr stark kritisiert wird. Für den Laien wurde an einem Motorflugzeug das Flugproblem erläutert. Die Segelfliegervereinigung „Löwe", die korporativ dem Sturmvogel angeschlossen ist, führte im Anschluß daran mit ihrem Zögling den Versammelten mehrere wohlgelungene Sprünge vor.

— **Motorradunfall.** Der Kunstschlosserlehrling Kurt Wasserthal aus Irxleben stürzte mit seinem Motorrad und zog sich eine Kopfverletzung sowie eine Gehirnerschütterung zu. Der Verunglückte fand Aufnahme im Krankenhaus Altstadt. —

× **Falsche Reichsbanknoten über 10 und 20 Reichsmark.** In letzter Zeit sind wieder falsche Reichsbanknoten zu 10 und 20 RM. mit dem Datum 11. 10. 1924 angehalten worden. Es wird darauf hingewiesen, daß die Fälschung bei genauer Beobachtung der Scheine gut zu erkennen ist. Die Verbreitung erfolgt von Personen, die von Zeit zu Zeit von andern Städten hier zureisen und falsche Reichsbanknoten in den Verkehr bringen. Die Falschgeldverbreiter suchen mit Vorliebe solche Geschäfte auf, in denen ältere Frauen bedienen und wo die Beleuchtung schlecht ist. Beim Auftauchen verdächtiger Personen wird das Publikum immer wieder gebeten, dem nächsten Polizeibeamten oder dem Polizeipräsidium — Falschgeldstelle — telephonisch Nachricht zu geben. Für die Ergreifung der Täter hat die Reichsbank bis zu 3000 Mark Belohnung ausgesetzt. —

× **Vermißt** wird seit 24. Januar die Arbeiterin Charlotte Frank, 31. August 1909 zu Magdeburg geboren, zuletzt hier, Helmstedter Straße 23 wohnhaft gewesen. Sie ist 1,65 Meter groß, schlank, blond, hat hohe Stirn, spitze Nase, graue Augen und vollständige Zähne. Bekleidung: schwarze Kappe, rotes Kleid, [illegible] Strümpfe, [illegible] Halbschuhe und weißes Hemd. Mitteilungen über den Verbleib der Vermißten erbittet der Polizeipräsident, Kriminaldirektion, Zimmer 261. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Jungbanner Buckau. Am Donnerstag den 30. Januar treffen wir uns um 19 Uhr beim Kameraden [illegible] — Freitag den 31. Januar Monatsversammlung im [illegible], Zimmer 17. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet. —

Jungbanner Altstadt. Heute Mittwoch 20 Uhr Regierungsstraße 1 Unterhaltungs- und Spielabend. [illegible] mitbringen. Erscheinen ist Pflicht. —

Freigeistige Arbeitsgemeinschaft

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung E. V., Ortsgruppe Magdeburg. Am Freitag den 31. Januar, abends 8 Uhr, Bezirksversammlung für den Bezirk Altstadt-Süd bei [illegible] Straße, [illegible] 18. —

Wie wird das Wetter am Donnerstag?

Nach kurzer Aufheiterung neue Eintrübung.

Das Tiefdruckgebiet, das am Dienstag über Deutschland lag, ist inzwischen nach dem Südosten gezogen. Auf seiner Rückseite sind mit Nordwest- und Westwinden Luftmassen eingebrochen, die [illegible] Temperaturen unter den Null [illegible] und die sich bis in ziemliche Höhen erstrecken. Auf dem Brocken ist daher ein erheblicher Temperaturrückgang zu verzeichnen, konnte doch der Berg am Dienstagmittag 10 Grad Wärme melden, während er am Mittwoch früh eine Temperatur von Null Grad hat. Barometeranstieg über Mitteleuropa und Luftdruckfall im Westen werden sehr bald ein Umschwenken des Windes auf Süd bewirken, wobei vorübergehend Aufheiterung eintritt. Später werden die von Westen herankommenden Störungen neue Bewölkungszunahme und zeitweise etwas Niederschlag bringen. —

Aussichten: Nach kurzer Aufheiterung neue Eintrübung und zeitweise leichter Niederschlag, Temperaturen nahe Null. —

Wasserstände

\+ bedeutet über, — unter Null.

Elbe			Wuchs	Fall
Nimburg	29. 1.	+0,02	—	—
Brandeis	"	−0,24	—	—
Melnik	"	−0,62	—	—
Leitmeritz	"	−0,53	—	—
Aussig	"	−0,26	—	—
Dresden	"	−1,83	0,07	—
Torgau	29. 1	−0,26	—	—
Wittenberg	"	+1,01	—	0,05
Roßlau	"	+0,32	—	0,06
Aken	"	+0,56	—	0,06
Barby	"	+0,49	—	0,18
Magdeburg	"	+0,50	—	0,04
Tangermünde	"	+1,28	—	0,05
Wittenberge	"	+1,14	—	0,07
Lenzen	"	—	—	
Dömitz	"	+0,72	—	0,05
Dalchau	"	—	—	—
Boizenburg	"	—	—	—
Hohnstorf	"	+0,71	—	0,05
Mulde				
Düben	29. 1	+0,03	—	0,08

Unstrut und Saale			Wuchs	Fall
Grochlitz	29. 1.	+1,03	—	
Trotha	"	+1,71	—	
Bernburg	"	+1,02	—	
Calbe Oberpeg.	"	+1,54	—	
Calbe Unterpeg.	"	+0,49	—	
Grizehne	"	+0,46	—	
Havel				
Brandenburg Oberpegel	28. 1	+2,18	—	
Brandenburg Unterpegel	"	+1,03	0,02	
Rathenow Oberpegel	"	+1,66	—	
Rathenow Unterpegel	"	+0,48	0,0[illegible]	
Havelberg	"	+1,8[illegible]	—	
Eger und Moldau				
Kamaik	29. 1	+0,06	0,02	
Modran	"	−0,52	—	
Laun	"	−0,16	—	

Tauchtiefen auf der Elbe.

Die höchst zulässige Tauchtiefe für die auf der Elbe unterhalb [illegible] fahrenden Schiffe beträgt ab 30. Januar 1930: Magdeburg, Rotehornspitze bis Neustädter Hafen 1,30; Magdeburg, unterhalb Neustädter Hafen bis Ihlekanal 1,60; unterhalb Ihlekanal bis Havelort 1,50; Havelort bis Lauenburg [illegible]

Der Oberpräsident. (Elbstrombauverwaltung.)

Kleine und große Märkte

Städtischer Schlacht- und Viehhof in Magdeburg

Marktbericht der Notierungskommission.

Auftrieb am 28. Januar 1930.

683 Rinder, und zwar: 35 Ochsen, 1[illegible]7 Bullen, 409 Kühe, 10[illegible] Färsen, 17 Fresser, 672 Kälber, 212 Schafe, 848 Schweine. Seit dem letzten [illegible] dem Schlachthof direkt zugeführt: 40 Rinder, 7 Kälber, 1[illegible] Schafe, [illegible] Schweine.

Bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht.

I. Rinder. A. Ochsen:

a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts,
1. jüngere . . . —
2. ältere . . . [illegible]

b) sonstige vollfleischige
1. jüngere . . . —
2. ältere . . . [illegible]

c) fleischige . . . [illegible]

d) gering genährte . . . —

B. Bullen:

a) jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts . . . [illegible]
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete . . . [illegible]
c) fleischige . . . [illegible]
d) gering genährte . . . —

C. Kühe:

a) jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts . . . 43—[illegible]
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete . . . [illegible]
c) fleischige . . . [illegible]
d) gering genährte . . . [illegible]

D. Färsen (Kalbinnen):

a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts . . . [illegible]
b) vollfleischige . . . [illegible]
c) fleischige . . . [illegible]

E. Fresser:

Mäßig genährtes Jungvieh . . . 38—45

II. Kälber:

a) Doppellender, feiner Mast . . . —
b) beste Mast- und Saugkälber . . . [illegible]
c) mittlere Mast- und Saugkälber . . . [illegible]
d) geringe Kälber . . . [illegible]

III. Schafe:

a) Mastlämmer und jüngere Masthammel. 1. Weidemast . . . —
2. Stallmast . . . 55—58
b) mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gut genährte Schafe . . . [illegible]
c) fleischiges Schafvieh . . . 42—48
d) gering genährtes Schafvieh . . . —

IV. Schweine:

a) Fettschweine über 300 Pfund Lebendgewicht . . . [illegible]
b) vollfleischige Schweine von etwa 240 bis 300 Pfund Lebendgewicht . . . [illegible]
c) vollfleischige Schweine von etwa 200 bis 240 Pfund Lebendgewicht . . . [illegible]
d) vollfleischige Schweine von etwa 160 bis 200 Pfund Lebendgewicht . . . [illegible]
e) fleischige Schweine von etwa 120 bis 160 Pfund Lebendgewicht . . . —
f) fleischige Schweine unter 120 Pfund Lebendgewicht . . . —
g) Sauen . . . [illegible]

Marktverlauf: langsam.

Überstand: — Rinder, — Kälber, — Schafe 110 Schweine

Magdeburg den 28. Januar 1930.

Der Vorsitzende der Notierungs-Kommission.

gez. Ristow, Direktor des Schlacht- und Viehhofs.

RUND FUNK

Programm der Sender Berlin und Magdeburg

Wellenlänge 418 bzw. 283 Meter.

Donnerstag, 30. Jan. 9: Schulfunk. ● 15.20: Maria Reiche: Die ältere Frau im Berufsleben. ● 15.40: H. W. Primin: Telegramme und Telefonie auf Schiffen. ● 16.05: Oberingenieur Ebel: Soll mein Junge Ingenieur werden? ● 16.30: Konzert. Rubinstein: Sonate für Klavier und Bratsche. — Schumann: Sonate G-moll. — Bruit: Bratschenmusik. ● 17.30: Jugendstunde. ● 18: Unterhaltungsmusik. ● 18.30: Programm der Aktuellen Abteilung. ● 18.50: Deutsche Volkslieder. Berliner Männer-Gesangverein. ● 19.20: „Krieg und Frieden". Aussprache zwischen Dr. Hiller und Fr. Schaumeder. ● 20: Schloß Monbijou: Kompositionen von Händel, Bach, Delius, Gretry, Mozart. ● 21: Das Gesicht der Zeitschrift. ● 21.30: Empfangsabend des Berliner Verbandes der auswärtigen Presse. Rede des Reichsfinanzministers Prof. Dr. Moldenhauer. ● Anschl.: Zeit, Wetter. ● 22.30: Tanzunterricht. ● Danach: Tanzmusik.

Edeka-Tee

Erstaunlich ist es, wie schwer sich Sitten und Gebräuche in einem Lande durchsetzen, die bei andern Völkern mit gleichen oder ähnlichen Lebensbedingungen längst geschätzt und als zweckmäßig erkannt wurden.

Es sei hier an den Teegenuß gedacht, der, abgesehen von den Ländern, in denen er heimisch ist und wo er einen ganzen Kult entstehen ließ, in unsern Nachbarstaaten zum unentbehrlichen Hausgetränk geworden ist, während man in Deutschland noch weit davon entfernt ist, dem Tee diejenige Stellung als Hausgetränk einzuräumen, die er dank seiner gesundheitlich günstigen und anregenden Wirkung verdient. Ist doch der Tee weit eher als Heilmittel bekannt.

Wenn man nun die Frage aufwirft, worauf diese Zurückhaltung der deutschen Hausfrauen gegenüber dem Tee zurückzuführen ist, so sind zwei Hauptgründe hierfür anzuführen. Vor allem spielt bei den verschiedenen Teesorten, von denen jede ihr charakteristisches Aroma besitzt, die Geschmacksrichtung des einzelnen eine wichtige Rolle. Es ist sehr wohl möglich, daß jemand nach dem Genuß einer Teesorte ein abfälliges Urteil über den Tee im allgemeinen fällt, während ihn eine andre Sorte zum treuesten Freund gewinnen könnte. Danach ist also einerseits der Versuch mit verschiedenen Teesorten nötig, anderseits ist es die Aufgabe des Verkäufers, den Geschmack seiner Kundschaft herauszufinden und entsprechende Aufklärungen zu erteilen.

Es wird daher interessieren, daß der Edeka-Verband, dem in Deutschland 30 000 Kolonialwaren- und Feinkostgeschäfte angeschlossen sind, eigne Teemischungen herausgebracht hat, die eben auf Grund der vorher erwähnten Erfahrungen zusammengestellt und ganz dem Geschmack des deutschen Verbrauchers angepaßt sind. Diese Mischungen sind an der Packung an dem bekannten Edekazeichen erkenntlich und kommen in drei verschiedenen Geschmacksrichtungen als Teehaus-Mischung, India-Mischung und Ceylon-Orange in den Handel. Ebenso wie alle andern Edeka-Artikel kann die richtige Mischung, Sachkenntnis, Verpackung und Aufbewahrung dieser empfindlichen Tees bis zum letzten Aroma-Ausnutzung nur von einer so gewaltigen Organisation wie dem Edeka-Verband und dessen angeschlossenen, an dem Edekazeichen erkennbaren Kolonialwaren- und Feinkostgeschäften gewährleistet werden. —

Aus Mitteldeutschland

„Hände hoch oder wir schießen!"

In den späten Abendstunden des Dienstags drangen zwei bisher unbekannt gebliebene Männer mit vorgehaltenem Revolver in die Stationskasse des Staatsbahnhofs Dessau-Alten ein und erbeuteten unter der Drohung „Hände hoch oder wir schießen!" etwa — 14 Mark Bargeld. —

Großfeuer in Braunschweig

Ein Großfeuer, das am Dienstag früh auf dem Lagerschuppen des Grundstücks von Gerloff entstand, war bis zum Nachmittag noch nicht gelöscht. Das Feuer fand an großen Mengen Oel, Firnis und Farben reiche Nahrung. Der Schaden ist sehr groß. In letzter Minute konnten zahlreiche Stahlflaschen in Sicherheit gebracht werden, so daß die große Explosionsgefahr abgewendet wurde. Geschädigt wurden u. a. eine chemische Fabrik, eine Müllerei, eine Spitzenfabrik sowie eine Grudefabrik. —

Zur Zerbster Kindesentführung

Der 8jährige Sohn des Zimmermeisters Raschke in Zerbst, der von einer Dame aus der Schule abgeholt und im Auto entführt worden war, konnte von seinem Vater aus Hagenow in Mecklenburg zurückgeholt werden. Der Junge war dort versteckt gehalten worden bei einer Familie, die gut mit ihm umgegangen ist.

Als vermutlicher Anstifter der Entführung ist jetzt der Dachdecker Felische aus Strohkirchen wegen Kindesraubs verhaftet worden. Nach Zeitungsmeldungen handelt es sich um eine Erpressung in einer Vermögensstreitsache. —

Ein ganzes Dorf wird abgebrochen

Das nur wenige Kilometer von Meuselwitz gelegene preußische Dorf Rusendorf (Kreis Zeitz) wird ein Opfer des Braunkohlenbergbaues werden, von dem es bereits vollständig umschlossen ist.

Die Bewohner dieses etwas abseits gelegenen Bauerndorfes haben bisher zähe an ihrem Besitz festgehalten. Nach hartem Kampf und aber die Braunkohlenwerke Leonhard jetzt in den Besitz der Grundstücke gelangt und es wird nicht mehr lange dauern, bis auch das letzte Gebäude von Rusendorf verschwunden ist und die Gemeinde vollständig aufhört, zu existieren.

Ein Aufbau an andrer Stelle, wie das in Nachterstedt geschieht, das von der Grube Konkordia aufgekauft wurde, ist nicht beabsichtigt. Die Bauern sind teilweise durch Besitz in andern Orten entschädigt worden, teilweise ziehen sie sich in das Privatleben zurück. —

In den Tod gerast

In der Nähe des Schneerer Kruges bei Nienburg ereignete sich ein schwerer Motorradunfall. Der Gewerkschaftssekretär Küßner fuhr mit seinem Motorrad auf einen am Schneerer Krug haltenden Lastzug auf. Er flog in hohem Bogen auf das Straßenpflaster und erlitt dabei Genickbruch, der den sofortigen Tod zur Folge hatte. Sein Mitfahrer, der Kaufmann Karf aus Nienburg, blieb mit schweren Verletzungen bewußtlos liegen. Er wurde dem Krankenhaus zugeführt. —

„Ich bin angeschossen!"

Todesschuß nach dem Vergnügen des Kriegervereins.

In der Nacht zum Dienstag ging der 26jährige Fleischermeister Wilhelm Eube in Erdeborn bei Eisleben mit seiner Frau, Mutter und Schwester von einem Vergnügen des Kriegervereins nach Hause. Er hatte auf diesem Wege eine Schlägerei mit einem andern Einwohner, der ihm dabei einen Hieb mit einem harten Gegenstand über den Kopf versetzte. Zu Haus angekommen, bemerkte Eube, daß er auf dem Kopfe eine stark blutende Wunde hatte. Dies erregte ihn derart, daß er seinen Rock auszog und auf die Straße eilte. Einem ihm entgegenkommenden Freunde entriß er die Taschenlampe und stürzte weiter, um den Schuldigen zu suchen. Plötzlich fiel ein Schuß und Eube stürzte mit dem Rufe „Ich bin angeschossen" in seine Wohnung zurück, wo er zusammenbrach. Der in Erdeborn stationierte Landjäger begab sich sofort in die Wohnung des Eube, der ihm bei klarem Bewußtsein den Täter als einen großen schlanken Mann mit einem Hut auf dem Kopf schilderte. Eube starb eine Stunde darauf an den erlittenen Verletzungen.

Im Laufe der Vormittagsstunden des Dienstags fanden zahlreiche Vernehmungen statt, die schließlich zur Verhaftung des Landwirts Karl Friedmann führten. Dieser ist ein guter Freund des Toten. Er wurde nach Eisleben gebracht und gibt zu, sich in der Nähe des Tatortes aufgehalten zu haben. Verdächtig ist, daß man bei ihm in der Wohnung eine Pistole gefunden hat, aus der in den letzten Tagen geschossen sein muß. Ob der Verhaftete der Täter ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Erst die gerichtliche Untersuchung wird feststellen können, ob das Geschoß, mit dem Eube getötet ist, zu dem gefundenen Revolver paßt. —

*

Der Glückstaler im Magen der Kuh. Zwei Fleischer in Giersleben in Anhalt waren mit dem Schlachten einer Kuh beschäftigt. Beim Reinigen des Magens fand der eine ein 3-Mark-Stück. Beide Fleischer erheben Anspruch auf diesen Fund. Der Finder betrachtete ihn jedoch als Glückstaler und lehnte die Herausgabe ab. Er will schon einmal in einem Kuhmagen ein 3-Mark-Stück gefunden haben. —

Urnenfund bei Burg. Der in der Gossel arbeitende große Löffelbagger brachte eine Urne ans Tageslicht, die leider schwer beschädigt wurde. Nur die untere Hälfte konnte erhalten bleiben. Das Gefäß stammt aus der Eisenzeit. —

Ueberfallen wurde in einem Walde bei Dannenberg ein Knecht, der dort Einkäufe erledigt hatte und sich auf dem Heimweg befand. In der Dunkelheit trat ihm plötzlich ein Mann in den Weg, hielt ihm eine Blendlaterne vor das Gesicht, entriß ihm das Paket und verlangte seine Barschaft. Als es dem Knecht gelang, den Räuber durch einen Schlag unter das Kinn einen Augenblick von sich abzuhalten, sah er aus der entgegengesetzten Richtung noch zwei Männer kommen, die ihren Komplicen zum Schießen aufforderten. Trotzdem gelang es dem Knecht, in der Dunkelheit zu entkommen. Die Täter, drei Landstreicher, stehen auch unter Verdacht, verschiedene Einbrüche in der Umgegend ausgeführt zu haben. Der Polizei ist es noch nicht gelungen, der Täter habhaft zu werden. —

*

Der Bürgermeister von Loburg

Eine große Anzahl Arbeiter aus Loburg ist in Magdeburg in Arbeit. Zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung benötigen diese Arbeiter von der Polizeiverwaltung in Loburg eine Bescheinigung. Die organisierten Arbeiter brauchen noch eine zweite Bescheinigung damit sie bei Erwerbslosigkeit eine Unterstützung vom Verband bekommen.

Für die Ausstellung dieser Bescheinigung wurden von der Polizeiverwaltung Gebühren von 0,50 bis 1,50 Mark erhoben. Sämtliche in Frage kommenden Arbeiter stellten darauf einen Antrag auf Erlaß dieser Gebühr. Die Antwort der Polizeiverwaltung war eine glatte Ablehnung.

Wir wollen einmal annehmen, daß der Polizeiverwaltung ein allgemeiner Erlaß dieser Gebühr nicht möglich war, dann bliebe aber immer noch die Möglichkeit offen, daß die Gebühr gar nicht erhoben wird, da ja dem Polizeiverwalter freie Hand gelassen wurde, im Falle der Bedürftigkeit diese Bescheinigungen ohne Bezahlung ausschreiben zu lassen.

Diese Hoffnung ist jedoch den Antragstellern gleich zerschlagen worden, indem am Schlusse des Schreibens behauptet wird, die Erwerbslosenversicherung sei so weit ausgebaut, daß von einer Bedürftigkeit der Antragsteller keine Rede sein könne. Außerdem liegen die Löhne in den Saisonberufen nach Ansicht des Polizeiverwalters so hoch, daß Ersparnisse möglich sein müssen.

Das ist die Ansicht des Bürgermeisters von Loburg über die Löhne der Arbeiter und die Erwerbslosenunterstützung: die Erwerbslosenversicherung ist so hoch, daß Bedürftigkeit bei Erwerbslosen nicht vorliegt, und die Löhne für Saisonarbeiter, die also einen großen Teil des Jahres arbeitslos sind, seien so hoch, daß sie Ersparnisse machen müssen.

Was sagen die Loburger Arbeiter zu solcher Auffassung ihres Bürgermeisters? Haben sie so wenig soziales Verständnis von ihm erwartet? —

10 Jahre Mitteldeutsche Heimstätte

Die Mitteldeutsche Heimstätte, Wohnungsfürsorgegesellschaft m. b. H. für die Provinz Sachsen in Magdeburg, besteht am 29. Januar 10 Jahre. Ihr Stammkapital beträgt jetzt 3 578 000 Mark. Dem Kreis der Gesellschafter gehören an: der preußische Staat, der Provinzialverband, die Landesversicherungsanstalt, die Mitteldeutsche Landesbank, die Städte-Feuersozietät und die Land-Feuersozietät sowie eine große Anzahl von Städten, Landkreisen, Baugenossenschaften und sonstigen Bauvereinigungen. Landeshauptmann Dr. Hübener ist Vorsitzender im Aufsichtsrat.

Die Mitteldeutsche Heimstätte hat die Aufgabe, Minderbemittelten gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen zu verschaffen. Gegenstand des Geschäftsbetriebes der Gesellschaft ist die Förderung des Neubaues und die Einrichtung von Wohn- und Heimstätten auf gemeinnütziger Grundlage sowie die Unterstützung der bestehenden und zu gründenden Bauvereinigungen in ihren wirtschaftlichen Angelegenheiten und Bestrebungen.

Zur Erreichung dieses Zweckes übt die Mitteldeutsche Heimstätte die

treuhänderische Beratung

von Einzelpersonen, Bauvereinigungen und Gemeinden bei der Durchführung von Wohnungsbauten aus.

Die Gesellschaft ist keine Bauunternehmung; die Ausführung der unter ihrer Treuhänderschaft stehenden Bauten erfolgt ausschließlich durch das private Baugewerbe. Auch besitzt die Gesellschaft keinerlei eigne Produktionsbetriebe und ist auch nicht an solchen beteiligt.

Unter der Treuhänderschaft der Mitteldeutschen Heimstätte sind mehr als 11 000 Wohnungen in allen Teilen der Provinz geschaffen worden. Von 60 Wohnungen im ersten Geschäftsjahre hat sich die Jahresleistung in ständigem Anstieg auf etwa 2000 erhöht.

Seit der Währungsstabilisierung sind durch Vermittlung der Gesellschaft dem Wohnungsbau der Provinz für die unter ihrer Treuhänderschaft stehenden Bauten 25,7 Millionen Hauszinssteuer-Hypotheken, 7,6 Millionen Landarbeiterdarlehen, 25,5 Millionen erste Hypotheken, 3,8 Millionen Arbeitgeberdarlehen, 2,8 Millionen zweite Hypotheken, 0,8 Millionen Umsiedlungskredite, insgesamt also

66,2 Millionen Mark Baugelder

zugeführt worden. Außerdem hat die Mitteldeutsche Heimstätte in ihrer Eigenschaft als Generalvertretung der Preußischen Landespfandbriefanstalt für Wohnungsbauten, die nicht unter ihrer Treuhänderschaft standen, erste Hypotheken in beträchtlicher Höhe vermittelt.

Vom preußischen Volkswohlfahrts-Ministerium ist die Mitteldeutsche Heimstätte zum Träger des Verfahrens bei der Errichtung von Landarbeiter-Eigenheimen bestimmt worden, die aus Mitteln der werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge unterstützt werden. In diesem Verfahren sind bisher rund 1300 Landarbeiter-Eigenheime erstellt worden. Die Gesellschaft hat außerdem die Ansiedlung der auf Grund der Beamtensiedlungs-Verordnung vom 14. Februar 1924 mit Sonderkrediten ausgestatteten abgebauten Beamten in der Provinz Sachsen und dem Freistaat Anhalt durchgeführt. Sie ist Einverständnisstelle für die Beamtenbausparer nach den Bestimmungen des Beamtenheimstättengesetzes vom 13. Juni 1927 und Vermittlungsstelle für Ergänzungsdarlehen aus den Mitteln des Wohnungsfürsorgefonds für Kriegsbeschädigte; sie ist auch zur Ausgabe von Reichsheimstätten im Sinne des Reichsheimstättengesetzes vom 10. Mai 1920 befugt und hat bisher in dieser Eigenschaft nahezu 1000 Reichsheimstätten begründet.

Die Mitteldeutsche Heimstätte ist zu einem beachtenswerten Faktor der Bestrebungen geworden, die neben der Behebung der Wohnungsnot auf eine Wohnungsreform hinzielen. —

Konferenz der Kalk- und Zement-Industriearbeiter

In Halberstadt tagten die Vertreter der Zahlstellen und Betriebe der Kalk- und Zementindustrie Mitteldeutschlands, um Stellung zur

Kündigung des Lohntarifs

zu nehmen. Elzner (Charlottenburg) schilderte die Situation und die Wirtschaftslage in der Kalk- und Zementindustrie.

Es soll nicht verkannt werden, daß in der Kalk- und Zementindustrie, wie überhaupt in der Baustoffindustrie, gegenwärtig die Wirtschaftslage nicht gut ist. Trotz des milden Winters, der der Bauwirtschaft das Arbeiten gestattet habe, ist eine Absatzstockung eingetreten, wie sie selbst in dem scharfen Winter des vergangenen Jahres nicht zu verzeichnen war. Namentlich in der Zementindustrie, die doch sonst nicht wesentlich eingeschränkt, ist man in diesem Jahre zu größern Einschränkungen gekommen und in einer großen Anzahl von Fällen zu Stillegungen. Auch in Mitteldeutschland haben die Zementbetriebe fast restlos

die Produktion eingestellt.

Die Ursache der schlechten Wirtschaftslage ist, daß die Bauwirtschaft fast vollständig darniederliegt und das ist bedingt durch den Mangel an Baukapital und namentlich durch die Abdrosselung der Kredite an die Gemeinden. Nur die Belebung der Bauwirtschaft als Schlüsselindustrie kann auch die andern Industrien beleben.

Die Arbeitgeberorganisationen führen einen scharfen Kampf gegen die Sozialgesetzgebung sowie gegen höhere Löhne, und ihre Tagungen und die ihnen ergebene Presse benutzen sie dazu, um die öffentliche Meinung für ihre sozialreaktionäre Absichten reif zu machen.

Elzner erläuterte die

Gründe für die Kündigung.

Die bestehenden Löhne sind unzureichend. Die Preise für alle Bedarfsartikel bewegen sich in aufsteigender Linie, wodurch sich die Kaufkraft des Lohnes entsprechend vermindert. Die Betriebe bekommen immer mehr einen saisonmäßigen Charakter. Hieraus folgt, daß die Kalk- und Zementarbeiter ebenfalls saisonmäßige Löhne erstreben müssen, da eine große Anzahl von Arbeitern regelmäßig einen Teil des Jahres mit Arbeitslosigkeit zu rechnen hat.

In der Aussprache wurde einmütig zum Ausdruck gebracht, daß die Kündigung auszusprechen sei; dabei wurde besonders hervorgehoben, daß die Verdienste der im Stundenlohn beschäftigten Arbeiter vollkommen unzureichend sind und eine wesentliche Erhöhung erfahren müssen. Es wurde weiter die Frage aufgeworfen, ob wohl die starken Betriebseinschränkungen und -stillegungen immer notwendig seien. In manchen Fällen könne dies bezweifelt werden. Man habe besonders in diesem Jahre den Eindruck, daß die Spitzenverbände mit einer gewissen Absicht durch die große Arbeitslosigkeit die Reichsanstalt so stark belasten wollen, daß sie unmöglich die Mittel für die Unterstützungen aufbringen kann. Es wurde ferner angeregt, daß angesichts der immer mehr zunehmenden Arbeitslosigkeit ernstlich die Frage einer

Verkürzung der Arbeitszeit

öffentlich diskutiert werden müsse.

Es wurde einstimmig beschlossen, den Lohnvertrag zum ersten zulässigen Termin zu kündigen. Die Höhe der zu stellenden Forderungen soll die Lohnkommission beschließen.

Die harmonisch verlaufene Konferenz schloß mit einer Besprechung einiger Branchenangelegenheiten. —

Berichtigung

In einem Artikel in Nr. 190 der „Volksstimme" Jahrgang 1929 über Verfassungsfeiern wurde unter andern eine Schulfeier in Wanzleben kritisiert und behauptet, der Rektor Haack (Wanzleben) habe statt einer republikanischen Verfassungsrede den Kindern eine Art Kaisers-Geburtstagsrede gehalten und darin wörtlich gesagt: „Und dann haben sie den Kaiser weggejagt." Rektor Haack hatte uns daraufhin eine Berichtigung zugesandt, die wir in Nr. 225 der „Volksstimme" Jahrgang 1929 veröffentlichten. In dieser hieß es unter andern: „Ich war niemals Nationalsozialist und bin es auch jetzt nicht. Ich habe mit keinem Worte davon gesprochen, daß sie den Kaiser weggejagt haben. Es ist auch nicht wahr, daß ich den Kindern eine Kaisers-Geburtstagsrede gehalten habe."

Im Anhang zu dieser Berichtigung hatten wir erklärt, daß uns diese Darstellung des Herrn Rektors nicht überzeugt habe, daß wir vielmehr unsre Behauptungen voll aufrechterhalten.

Wir müssen jetzt dazu folgendes erklären: Unsre Erkundigungen vor Aufnahme des Artikels und unsre nochmaligen Informationen vor Aufnahme der Berichtigung ließen keinen Zweifel darüber, daß unsre Darstellung richtig war. Wir müssen aber jetzt bekennen, daß wir von unsern Gewährsleuten doch falsch informiert worden sind. Wir bedauern, trotz aller Sorgfalt und Vorsicht, Opfer unrichtiger Mitteilungen geworden zu sein, deren Veröffentlichung geeignet war, Herrn Haack in der Oeffentlichkeit herabzusetzen.

Wir erklären im Gegensatz zu unsern Behauptungen folgendes: Wir haben uns davon überzeugt, daß das Verhalten des Herrn Rektors Haack als republikanischer Beamter bei der Schulverfassungsfeier durchaus korrekt gewesen ist. —

Eier- und Geflügel-Verwertungsgenossenschaft

Auch im Kreise Jerichow I.

Die Gründung von Verwertungsgenossenschaften landwirtschaftlicher Produkte nimmt immer mehr zu. Der Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Halle veranstaltet überall Werbevorträge und fördert den genossenschaftlichen Zusammenschluß.

So wurde auch für den Kreis Jerichow I mit dem Sitz in Loburg eine Eier- und Geflügel-Verwertungsgenossenschaft gegründet. Die Genossenschaft ist bestrebt, für Eier und Geflügel, soweit sie im eignen Haushalt nicht Verwendung finden, einen guten Absatz und angemessenen Preis zu erzielen und durch einwandfreie frische Trinkeier das Auslandsei vom deutschen Markte zu verdrängen. Der Anschluß an eine Genossenschaft bringt dem Geflügelhalter folgende Vorteile: Besondere Preise, bequeme Ablieferung durch regelmäßiges Abholen, pünktliche Bezahlung. Absatz zu jeder Jahreszeit und jedes Risiko ist ausgeschlossen.

Die Händler werden dadurch nicht brotlos gemacht, im Gegenteil, die Eierhändler schließen sich jetzt ebenso zu Genossenschaften zusammen, deren Organisationen mit den Zentralverwertungsgenossenschaften in Fühlung bleiben. Die Befürchtung, daß durch bessere Geflügelhaltung eine Ueberproduktion herbeigeführt wird und die Preise und Abnahme ungünstig beeinflußt werden, ist irrig. Die Abnahme des Geflügels wird durch die Genossenschaft geregelt, indem in einem Geflügelschlachthaus durch sorgfältige Bearbeitung das Schlachtgeflügel marktbereit gemacht wird.

Man sieht, daß jetzt die Landwirtschaft den Wert des Genossenschaftswesens erkennt und gesunde Selbsthilfe betreibt, die auch vom sozialdemokratischen Standpunkt durchaus zu billigen ist. Das bequeme Schimpfen und Jammern der „notleidenden Agrarier" wird bei solcher praktischen Wirtschaftsführung wohl schließlich auch verstummen. —

Arbeitsbeschaffung in Burg

Die Verträge mit der Firma Karstadt über den Verkauf der Fabrik von Dedermann und Höhmen in Burg sind jetzt abgeschlossen. Trotz der Weissagungen einiger Kommunisten wird also doch nun der Betrieb in nächster Zeit mit den Arbeiten beginnen. Damit wird eine größere Anzahl arbeitsloser Frauen und Mädchen in Burg Verdienst erhalten. —

Ortsausschuß der Gewerkschaften Egeln

Zur Generalversammlung hatten alle angeschlossenen Organisationen ihre Vertreter entsandt. Kollege Grimm gab den Jahresbericht. Bis zum November war die Konjunktur und damit die Zahl der Beschäftigten gut. Im Lohnkampf der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie hat sich die Bergarbeiterschaft der Egelner Mulde ganz hervorragend betätigt, hatten doch von 1470 Beschäftigten über 1320 ihre Kündigung eingereicht. Wäre das in allen Revieren so gewesen, der Erfolg wäre ein größerer geworden.

Die sogenannte Opposition ist im Ortsausschußgebiet zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Das Verhältnis zur Nebenstelle Egeln des Arbeitsamtes ist gut; manche Härten konnten nach Rücksprache abgewandt werden. Als Genosse Grimm die Leitsätze der kommunistischen Gewerkschaftsopposition zur Kenntnis brachte, machten die anwesenden Kommunisten verlegene Gesichter. Niemand wagte ein Wort der Verteidigung.

Die Aussprache war recht ergiebig. Die Tätigkeit des Vorstandes wurde anerkannt und die Zersetzungsarbeit der Kommunisten aufs schärfste verurteilt. Die Neuwahl des Vorstandes erfolgte einstimmig: Vorsitzender Julius Grimm, Kassierer Albert Müller, Schriftführer Hermann Graf, Revisoren Franz Bertram und Hermann Rumpf, Beisitzer Karl Franke und Walter Stiebitz.

Das Verhalten der kommunistischen Stadtverordneten in Egeln wurde dann geschildert, die bei der Vorstandswahl zur Gewerblichen Fortbildungsschule einen eignen Vorschlag einreichten, trotzdem der Vorschlag des Ortsausschusses vorlag. Auf die Rechtsauskunftsstelle des Ortsausschusses im Büro des Bergarbeiterverbandes wurde hingewiesen. Für Gewerkschaftler und alle Invaliden werden unentgeltlich Schriftsätze angefertigt und Auskünfte erteilt. Die Einrichtung erfreut sich steigender Inanspruchnahme. Für die Bibliothek wurden 100 Mark bewilligt, um das Lesebedürfnis gerecht zu werden. Da die Belieferung durch die Buchhandlung Volksstimme zu aller Zufriedenheit ausgefallen ist, soll der Einkauf der neuen Bücher wieder dort getätigt werden. —

Gemeindevorstand Frohse bestätigt

Sozialdemokrat Randel in Frohse ist als Gemeindevorsteher bestätigt worden. Als Schöffen wurden bestätigt Sozialdemokrat Ziem und Direktor Kiesche. —

10648 Diphtherie- und Scharlacherkrankungen

Wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" mitteilt, sind in Preußen im Dezember an übertragbaren Krankheiten nachstehende Erkrankungen (Todesfälle) amtlich gemeldet worden: Bißverletzungen durch tollwutverdächtige Tiere 5 (—), Diphtherie 4820 (296), Fleisch-, Fisch- und Wurstvergiftung 25 (2), epidemische Gehirnentzündung 7 (4), übertragbare Genickstarre 32 (15), Kindbettfieber nach regelrechter oder nach Frühgeburt 247 (52), nach Fehlgeburt 121 (56), epidemische Kinderlähmung 45 (7), Körnerkrankheit 123 (—), Lungen- und Kehlkopftuberkulose 3034 (1599), Milzbrand 10 (1), übertragbare Ruhr 80 (3), Scharlach 5828 (78), Unterleibstyphus 293 (54), Paratyphus 173 (7). —

Kreistag in Calbe

Länger als 6 Stunden währte die Kreistagssitzung in Calbe. In den Ruhm, die Arbeit des Parlaments andauernd gestört oder doch aufgehalten zu haben, können sich der deutschnationale Abgeordnete von Alvensleben und der kommunistische „kleine Napoleon" Wallstab aus Staßfurt teilen. Mit Agitationsanträgen der Kommunisten begann das Theater. Es wurde fortgesetzt von den Bürgerlichen mit hundert Anfragen wegen Mehrausgaben und Ueberschreitungen im Rechnungsjahr 1926. Das ganze bedeutete nur eine Schikane gegen den sozialdemokratischen Landrat Roß. Für die Sozialdemokraten sprachen die Abgeordneten Buß, Kirchhoff, Franz und Ecke. Aus der Eröffnungsrede des Landrats ist erwähnenswert die Versicherung, daß der Kreis an seinen Gasversorgungsplänen festhalten werde.

Einem Straßenumbauplan des Kreisbauamts wurde im allgemeinen zugestimmt, doch soll die Entscheidung im einzelnen erst bei der Etatsberatung im April erfolgen. In den Kreisausschuß wurden die Sozialdemokraten Buß, Bachmann und Franz und die Bürgerlichen Schnock, Krügermann und Jährling gewählt. Bei Stimmenthaltung aller andern Fraktionen wurde der sozialdemokratische Vorschlag für die Besetzung der Amtsvorsteherposten unverändert angenommen. Die vereinigten Bürgerlichen hatten sich vorher über „Terrorisierung einer starken Minderheit" beschwert, die Kommunisten sich von vornherein der Stimme enthalten. Bei den andern Wahlgängen hatten die Kommunisten aussichtslose eigne Vorschläge eingereicht, wodurch Zettelwahl notwendig gewesen war. —

Vom Kreisausschuß Neuhaldensleben

Wahl in Wackersleben ungültig.

Auf die Klagen einzelner Gemeindevertreter wegen Gültigkeit der Wahlen in Wackersleben und Süplingen wurden die Wahlen in Wackersleben für ungültig erklärt, die Wahl in Süplingen als gültig anerkannt.

Der Kreisausschuß erklärte sich damit einverstanden, daß die zurzeit in Magdeburg stattfindenden Untersuchungen über „Staublunge" als Berufskrankheit der Steingutarbeiter durch Zahlung der Reisekosten derjenigen Arbeiter unterstützt werden, die sich in Magdeburg untersuchen lassen wollen.

Für die Veranstaltungen der Reichszentrale für Heimatdienst in Neuhaldensleben wurden 60 Mark, für die Beratungsstelle der Arbeitsgemeinschaft in Eilsleben 250 Mark als einmalige Zuschüsse gewährt.

Der Kreisausschuß beschloß, den Gemeinden Neuhaldensleben und Eilsleben als Standortgemeinden der Kreismotorspritzen die Unterhaltung und Versicherung der Kreismotorspritzen aufzuerlegen.

Die Schwesternstationen in Marsleben, Ausleben und Emden-Altenhausen sollen mit 70 Prozent der persönlichen und sachlichen Unkosten unterstützt werden. —

Vereine und Versammlungen

Nahrungsmittel- und Getränke-Arbeiter.

In der Generalversammlung der Ortsgruppe Magdeburg erstattete der Bezirksleiter R. Wille den Geschäftsbericht für das 4. Quartal und für das Jahr 1929. Er konnte berichten, daß infolge der großen Arbeitslosigkeit zuerst die Bäcker und Fleischer und später die Beschäftigten der gesamten Nahrungs- und Genußmittelindustrie, mit Ausnahme der Getränkearbeiter, zum Bezug der Krisenunterstützung zugelassen wurden. Der Mitgliederstand hat sich etwas erhöht. Der Verband zählte am Jahresschluß 3045 Mitglieder. Der größte Zugang war in der Süßwarenindustrie zu verzeichnen. Eingehend wurde dann über die Lohn- und Tarifbewegungen berichtet. Für die Mühlenarbeiter konnte trotz des [illegible] gefällten Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses, der eine Lohnerhöhung von 2 Mark in der Woche vorsah, infolge Ablehnung seitens der Mühlenbesitzer nichts erreicht werden. Für die in den Brauereien Beschäftigten wurde eine Lohnerhöhung von 2 Mark vereinbart. In fast allen Branchen wurden im Jahre 1929 Lohnerhöhungen durchgesetzt. Ebenso wurden Manteltarife vereinbart, durch deren Bestimmungen Verbesserungen im Arbeitsverhältnis erreicht wurden.

Der mit dem Fabrikarbeiterverband, über die Zuständigkeit beider Organisationen, abgeschlossene Kartellvertrag besagt u. a., daß der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter für die in den Malzkaffeefabriken Beschäftigten zuständig ist, während der Fabrikarbeiterverband die Obst- und Gemüsekonservenindustrie als sein Gebiet zu betrachten hat. Obgleich durch diesen Kartellvertrag die Richtlinien der Gewerkschaftskongresse für die Abgrenzung von Industriegebieten nicht erfüllt sind, gilt es dennoch im Sinne des Kartellvertrages zu arbeiten.

Lohn- und Einforderungsklagen wurden insgesamt 59 bei den Arbeitsgerichten anhängig gemacht. 32 Klagen endeten durch Vergleich. In vier Fällen erfolgten Urteile, zwei Klagen wurden abgewiesen und eine zurückgezogen. Die für die Mitglieder erreichte Entschädigungssumme betrug [illegible] Mark.

Den Kassenbericht erstattete G. Schülein. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug im Jahre 1929 [illegible] Mark. [illegible] an die Hauptkasse abgeführt werden. An Unterstützungen wurden gezahlt an Arbeitslose: 81 941,20 Mark, Krankenunterstützung [illegible] Mark, Sterbe- und Invalidenunterstützung 20 377,40 Mark, Notfallunterstützung 125 Mark und Streikgeld 3904,15 Mark.

Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 41 [illegible] Mark und eine Ausgabe von 32 [illegible] Mark, so daß ein Kassenbestand von [illegible] Mark am Jahresschluß vorhanden war. Die Ausgaben waren für das Gewerkschaftshaus 9964,75 Mark und für die [illegible] 5003,90 Mark gebucht. Schülein berichtete noch eingehend über den Stand der [illegible] und ist der Ansicht, daß der Verbandstag bestehende Ungerechtigkeiten beseitigen müsse. Den Mitgliedern würde Gelegenheit gegeben, zu besonderen Anträgen in dieser Sache von dem Verbandstag Stellung zu nehmen. Auf Antrag der Revisoren erfolgte die einstimmige Entlastung des Kassierers.

Bei den Wahlen zur Ortsgruppenleitung wurde der Wahlvorschlag der Vertrauensleute einstimmig angenommen. Der Ortsgruppenvorstand wird gebildet vom Vorsitzenden Gustav Horn, Stellvertreter Georg Böhle, Kassierer Georg Schülein, Stellvertreter Wilhelm Schild, Schriftführer Emil Müller, Stellvertreter Willi Busau. Die Versammlung bestätigt dann die durch die Sektionsversammlungen vorgenommenen Wahlen der Revisoren, der Sektionsleiter und des Jugendleiters. —

Mieterverein Altstadt-Süd.

In einer gut besuchten Mieterversammlung sprach Geschäftsführer Fritz Plank über die Bedeutung der am 31. März ablaufenden Mieterschutzgesetze. Ausgehend von der in ganz Deutschland bestehenden Wohnungsnot hielt der Referent es für ausgeschlossen, daß eine Aufhebung der Gesetze in Frage kommen kann, weil dann dem Mietwucher Tor und Tür geöffnet werden. Schon bei der Herausnahme der gewerblichen Räume sowie der übergroßen Wohnungen hat sich gezeigt, daß die Verhältnisse untragbar und viele Gewerberaummieter dadurch ihrem Ruin entgegengegangen sind. Die Vermieter fordern 150 bis 180 Prozent der Friedensmiete für Wohnraum, die in den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen überhaupt nicht tragbar wären.

Die Mieterschaft ist gern bereit, eine Miete zu entrichten, die zur Erhaltung des Grundstücks erforderlich ist, muß aber Mietzinsforderungen ablehnen, die den einzelnen gestattet, auf Kosten andrer ein Drohnenleben zu führen. Aus diesem Grunde ist höchste Aufmerksamkeit der Mieterschaft geboten. Die Organisationsleitung ruft die Mieterschaft auf, wachsam zu sein, um mit aller Macht die Anschläge der Gegner abwehren zu können. —

Stenographenverein von 1895 Magdeburg-Südost.

Der Verein hielt seine Generalversammlung ab, die sich einer außerordentlich guten Beteiligung erfreute. Aus dem Jahresbericht ging hervor, daß der Verein auch in letzter Zeit auf eine sehr gute Entwicklung zurückblicken kann. Die Unterrichtsabende im Jahre 1929 wurden von insgesamt 2904 Mitgliedern besucht, das ergibt den erfreulichen Durchschnitt von 36 Teilnehmern für jeden Unterrichtsabend.

Im Laufe des Geschäftsberichts gedachte der Vorsitzende besonders auch des im abgelaufenen Jahre verschiedenen Ehrenvorsitzenden des Vereins und seiner zahlreichen Verdienste um die stenographische Bewegung. Der Kassenbericht zeigte ein günstiges Bild. Der schon mehrere Jahre im Amte befindliche Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Für das neue Jahr sind verschiedene Neueinrichtungen vorgesehen, die eine weitere gute Entwicklung des Vereins versprechen. —

Deutscher Monistenbund.

In der Monatsversammlung sprach F. Pospiech über „Rousseau und wir". Rousseau ist 1712 in Genf als Sohn eines Uhrmachers geboren und nach einem abenteuerlichen, zuletzt durch Schwermut getrübten Leben 1778 in Ermenonville gestorben. Gegenüber einer bloßen Verstandesaufklärung, die zur Veräußerlichung und Entleerung des Daseins führen kann, betont er das Recht des Gefühls, der Innerlichkeit, der Persönlichkeit. Als die Akademie von Dijon 1749 die Preisfrage stellte, ob die Erneuerung der Wissenschaften und Künste zur Verbesserung und Reinigung der Sitten beigetragen habe, antwortete Rousseau in seiner Abhandlung „Ueber die Wissenschaften und Künste" mit einem entschiedenen „Nein!" Die dem wirklichen Leben des Volkes fernstehende Verstandeskultur soll durch Rückkehr zur Natur aufgehoben werden, d. h. das Dasein soll sich neu aufbauen auf Einfachheit, Herzensgüte und Freiheit. Rousseau, der mit seiner Abhandlung den Preis der Akademie gewann, beantwortete einige Jahre später eine neue Frage derselben gelehrten Gesellschaft: „Welches ist die Ursache der Ungleichheit unter den Menschen, und ist sie durch das Naturgesetz gerechtfertigt?" mit einer scharfen Kritik der bestehenden politischen und sozialen Verhältnisse, welche die großen Unterschiede zwischen Herren und Knechten, Reichen und Armen bedingen. Mit der Entstehung des Privateigentums begann die Ungleichheit: „Der erste, der ein Stück Land einzäunte und dann zu sagen sich anmaßte: das gehört mir, und Leute fand, die einfältig genug waren, es zu glauben, wurde der wahre Begründer der bürgerlichen Gesellschaft." Obwohl Rousseau prinzipiell die Berechtigung des Staates anerkennt, im Notfall sich durch Gesetz alles Einzelbesitzes zu bemächtigen, spricht er andererseits doch von der „Heiligkeit" und „Unverletzlichkeit" des Privateigentums, so daß er nicht als Sozialist bezeichnet werden kann. Im „Gesellschaftsvertrag" von 1762 benennt R. als Grundlage aller Staatsgewalt und jedes Rechts den auf das Wohl des Ganzen gerichteten Gemeinwillen.

In dem fast gleichzeitig erschienenen „Emil" tritt Rousseau für eine Erziehung ein, die dem Zögling zu möglichst großer Sicherheit, Natürlichkeit und Wahrhaftigkeit verhilft, indem sie ihn von innen heraus sich entfalten läßt. Mit seiner Meinung, daß das Kind von Natur gut sei und nur durch die sozialen Verhältnisse verdorben werde, ebenso mit seiner Ablehnung frühzeitiger religiöser Einwirkung auf die Seele des Kindes, geriet Rousseau in Konflikt mit der Kirche, der auch seine „natürliche" Religion mit ihrer Ablehnung des biblischen Offenbarungsglaubens, wie sie im „Glaubensbekenntnis eines savoyischen Vikars" niedergelegt ist, nicht gefiel. Der Redner zeigte an vielen Beispielen aus dem modernen Volksleben, daß Rousseaus ethische und soziale Forderungen auch uns Heutigen noch etwas sagen können. —

Selbsthilfebund der Körperbehinderten.

Der Selbsthilfebund der Körperbehinderten, Ortsgruppe Magdeburg, hielt seine Generalversammlung ab. Der 1. Vorsitzende gab den Jahresbericht, in dem er besonders erwähnte, daß der [illegible] besser sind, als im Allgemeinen angenommen würde, und daß infolge mangels eines geeigneten Geschäftslokals die Geschäfte ½ Jahr ruhten, aber nach der Gründung der neuen [illegible] Geschäftsstelle mit allen Kräften wieder in Angriff genommen wurden. Der Kassierer gab den Jahreskassenbericht, der einen sehr guten Abschluß aufwies. Des weiteren gedachte der Kassierer der Weihnachtsspendeneingänge, die trotz der schlechten Wirtschaftsverhältnisse als zufriedenstellend angesehen werden können. Nachdem die Kassenrevisoren ihren Bericht gegeben hatten, wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Neu hinzugewählt wurden die Gefährtinnen Lohse und Braune. D[illegible] wurde eifrig die Gründung eines Landesverbandes besproc[hen]. Gegen die Erhöhung des Straßenbahntarifs wurde Protest [er]hoben. —

Arbeits- und Rentengericht

Unwirksamer Verzicht eines Minderjährigen

Der 18 Jahre alte Pianist G. war seit Mai 1929 bei [der] Kammerlichtspiele-G. m. b. H., Magdeburg, im Tonbildtheater [an]gestellt. Den Abschluß des Arbeitsvertrags hatte der Vater des [G.] mit der Firma getätigt. Am 15. zum 30. September kündigte [die] Kammerlichtspiele-G. m. b. H. dem G. das Anstellungsverhältnis, forderte ihn aber ab 1. Oktober 1929 zwei Monate hindurch imm[er] auf 6 Tage durch das Arbeitsamt an. Den jeweils 7. Tag ließ [man ihn] frei. Nach den tariflichen Bestimmungen ist nämlich jedem Musi[ker] pro Woche ein freier Tag zu gewähren. Am 15. zum 30. Novemb[er] 1929 kündigte die Kammerlichtspiele-G. m. b. H. erneut das A[n]stellungsverhältnis, ohne allerdings den freien Tag bezahlt (... mußte Monatsgehalt gezahlt werden) und ohne den tariflich[en] Urlaub gewährt zu haben.

Wegen Bezahlung des wöchentlichen freien Tages und d[es] Urlaubs mußte das Arbeitsgericht Magdeburg angerufen werde[n], weil die Firma sich trotz der klaren tariflichen Bestimmungen z[ur] freiwilligen Bezahlung nicht entschließen konnte.

Im Termin bestritt die Firma überhaupt die Berechtigun[g] des klägerischen Anspruchs, indem sie eine vom Kläger unte[r]schriebene Quittung vom 14. November 1929 vorlegte, die den Ve[rzichtver]merk enthält, daß Kläger auf weitere Ansprüche verzichtet. Da[s] Gericht hatte erhebliche Bedenken, ob der Verzichtvermerk ni[cht] erst nachträglich auf die Quittung gesetzt worden ist, weil der Te[xt] der Quittung in lateinischer, der Verzichtvermerk dagegen i[n] deutscher Schrift geschrieben ist, und weil auch anscheinend zw[ei] verschiedene Kopierstifte benutzt worden sind. Es hätte erst u[n]bedingt einer weitern Beweiserhebung bedurft darüber, wan[n] denn eigentlich der Verzichtvermerk auf die Quittung gese[tzt] worden ist, wenn das Gericht nicht schon aus andern Gründen de[n] Verzicht für unwirksam erachtet hätte. Der Kläger ist minder[-] jährig. Er mußte zum Abschluß eines Arbeitsvertrags gemä[ß] § 113 BGB. die Ermächtigung seines Vaters haben. Nur wen[n] eine derartige Ermächtigung vorlag, konnte er rechtswirksam übe[r] seine Lohnzahlung Quittung leisten, auch rechtswirksam Verzich[t]erklärungen abgeben. Selbst wenn man annimmt, daß G. seine[n] Sohn ermächtigt hatte, den Arbeitsvertrag ab 1. Oktober 1929 ab[-] zuschließen, so war diese Ermächtigung doch eingeschränkt. Er ha[tte] nämlich seinem Sohne mehrfach verboten, irgendwelche Unter[-] schriften zu leisten, insbesondere Verzichterklärungen abzugeben. Die Verzichterklärung auf der Quittung vom 14. November 1929 ist daher nach Ansicht des erkennenden Gerichts unter allen Umständen unwirksam.

Liegt aber eine rechtswirksame Verzichterklärung nicht vor, so kommt es allein auf die Feststellung an, ob dem Kläger auf Grund des Tarifvertrags vom 10. August 1928 die Ansprüche zustehen oder nicht. Und auch in dieser Frage kommt das Gericht zu einer restlosen Verurteilung der Kammerlichtspiele-G. m. b. H., und mit so treffenden Gründen, daß wir sie auszugsweise hier folgen lassen: „Der Kläger hat im Tonbildtheater gemäß § 6 des Tarifvertrags pro Woche seinen freien Tag gehabt. Dieser freie Tag muß dem Kläger auch, wie es der Tarifvertrag vorschreibt und worüber die Tarifparteien bei Abschluß des Vertrags auch einig waren, gezahlt werden. In dem Protokollvermerk zum Tarifvertrag heißt es ausdrücklich: ‚Zur Ermittlung des Monatsgehalts wird die bisherige Tagesgage mit 30 multipliziert.'

Die Tarifparteien waren sich mithin darüber einig, daß der jeweilige Arbeitgeber verpflichtet sei, seinen Arbeitnehmern einen freien Tag pro Woche ohne Minderung des Einkommens zu zahlen. Die Beklagte versucht nur, sich den klaren Bestimmungen des Tarifvertrags dadurch zu entziehen, daß sie den Kläger jedesmal nur für 6 Tage „aushilfsweise" beschäftigt. Diese aushilfsweise Beschäftigung des Klägers hat indessen volle 2 Monate gedauert. Es liegt mithin eine offenbare Umgehung des Tarifvertrags vor. Das Gericht lehnt es ab, ein derartiges tarifwidriges Verhalten eines Arbeitgebers gutzuheißen. Auf die Weise, auf der die Beklagte es versucht, wäre es letzten Endes möglich, fast sämtliche Bestimmungen eines Tarifvertrags außer Kraft zu setzen. Es würde dadurch mithin der Tarifuntreue Tor und Tür geöffnet, wenn ein derartiges Verhalten auch noch gerichtlich sanktioniert würde."

Hoffentlich ändert die Kammerlichtspiele-G. m. b. H. Magdeburg nun ihre Ansicht und versucht nicht weiter, den bestehenden Tarifvertrag zu umgehen. —

Arbeiterin oder Angestellte

Die große Erwerbslosigkeit im Angestelltenberuf hat ihre Ursache nicht nur in der schlechten Wirtschaftslage, sondern auch in dem Bestreben der Industrie, kaufmännische Arbeiten durch sogenannte Arbeiter oder Arbeiterinnen verrichten zu lassen. Durch diese Kräfte werden nicht nur Gehälter gespart, sondern auch eine Bindung durch ein Angestelltenverhältnis vermieden. Solche Fälle hatte kürzlich das Magdeburger Arbeitsgericht zu verhandeln.

Die Firma Schäffer & Budenberg beschäftigte zwei junge Mädchen im Alter von 17 und 18 Jahren, Anna M. und Erna G., die als Laufmädchen angenommen und als „Schreiberinnen" verwandt wurden. Ende November wurde den beiden gekündigt, und zwar mit einer Frist von 3 Tagen. Gegen diese Maßnahme klagte der Zentralverband der Angestellten beim Arbeitsgericht mit der Begründung, daß die Beschäftigten auf Grund ihrer Tätigkeit Angestellte seien, und nur mit einer Kündigungsfrist von 6 Wochen vor Vierteljahrsschluß entlassen werden konnten.

In der Gerichtsverhandlung wurde durch Vernehmung von Vorgesetzten und Mitarbeitern der Entlassenen festgestellt, daß die „Schreiberinnen" mit Bearbeitung einer Kartothek beschäftigt wurden und daneben Bucheintragungen über die Produktion zu erledigen und gleichzeitig auch Bestell- und Kontrollzettel auszustellen hatten. Festgestellt wurde ferner, daß die angeblichen Laufmädchen Schreibarbeiten verrichteten, die durchaus als kaufmännische Tätigkeit angesehen werden mußten.

Auf Grund dieser Erhebung fällte nun das Arbeitsgericht ein Urteil. Die beiden Klägerinnen Anna M. und Erna G. sind nach dem Spruch kaufmännische Angestellte im Sinne des HGB. Die Kündigungsfrist von 3 Tagen war ungesetzlich. Nach dieser Entscheidung läuft das Angestelltenverhältnis der bereits Entlassenen, da die Kündigung erst Ende November erfolgte, bis zum 31. März 1930. —

Heute und folgende Tage

Reste und Abschnitte

zu außergewöhnlich billigen Preisen!

aus allen Abteilungen

Seiden und Samte | Kleiderstoffe | Waschstoffe | Baumwollwaren | Herrenstoffe | Gardinen etc.

Webwaren-Groß- und Einzelverkauf

Stolze

Inh.: Stolze-Häser

Karlstraße 1

Ecke Otto-von-Guericke-Straße

Gegenüber Große Münzstraße